

— Fünfzehnter Jahrgang. —

Nr. 7.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

7. Woche für die Zeit vom 9. bis 15. Februar 1906.

Posen, den 20. Februar 1906.

B e r i c h t

über den Verlauf der am 11. Februar 1906
in Schubin abgehaltenen öffentlichen
polnischen Wählerversammlung.

Posen, den 12. Februar 1906.

In dem geräumigen Neumann'schen Saale hatten sich etwa 500 Personen, zumeist Arbeiter und Bauern aus der Umgegend von Schubin, eingefunden. Die Geistlichkeit war vertreten durch die Bröpste Soltysinski-Schubin, Matyjaszyn-Bartschin und Vikar Rogalinski-Slupn. Von der Intelligenz waren anwesend: die Rittergutsbesitzer Julian von Brzeski-Krotoszyn, von Malczewski-Mlodocin und der praktische Arzt Dr. Dorzjewski-Bartschin.

Um 2 $\frac{1}{4}$ Uhr eröffnete Propst **Soltysinski** Schubin die Versammlung mit dem altpolnischen Gruße und richtete folgende Ansprache an die erschienenen Wähler:

Alljährlich finde wenigstens eine Wählerversammlung statt, um über die Tätigkeit des Komitees Bericht zu erstatten. Wie sich jeder gewissenhafte Landmann am Ende des Jahres Rechenschaft gebe über seine Einnahme und Ausgaben, so müsse auch auf sozialem Gebiete eine ähnliche Praxis befolgt werden; die Wähler müßten zusammenkommen, um zu beschließen, was zu beschließen sei, um zu tadeln, was zu tadeln sei, damit begangene Fehler in Zukunft vermieden würden; man müsse sich vor Augen halten, welche politische Kraft im Volke wohne und darüber nachsinnen, was der Besserung bedürfe. Vor etwa einem Jahre habe man sich an dieser Stelle ebenfalls zu demselben Zwecke versammelt. Die Beratungen seien in musterhafter Ordnung gepflogen worden. Ausschreitungen seien überhaupt hier noch nie vorgekommen, und so könne man hoffen, daß auch die heutige Versammlung in größter Ruhe verlaufen werde.

Hierauf übernahm Propst Soltysinski die Leitung der Versammlung. In das Bureau wurden berufen: Gastwirt Paul Pawlicki-Schubin als Schriftführer, Golwons-Dombrowka, Sobota-Wolwark und Wendland-Schubin als Beisitzer.

Auf der Tagesordnung, bekannt gegeben durch den Versammlungsleiter, standen folgende Punkte:

1. Eröffnung.
2. Bildung des Bureaus.
3. Bericht über die Tätigkeit des Kreiswahlkomitees.
4. Vortrag des Delegierten des Vereins „Straz“.

5. Anträge.

6. Schluß.

Zu Punkt 1 und 2 erledigt.

Zu Punkt 3: Der Vorsitzende des Kreiswahlkomitees, Rittergutbesitzer von Brzeski, führte hierzu folgendes an:

Weil er, von Brzeski, den Bericht über die Tätigkeit des Kreiswahlkomitees zu erstatten habe, sei die Leitung der Versammlung dem zweiten Vorsitzenden des Komitees, dem geistlichen Rat Soltysinski, übertragen worden. Im Jahre 1904 sei beschlossen worden, alle Jahre wenigstens eine Versammlung zu veranstalten und nicht dann erst, wenn die Wahlen vor der Tür stünden. Im verflossenen Jahre seien daher Wählerversammlungen abgehalten worden: in Schubin, Grin, Labischin und Bartschin. Verschiedene Komiteemitglieder hätten bei diesen Zusammenkünften Reden gehalten. Wenn er, von Brzeski, nur einen Teil all der schönen Worte der Referenten wiedergeben wollte, dann würde die Zeit dazu nicht ausreichen. Es freue ihn aber, daß die mühselige Arbeit des Komitees nicht umsonst verrichtet worden sei; er habe die Überzeugung, daß sich auf dem Gebiete der Wahlagitator vieles gebessert habe. Die an die Wähler gerichteten Worte der Belehrung und Ermahnung seien nicht umsonst gesprochen worden, und das gebe ihm die frohe Hoffnung, daß auch seine heutige Rede freundliche Aufnahme finden und von Erfolg begleitet sein werde. Er wolle zu den Anwesenden über **fünf nationale Gebote** sprechen und ihnen den Weg weisen, wie dieselben am besten zu befolgen seien.

Diese fünf nationalen Gebote seien:

- a) Die Liebe zu Gott.
- b) Die Liebe zur heiligen polnischen Erde.
- c) Die Liebe zur Einigkeit.
- d) Die Liebe zur Arbeit und Sparsamkeit.
- e) Die Bereitwilligkeit, für die nationalen Ideale Opfer zu bringen.

a) Von allen Völkern sei das polnische Volk das frommste. Mit der größten Hingebung habe es für das Kreuz gekämpft. Die Nachkommen der großen Väter hielten an deren Glauben fest bis auf den heutigen Tag, und es sei ein Glück für das polnische Volk, daß es seinem Glauben Treue bewahre, daß es seine Zuflucht immer und immer zu dem Kreuze des Herrn nehme, welches in den

heutigen schweren Zeiten den besten Trost bringe. Wehe den Menschen, die Gott vergäßen! Wehe der Nation, welche die Religion verwerfe, die sie von den Vätern geerbt habe! Dem polnischen Volke gehe die Religion über alles, nicht nur hier im Kreise, sondern im ganzen Großherzogtum, und das sei sein Glück.

Daß Gott die Gläubigen niemals verlasse, wolle er, Redner, den Anwesenden an einem selbst erlebten Beispiele zeigen: Während des Krieges 1870/71 sei er eines Sonntags mit einem Freunde spazieren gegangen. Als die Franzosen nach ihnen geschossen, hätten sie sich hinter eine Mutter-Gottes-Figur versteckt und seien mit dem Leben davon gekommen. Am nächsten Tage habe man die Kugeln gezählt und gefunden, daß die Figur von 36 Geschossen getroffen worden sei. Der Freund habe daraufhin das Gelöbniß getan, alle Figuren der Mutter Gottes in seiner Heimat zu erneuern, wenn er nach Beendigung des Krieges nach Hause komme.

So rate er denn allen, in der Liebe zu Gott nicht nachzulassen und sie auch den Herzen der Kinder schon von der frühesten Jugend an einzupflanzen. Wer die Kinder nicht zur Frömmigkeit erziehe, der setze sie der Gefahr aus, böse Menschen zu werden.

b) Die Liebe zur polnischen Erde! Dieses Gebot werde vielfach gar nicht beachtet. Alle Tage lese man in den Zeitungen, daß sich hier und da Verräter fänden, die den heiligen von ihren Vätern ererbten Boden verschächerten. Herren, Bauern und die kleinsten Besitzer versündigten sich gegen dieses Gebot. Wo bleibe da die Liebe zur heiligen polnischen Erde, in der die Gebeine der großen Vorfahren ruhten! Wehe denen, die ihren ererbten Besitz für Judasgroschen loszuschlagen! Liebe Brüder! Gar traurig sieht es gegenwärtig unter den polnischen Landbesitzern aus. Ein Wehgefühl müsse das Herz eines jeden wahren Polen beschleichen, wenn er zusehe, wie die seit ewigen Zeiten in polnischen Händen befindlichen Äcker, Wiesen und Wälder an die Fremden veräußert würden. Jeder Veräußerer, der seine Finger gierig nach den Judasgroschen austrecke, werde dereinst Rechenschaft vor Gottes Thron ablegen müssen für seine sündhafte Tat. Nicht nur die Verkäufer der Ländereien, sondern auch die Veräußerer ihrer Häuser in den Städten versündigten sich gegen das nationale Gebot. Wenn das so weiter gehen werde, dann müsse das polnische Volk zu einem Bettlervolke werden und von dannen ziehen in die weite Welt hinaus, ohne Heimat, ohne Obdach, nur noch gelitten unter den Fremdlingen und deren Diener werden. Die Erde sei ein Geschenk Gottes, und jeder Pole habe die heiligste Pflicht, sie zu lieben, als nationales Eigentum festzuhalten. Der Reiche wie der Arme müsse sterben. Wehe aber denen, die als Veräußerer ihr letztes Stündlein würden nahen sehen! Bittere Reue werde dann wohl jeder ob seiner Sünde verspüren; wenn es schon zu spät sei, werde er wissen, daß ihn die Gesamtheit verfluche, weil er zum Verräter seines Vaterlandes geworden sei, daß es das Vaterland nicht gestatte, die heilige Erde zu veräußern, weil sie für keinen Preis feil sei!

c) Unter dem polnischen Volke sei vielfach die irrige Meinung verbreitet, daß die Liebe zur Einigkeit unter ihm blühe. Man sehe sich die Sache aber nur einmal mit klarem Verstande und mit offenen Augen an. Da fehle denn doch noch sehr viel zur wahren Einigkeit. Es werde noch viel Wasser ins Meer fließen, ehe dies nationale Gebot

richtig befolgt sein werde. Man dürfe nur in den Gerichten Umschau halten, da könne man eines Besseren belehrt werden. Um jeder Kleinigkeit willen werde geklagt, denn man verlange Gerechtigkeit. Im vergangenen Jahre habe er, Redner, in Labischin über die Einigkeit gesprochen. Da sei ein Wirt an ihn herangetreten und habe ihm gesagt, daß er auch prozessiere, daß er aber belehrt worden sei und nun aufhören werde, Prozesse zu führen. Aber leider sei es anders gekommen; der gute Voratz habe nicht lange angehalten. Die Sucht, Gerechtigkeit zu erlangen, habe den Mann um sein ganzes Hab und Gut gebracht. — Dem polnischen Volke sei die Uneinigkeit schon ins Blut übergegangen. Die Prozeßsucht habe bei ihm früher geblüht und blühe heute noch. O, wie schade sei es doch um das viele Geld, das durch das Prozessieren verloren gehe. Ein Beamter, der seine, von Brzeskis, Rede mit angehört, habe ihm gesagt, er habe goldene Worte gesprochen, denn er, der Beamte, wisse aus Erfahrung, wie wahr seine, v. Brz., Ausführungen seien. Wem sei wohl vielfach die Schuld an dem Prozessieren zuzuschreiben? In den kleinen Städten entfaltet die Volksanwält des Verdienstes wegen eine äußerst rührige Tätigkeit; sie seien viel schuld an dem vielen Prozessieren. Ihren Klienten gegenüber spielten sich diese Winkelkonfulenten als gute Freunde auf und redeten ihnen der 50 Pfg. oder der Mark wegen zu, ihr Recht bei Gericht zu suchen. Könne man wohl ein solches Verhalten freundschaftlich nennen? Nimmermehr! Ein wahrer Freund werde stets bemüht sein, vor dem Prozessieren zu warnen. Man gehe in solchen Fällen nicht zum Volksanwalt, wohl aber zum Geistlichen und frage den um Rat, dann werde es besser werden.

d) Arbeitsamkeit und Sparjamkeit — welche schöne Tugenden! Propst Mathaszezyk aus Bartischin habe einmal darüber eine Rede gehalten. Seine Worte hätten ihren Zweck nicht verfehlt; in Bartischin zahlten die Leute viel Geld in die Bank. Sparjamkeit sei insbesondere dem polnischen Volke sehr nötig, weil es zu den ärmsten Völkern gehöre. Viel verschwendet werde namentlich durch die Putzsucht; auf den Höfen sehe man mitunter ganze Blumengärten, und jede Blume koste oft eine Mark. Gelegenheit zum Sparen gebe es immer, z. B. bei Familienfesten. Die Taufpaten sollten anstatt der unnötigen Geschenke lieber ein Sparbuch dem Täuflinge schenken. Sei der Betrag auch noch so gering, so werde doch durch diese gute Sitte gar bald ein schönes Sämmchen zusammenkommen; das bedinge schon die große Vermehrung des polnischen Volkes, denn einem jeden sei ja bekannt, daß es der „Kaninchen“ immer mehr gebe. Beim Rechnen nehme man sich ein Beispiel an den Juden. Schon der kleinste „Bocher“ habe ein Sparbuch, und er halte es für eine Ehre, recht viel in die Sparkasse zu tragen.

Nun komme er zur Arbeitsamkeit. Jede Arbeit müsse mit Überlegung ausgeführt werden. Kein Mensch könne genug lernen; verstehe er sein Fach auch noch so gut, so solle er doch immer und immer darum bemüht sein, sich zu vervollkommen, denn nur so werde er von seiner Arbeit wahren Nutzen haben. Wer mit Vorteil arbeiten wolle, der müsse sich belehren lassen in Vereinen und von klügeren Leuten. Mancher sage: „Was brauche ich in die Versammlungen zu gehen, es ist doch viel richtiger, ich gehe zum Mosche einen heben, davon habe ich doch etwas“. Wenn alle Wirte die Versammlungen der landwirtschaftlichen Vereine be-

suchen würden, dann würde es besser um sie bestellt sein. Wenn sie weniger in die Kneipen gehen wollten, dann wäre die Lust zum Arbeiten eine viel größere, der Wohlstand des polnischen Volkes ein besserer.

e) Das letzte nationale Gebot sei eins der wichtigsten! Man bringe Opfer für die nationalen Ideale und wären sie noch so gering. Groschen zu Groschen gelegt, das gebe Tausende. Keiner schließe sich von der Opferwilligkeit aus. Viele Leute trachteten danach, große Reichtümer zusammenzuscharren, sie betrachteten das Geld nicht als Mittel zum Leben, sondern als Zweck des Lebens. Solche Menschen seien imstande, alles zu verkaufen: die Frau, das Kind, die heilige Kirche. Einen Groschen zu nationalen Zwecken zu opfern, das brächten sie nicht fertig.

Zum Schlusse wolle er, v. B., noch auf die Losung „Jeder zu dem Seinen“ zurückkommen. Früher habe es unter dem polnischen Volke nur zwei Stände gegeben: den Stand der Ritter und den Stand der Diener. Der Mittelstand habe gänzlich gefehlt, und daher sei es den Polen so schlecht ergangen. Heute sei das anders. In Städten und Dörfern gebe es viele Handwerker und Kaufleute. Diesen Leuten müsse man beistehen, wenn sie eine Stütze des Volkstums werden sollten. Nur durch die gegenseitige Unterstützung könne sich der Wohlstand des polnischen Volkes heben. Wenn das polnische Bürgertum erst reicher sei, dann werde es auch in die Lage kommen, seine Stadtverordneten zu wählen. Durch die Hebung des Wohlstandes werde es ihm fernerhin möglich sein, hier einen Landtagsabgeordneten zu bekommen. Obwohl es in vieler Beziehung um das Polentum schon besser stehe, so könne man damit immer noch nicht zufrieden sein. Er bitte die Landsleute und beschwöre sie, mitzuwirken an dem Wohle des Volkes, sich zu verteidigen gegen alles, was der Gesamtheit schädlich werden könne. „Man lasse sich nicht,“ führe die Verteidigung aber auf legalem Wege durch Arbeitsamkeit und Sparsamkeit, man halte fest die Erde der Väter und lasse sich das Geschenk Gottes nicht aus den Händen reißen.

Wenn das polnische Volk die fünf nationalen Gebote erfüllen werde, dann brauche es um seine Zukunft nicht besorgt zu sein, denn Gott werde es nicht verlassen. Gott lasse zwar oft dunkle Wolken über dem polnischen Volke aufziehen, das gehehe aber nur, um das noch vorhandene Böse gänzlich auszurotten. Ein Volk, das sich so treu ans Kreuz halte wie das polnische, könne unmöglich untergehen!

In der vom Leiter der Versammlung zu dem Vortrage eröffneten Diskussion meldete sich niemand zum Worte.

Der Kassierer des Kreismahlkomitees, Prälat Strzajkowski aus Labischin, war nicht erschienen; an seiner Stelle erstattete Propst Mathaszczyk-Bartischin den Bericht. Er wies die Anwesenden darauf hin, das fünfte vom Vorredner angeführte nationale Gebot zu befolgen und Beiträge zu Wahlzwecken zu spenden, wären sie auch noch so gering.

Die Kasse des Kreismahlkomitees hat an Einnahmen aus dem Jahre 1905 insgesamt 233,21 Mark zu verzeichnen, die Ausgaben belaufen sich auf 124,40 Mark, so daß ein Bestand von 98,91 Mark verbleibt.

Zu Punkt 4: Das Wort wurde dem Redakteur des Postemp und Delegierten der „Straz“, **Chociżewski**-Pojen, erteilt, welcher etwa folgendes ausführte:

Er begrüße die Versammelten im Namen des Hauptvorstandes der „Straz“ und bekunde gleichzeitig seine Freude über den zahlreichen Besuch der Versammlung, der Beweis davon ablege, daß die Bewohner des Kreises Schubin bestrebt seien, auf nationalem Gebiete ihre Pflicht zu erfüllen. Der Zweck des Vereins „Straz“ sei zwar aus den Zeitungen bekannt, doch wolle er ihn, um jeden Zweifel aus dem Wege zu schaffen, in einfacher, wohlverständlicher Weise durch das lebendige Wort dartun.

Weshalb sei die „Straz“ gegründet worden? Nicht des Vergnügens und der Annehmlichkeit wegen, auch nicht, um durch sie den Haß zu schüren, wie von seiten der Deutschen vielfach behauptet werde. Die Polen seien ein sehr tolerantes Volk. Aus der Geschichte könne man erfahren, daß sie keiner Nation geschadet hätten; im Gegenteil, der Fremde hätte in bedrängter Lage stets Aufnahme bei den Polen gefunden. Die Gastfreundschaft des polnischen Volkes werde aber mit Undank gelohnt; es habe in den heutigen Tagen viel zu leiden, denn man verfolge es auf Schritt und Tritt. Fast in jedem Jahre schmiede man Ausnahmegeetze gegen die Polen. Die Bedrückung dauere nun schon über 100 Jahre. Die germanische Sturmflut ergieße sich bereits seit 1000 Jahren über das Polentum und suche es zu vernichten. Seit der Teilung des polnischen Reiches mache sich der Germanismus immer mehr breit und suche den Polen auf alle mögliche Weise zu schaden. Die Bedrückung und Verfolgung alles dessen, was polnisch sei, habe nach dem französischen Kriege noch mehr zugenommen, die Lage der Polen gestalte sich immer trauriger. Die polnische Sprache sei aus den Schulen und Ämtern verdrängt worden. Der Kampf gegen das Polentum werde wohl mit einigen Erfolge geführt, der gegen die Kirche aber sei mißglückt, denn das habe der Kulturkampf bewiesen. Man habe i. Zt. 40 000 Polen ausgewiesen, um das polnische Element in Preußen zu schwächen. Später sei die Ansiedelungskommission geschaffen worden, welcher die Aufgabe zufalle, polnischen Landbesitz aufzukaufen. Vor 11 Jahren sei der HAT-Verein gegründet worden, als dessen Vater der „eiserne Kanzler“ bezeichnet werden könne. Den HATisten genügt die seitens der Regierung gegen die Polen geübten Maßnahmen noch nicht, sie suchen die Rechte der polnischen Bürger mehr und mehr zu schmälern.

Der größte Teil der HATisten rekrutiere sich aus Beamten. Die von ihnen herausgegebene Zeitung „Die Ostmark“ stelle das Polentum im ungünstigsten Lichte dar, sie trete in der schärfsten Weise gegen dasselbe auf. Die Bruderschaft von den drei Buchstaben fordere immer wieder neue Ausnahmegeetze, so verlange sie neuerdings von der Regierung ein Verbot der polnischen Sprache in Versammlungen, sie bemühe sich, die nationale Existenz der Polen zu untergraben. (Stimme aus dem Zuhörerraum: „Das ist ja alles Dummheit!“) Der Boykott gegen den polnischen Kaufmann und Handwerker nehme immer größeren Umfang an. Von der Regierung bekomme kein polnischer Handwerker Arbeit.

In Anbetracht all dieser Bedrückungen habe man sich auf polnischer Seite entschlossen, einen Verein zu gründen, der alle Stände in sich fassen solle. Dieser Verein sei die in diesem Frühjahr ins Leben gerufene „Straz“. Die „Straz“ habe die Aufgabe, die moralischen und materiellen Interessen des polnischen Volkes zu schützen. Der

SKT-Verein sei ein Kampfverein, die „Straz“ lediglich ein Abwehrverein, sie wolle niemandem schaden, sondern nur verteidigen, was von feindlicher Seite bedroht sei. Sollte aber die Arbeit der „Straz“ fruchtbringend sein, dann genüge es nicht, daß ihr nur vereinzelt Polen angehörten, es müsse vielmehr mit vereinten Kräften aufgetreten werden.

Der Hauptvorstand der „Straz“ bestehe aus 21 Mitgliedern. Die Leitung des Vereins ruhe in den bewährten Händen des Rittergutsbesizers Joseph von Roscielski. Außer dem Hauptvorstande seien die in den einzelnen Kreisen ernannten Starosten tätig, denen zur Unterstützung die Kommissare beigegeben seien.

Nachdem Chociszewski eine eingehende Erläuterung über die vier Sektionen der „Straz“ gegeben hatte, kam er auf die Schiedsgerichte zu sprechen und führte hierzu aus: Das polnische Volk franke vielfach an der Sucht des Prozeßierens. Wegen der geringsten Sachen klage man bei Gericht; es würden alljährlich Tausende ausgegeben, was zur Verarmung des Polentums beitragen müsse. Die „Straz“ wolle dem durch die sogenannten Schiedsgerichte vorbeugen. An der Spitze des Schiedsgerichts stehe der Starost oder ein Kommissar. Den streitenden Parteien solle das Recht zustehen, je zwei Richter zu wählen. Dem so aus fünf Personen bestehenden Gerichte falle die Aufgabe zu, die streitenden Parteien zu einigen und sie vor den großen Ausgaben, welche die ordentlichen Gerichte verursachten, zu schützen. Solche Gerichte seien durch das Gesetz gestattet, und man dürfe sich der Hoffnung hingeben, daß durch sie der Prozeßsucht Einhalt geboten werde.

Die „Straz“ organisiere sich nicht nur im Posenschen, sondern auch in Schlesien, Ost- und Westpreußen. Im Posenschen sei in vielen Kreisen schon recht gut gearbeitet worden. So mancher hege Zweifel daran, ob denn die „Straz“ ihre Aufgabe auch voll und ganz erfüllen werde. Die Notwendigkeit des Vereins habe man längst erkannt, die Folge der Arbeit würden nicht ausbleiben, wenn nur alle geschlossen ihre Tätigkeit nicht versagen würden. Je mehr Mitglieder, desto mehr Geld; solches aber sei nötig, wenn Ersprießliches geleistet werden solle. Um es auch dem Ärmsten möglich zu machen, der „Straz“ anzugehören, sei der Jahresbeitrag auf nur eine Mark bemessen worden. Wer der „Straz“ beitrete, der dokumentiere dadurch sein Polentum. Bei der allgemein herrschenden Bedrückung habe jeder Pole die Pflicht, Mitglied des Straz-Vereins zu werden.

In der Schule habe die polnische Sprache ihr Recht eingebüßt, deshalb müsse man bestrebt sein, die Kinder zu Hause im polnischen Lesen und Schreiben zu unterrichten. Wenn das Kind seine Muttersprache nicht genügend beherrsche, dann verliere es mit der Zeit auch seine Nationalität. Die Germanisierung dränge immer mehr in die polnischen Häuser. Ein gutes Mittel, das polnische Nationalbewußtsein zu hegen und zu pflegen, sei das polnische Lied; der polnische Gesang dürfe daher zu Hause nicht außer acht gelassen werden; man pflege das polnische Kirchenlied und den weltlichen Gesang.

Die Standesämter bereiteten den Polen oftmals Schwierigkeiten. Die Vor- und Familiennamen würden gar vielfach in ihnen verunstaltet.

Jeder Vater achte darauf, daß der Name seines Kindes in das Register so eingetragen werde, wie er es wünsche, denn das sei sein gutes Recht.

Die Losung „Jeder zu dem Seinen“ werde polnischerseits noch viel zu wenig beachtet. Von seiten der Sakatisten und der Regierung werde der Boykott des Polentums immer strenger geübt. Für die polnischen Bürger existierten keine staatlichen Unterstützungsgelder, sie seien vielmehr auf sich selbst angewiesen und hätten somit die Pflicht, nur bei den Ihrigen zu kaufen. In den Städten befände sich der Handel zumeist in den Händen der Juden. Die Juden aber seien ebenso Feinde der Polen wie die Sakatisten, sie gehörten sogar dem „Ostmarken-Verein“ an. Bei den Wahlen stünden sie stets auf Seite der Deutschen. Viel geübt gegen die angeführte Losung werde insbesondere von den polnischen Frauen und Töchtern. Oft höre man sagen: Der Jude liefere bessere Ware als der Pole, er verkaufe sie auch billiger. Diese Ansicht sei nicht richtig; der christliche Kaufmann und Handwerker sei reeller als der Jude, er dürfe seine Kunden nicht übervorteilen, seine Religion lasse das nicht zu.

Die heutige Versammlung, in welcher über Wahlangelegenheiten gesprochen worden sei, habe auch den Zweck, die Wähler zum Beitritt des Straz-Vereins anzuregen, er, Redner, hoffe, daß von der stattlichen Zahl der hier Versammelten der größte Teil bereit sein werde, der „Straz“ beizutreten.

Das Wort erhielt hierauf der Starost der „Straz“ für den Kreis Schubin, Rittergutsbesitzer von Malczewski-Mlodocin: Er danke den Versammelten, daß sie den Vortrag des Vorredners mit Ruhe angehört hätten, er danke dem Herrn Delegierten für seine belehrenden Worte. Die „Straz“ habe den Zweck, alles das zu retten, was bedroht sei. Jeder Pole habe die Pflicht, sich gegen die feindlichen Angriffe zu wehren, und diese Abwehr werde am besten durch den Straz-Verein bewirkt; deshalb sollten diesem Verein auch alle ohne Ausnahme beitreten. Im Kreise Schubin wohnten etwa 25 Tausend Polen; von dieser Zahl müßte mindestens der vierte Teil seinen Beitritt zur „Straz“ erklären. Wer heute keine Zeit dazu habe, der solle zu Hause eine Postkarte zur Hand nehmen und solches tun.

Zu Punkt 5: Anträge wurden nicht gestellt.

Zu Punkt 6: Propst **Soltysinski**: Die Versammlung gehe ihrem Ende entgegen; es seien hier viele schöne und lehrreiche Worte gesprochen worden, man behalte sie und richte sich nach ihnen. Vor allem solle jeder danach trachten, mit seinen Brüdern in Eintracht zu leben, die Liebe zur Kirche und zu seinem Volke zu bewahren.

Nachdem die Anwesenden ersucht worden waren, nach Erledigung der Tagesordnung zurückzubleiben und ihren Beitritt zur „Straz“ zu erklären, teilte der Versammlungsleiter mit, daß am 25. Februar eine ähnliche Versammlung in Grin abgehalten werden solle.

Etwa 60 Personen verblieben im Saale und erklärten ihren Beitritt zur „Straz“. Um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr erreichte die ruhig verlaufene Versammlung ihr Ende.

Bö h m e r,
Kriminalkommissar.

Posen, den 12. Februar 1906.

Bericht

über den Verlauf der am Sonntag den 10. Februar 1906 in Rogowo abgehaltenen öffentlichen polnischen Versammlung zwecks Werbung von Mitgliedern für den Straz-Verein.

In dem Lokale des Kaufmanns Dombrowski in Rogowo hatten sich etwa 230 Personen aus Rogowo, Znín und den umliegenden Ortschaften eingefunden. Mehr wurden in den Saal zwecks Vermeidung seiner Überfüllung von der Ortspolizei nicht hineingelassen. Geistliche waren nicht erschienen. Von größeren Grundbesitzern waren anwesend: von Slawoszewski aus Slawoszewo, von Czarlinski-Gutfelde, von Tucholka und Szczebanowski aus Lubisch; ferner als Abgeordneter des Hauptvorstandes des Straz-Vereins: Literat Stanislaus Zielinski-Posen, und der Redakteur des Gnesener Lech, Teska.

Den Vorsitz übernahm Gutsbesitzer **v. Slawoszewski**. Zum Schriftführer wurde **Stanislaus Bentkowski**-Goscieszyn und zu Beisitzern folgende Personen gewählt: **M. Penczak**-Lubisch, **Ciemnoczolowski**-Schelejewo, **Laniecki**-Kozagura und **Reymann**-Wdlig-Grochowiska.

Um 2 Uhr nachmittags eröffnete der Vorsitzende **von Slawoszewski** die Versammlung, indem er die Erschienenen begrüßte und seiner Freude über deren zahlreiches Erscheinen Ausdruck verlieh. Aus der regen Beteiligung könne man ersehen, wie sehr das Bedürfnis auch von den Polen des Zniner Kreises verspürt würde, Abwehrmittel gegen ihre Verfolgungen zu ergreifen und dem Straz-Verein beizutreten. Er wolle sich von vornherein dagegen verwahren, daß es sich um Hetzereien gegen den preußischen Staat und die Deutschen, sondern nur um eine legale Verteidigung der bürgerlichen, religiösen und nationalen Pflichten des polnischen Volkes handle. Das Wort erteile er zunächst dem vom Hauptvorstande der „Straz“ aus Posen entsandten Delegierten **Stanislaus Zielinski**.

Dieser führte folgendes aus:

Er sei im Auftrage des Posener Hauptvorstandes des Straz-Vereins erschienen, um die Versammelten über die bedrängte Lage der Polen im preußischen Anteil aufzuklären. Der Kampf zwischen Polen- und Germanentum tobe gegenwärtig auf der ganzen Linie. Dieser habe bereits vor Jahrhunderten begonnen und sich vom Westen immer mehr nach Osten verschoben. Er habe dazu geführt, daß dort, wo früher Slawen und Polen gewohnt hätten, heut Deutsche wohnten, z. B. im Hannoverischen und in Brandenburg. Wo heut die Hauptstadt des deutschen Reichs stehe, dort hätten früher Slawen gewohnt. Begonnen habe den Kampf bereits Markgraf Gero, fortgesetzt hätten ihn

die weiteren Markgrafen und die späteren Könige von Preußen, so Friedrich der Große. Bis in die Gegenwart sei er in immer schärfer hervortretender Weise fortgesetzt worden. Eine bekannte Erscheinung sei es, daß jeder Okkupationsstaat seine Untertanen fremder Nationalität besonders hart zu bedrücken begonnen habe, sobald er zur Macht und Stärke gelangt sei. So habe auch der preußische Staat nach der Niederwerfung Frankreichs im Jahre 1870/71 begonnen, gegen die Polen besonders scharf vorzugehen. Er verweise hierbei nur auf den Kulturkampf, auf die Landesverweisung von 40 000 Polen durch Bismarck usw. Als Bismarck mit diesen Maßnahmen keinen merklichen Erfolg erzielt habe, habe er geglaubt die Polen dadurch zu vernichten, daß er den Grundbesitz des polnischen Adels aufkaufen ließ. Mittel zu diesem Zwecke sollte die Ansiedelungskommission bilden. Viele polnische Adlige hätten ihr Land der Ansiedlung auch bereits verkauft und mit ihnen sei eine große Masse polnischen Volkes brotlos geworden und gezwungen worden, nach dem Westen Deutschlands oder ins Ausland auszuwandern. Ihre Stelle hätten deutsche, protestantische Ansiedler eingenommen. Der ausgewanderte polnische Arbeiter aber verliere in den deutschen Gegenden, wo er kein Wort polnisch, keinen polnischen Gottesdienst höre, bald seine Nationalität und Religion. Nicht genug damit, daß der polnische Adel aufgekauft worden sei, habe man sich auch gegen die eingewanderten polnischen Bauern gewandt, um auch diese ihres Landbesitzes zu entäußern. Dies habe die preußische Regierung am besten dadurch zu erreichen geglaubt, daß sie die Begründung polnischer Ansiedlungen verbot. Man gestatte dem polnischen Bauern wohl Wirtschaftsgebäude zu errichten, ein Dach über seinem eigenen Kopfe aber dürfe er nicht haben. Daneben habe der preußische Staat noch viele andere Mittel, um die Polen zu verdeutschern. Eins dieser Mittel sei die preußische Schule. Komme das sechsjährige polnische Kind in diese, so werde es von vornherein in einer ihm unverständlichen Sprache unterrichtet. Auch Volksunterhaltungsabende, Liebhabertheatervorstellungen usw. „mit preußisch-patriotischer Sauce“ sollten dazu dienen, den Kindern den Glanz und Ruhm der preußischen Könige zum Bewußtsein zu bringen. Ja in Oberschlesien sei man sogar so weit gegangen, zur Teilnahme an diesen Abenden selbst die Familien der Schulkinder zu zwingen, namentlich sei das auf den einzelnen Gruben der Fall. Nähmen die Eltern an ihnen nicht

teil, so würden die Männer aus der Arbeit entlassen. Nach dem 14. Lebensjahre verlasse das Kind die Schule, nachdem man ihm mit dem Stocke etwas Deutsch eingepriegelt habe. Nicht genug aber damit, auch später müßten die polnischen jungen Leute noch an dem deutschen Unterricht in den sogenannten Fortbildungsschulen teilnehmen. Auch dort werde das preussische Schulsystem fortgesetzt. Sobald die jungen Polen militärpflichtig würden, heiße es dann: „marsch zum preussischen Militär!“ Wo stecke man sie aber hin? In rein deutsche Gegenden, nach dem Westen, nach Schleswig-Holstein usw. Dort hörten sie keine polnische Sprache, hätten sie keine Gelegenheit, am katholischen Gottesdienst teilzunehmen; sie heirateten schließlich deutsche Mädchen und gingen für ihre Nation verloren. Wieviel Widerwärtigkeiten hätten die Polen weiter vor Gericht zu erdulden! Überall herrsche das System vor, die Zahl der Polen möglichst zu verringern, in ihnen das polnische Gefühl ganz und gar auszurotten. Mit diesem System zusammen kämpfe gegen die Polen auch die deutsche Gesamtheit, der Hakatismus. Es sei das gleichsam eine preussische Nebenregierung, welche der Regierung den Weg vorschreibe, den sie gegen die Polen einzuschlagen habe. Jetzt projicire man sogar eine Zwangsabnahme des Landes, wenn die polnischen Besitzer dieses nicht freiwillig verkaufen wollten. Die polnischen Kaufleute und Gewerbetreibenden würden überall boykottiert. Der HRT-Verein gebe Verzeichnisse derjenigen Geschäfte heraus, welche von Polen mit deutschem Namen geführt würden, um die Deutschen abzuhalten, bei diesen zu kaufen. Jeder Boykott sei sonst gesetzlich verboten, hier aber werde er gestattet. Wenn aber Polen ebenso auftreten würden, dann würde man sofort gegen sie mit dem Staatsanwalt vorgehen. So sei alles gegen die Polen verschworen, nur weil sie solche und Katholiken bleiben wollten. Der Kampf tobe gegenwärtig von Putzig bis Myslowitz. Aber das sei noch nicht genug! Auch hinter der Grenze fänden Schachereien statt. Als in letzter Zeit die Hoffnung festere Gestalt angenommen habe, daß das Königreich Polen (der russische Anteil) Autonomie erhalten sollte, da habe der HRT-Verein begonnen, alle Seiten anzuspannen, damit die russische Regierung das nur ja nicht zulasse. Zwischen den Regierungen habe dann auch ein Notenaustausch stattgefunden, um die Autonomie zu verhindern. Angesichts aller dieser Manipulationen sei es notwendig, sich zur Gegenarbeit zusammenzuscharen; alle Polen müßten auf die Wälle treten und den Germanisationsgelüsten ein „Halt“ entgegenrufen. Zwar existierten schon jetzt verschiedene polnische Institutionen zur Abwehr, diese aber reichten nicht aus, weil sie keine Organisationen politischer Natur seien. Es seien das z. B. die polnischen Banken, sowie die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Diese könnten jedoch nur auf einem beschränkten, durch ihre Statuten vorgeschriebenen Gebiete arbeiten. Würden sie über ihre Grenzen nur einmal hinausgehen, so würden sie von Staats wegen sogleich aufgelöst werden. Eine weitere dieser Institutionen sei der Verein **„pomoc naukowa“** (Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend). Dieser schaffe nur Geld zu Erziehungszwecken polnischer junger Leute, welche später dessen Führer würden. Zurzeit besitze dieser Verein ein Vermögen von 2 000 000 Mark. Auch er könne aber nur seine statutenmäßigen Zwecke verfolgen, nicht z. B. polnische Kaufleute unterstützen.

Es sei daher notwendig gewesen, eine Organisation zu schaffen, um alle noch bestehenden Mängel zu beseitigen; diese sei die „Straz“. Seine Begründer bezweckten nicht, wie die Gegenpartei, ihren Feinden eins nach dem andern zu nehmen, sondern nur deren Angriffsgelüste abzuwehren. Einzeln könnten die Polen

nichts anrichten, daher sei ein geschlossenes Vorgehen notwendig, ohne Unterschied des Standes und Ranges, von Arm und Reich für die gemeinsamen, nationalen und religiösen Interessen und das gemeinsame Vaterland. Der Verein sei vor 8 Monaten begründet worden. Es seien damals aus allen Teilen Preußens die hervorragenden Persönlichkeiten der polnischen Bevölkerung in Posen zusammengekommen und hätten beschlossen, sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuschließen. Sie hätten sich hinsichtlich der Organisation gesagt, auch sie wollten eine Regierung, wie sie die Deutschen hätten. Man habe diese bei der Organisation deshalb zum Muster genommen. Wie die Deutschen Landräte besäßen, so hätten sich die Polen Starosten gewählt und ebenso diesen unterstellte Kommissare. Letztere gingen von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung, erläuterten den Polen die Zwecke und Ziele des Strazvereins, sammelten für diesen Mitglieder und Beiträge. Der Strazverein wolle die teuersten Schätze der polnischen Nation bewahren, ihm müßte daher jeder Pole beitreten. Er biete nicht materielle Vorteile, sondern wolle nur das Nationalbewußtsein heben, zu gemeinsamer Arbeit gegen den gemeinschaftlichen Feind die Landsleute sammeln. Seine Fortschritte seien erhebend. Der HRT-Verein besitze bei 60 Millionen Deutschen nach 10jährigem Bestehen 40 000 Mitglieder, der Strazverein bei 4 Millionen Polen in Deutschland nach erst 8monatlichem Bestehen bereits 11 000 Mitglieder und 3 000 Kandidaten für Mitglieder, zusammen also 14 000. Nach einem Jahre werde er hoffentlich schon soviel Mitglieder besitzen, wie der Ostmarkenverein. Jeder Kreis in Posen habe bereits seinen Starosten. Für den Kreis Znin sei Starost von Slawoszewski. In Westpreußen hätten nur 3 Kreise noch keine Starosten. Was Schlesien anbetrifft, so sei auch dieses bereits fast ganz organisiert. Die Deutschen hätten geglaubt, wenn sie die am vorigen Sonntag in Rattowitz angekündigte große Strazversammlung verbieten würden, so würde der Plan, Oberschlesien zu organisieren, scheitern. Darin hätten sie sich sehr getäuscht. Die schlesische Versammlung habe nach ihrem Verbot in Preußen in Oswiecim in Österreich stattgefunden, und die Regierung habe nur das Gegenteil von dem erreicht, was sie habe erreichen wollen. Alle Kreise in Oberschlesien hätten bereits ihre Straz-Beamten. Vor dem Beitritt zur „Straz“ brauche sich niemand zu fürchten. Nicht beitreten sollten zunächst diejenigen, welche bestimmt wüßten, daß sie infolge ihres Beitritts zur „Straz“ ihr Brot verlieren würden. Wenn auch die Posener Polizei die Mitgliederlisten an alle Landräte versende, so könne dies niemandem etwas schaden. Der Hauptvorstand nehme von den Kandidaten, welche sich gemeldet hätten, nicht so ohne weiteres jeden auf. Er sage sich, wenn z. B. nur einer oder wenige aus einem Orte ihren Beitritt erklärten, daß diese verschiedenen Schikanen seitens der Polizei ausgesetzt sein könnten und nehme sie daher als Mitglieder zunächst nicht auf. Inzwischen fungierten sie als Kandidaten. Erst wenn einige Duzend u. aus dem gleichen Orte sich gemeldet haben, dann brauche er für diese, da sie bereits eine Macht bildeten, nichts zu befürchten und nehme sie als Mitglieder an. — Redner bespricht hierauf eingehend die bekannte Organisation des Strazvereins. An seiner Spitze stehe Herr von Koscielski (früher Miloslaw), jetzt Posen. Der Verein zerfalle in 4 Sektionen:

1. die Organisationssektion, an deren Spitze der Kaufmann Carl von Rzepecki-Posen stehe,
2. die wirtschaftliche Sektion mit dem Bankdirektor Konczak-Posen an der Spitze,
3. die juristische Sektion,
4. die kulturelle Sektion. An der Spitze der ersteren stände Rechtsanwalt Dr. Sigismund

von Dziembowski, an der letzteren Rechts-
anwalt von Chrzanowski-Posen.

Der Beitrag fürs ganze Jahr betrage mindestens
1 Mk. Manche Mitglieder zahlten jährlich 2—300 Mk.
und mehr. Z. Zt. besitze der Verein aus Beiträgen
etwa 15000 Mk., außerdem 10000 Mk. aus anderen
Fonds. Redner forderte am Schluß die Anwesenden
nochmals dringend zum Beitritt auf.

Nachdem der Vorsitzende **von Slawojzewski**
dem p. Zielski für seinen Vortrag gedankt hatte,
erteilte er dem Kaufmann **Edmund Bykowski-**
Znin zu folgenden Ausführungen das Wort:

Die polnischen Eingewanderten des Kreises Znin
hätten sich versammelt, um sich über das den Polen
zugefügte Unrecht, ihre Schmerzen und Leiden zu
beklagen und um die heiligsten Schätze der Nation zu
verteidigen. Nicht nur mit dem Ansturm der Germani-
sation hätten die Polen zu kämpfen, sondern auch mit
einem Feinde im eigenen Lager, nämlich denjenigen
Polen, die die polnischen Kaufleute und Gewerbe-
treibenden nicht unterstützten und ihr Land verschächerten.
Die Folge davon sei, daß überall eine fremde Sprache
erklinge, fremde Sitten sich breit machten. Seitdem
die Ansiedelungskommission geschaffen sei, vergehe wohl
kaum eine Woche, in der man nicht von neuen Ver-
käufen polnischen Landes an diese erfahre. Die
polnische Nation werde mit einem Fluche gegen die
Verkäufer ins Ausland gedrängt. Möge dieser Fluch
die Verkäufer überall treffen, mögen sie ihre
Schandtath vor dem jüngsten Gericht verantworten.
Möge jeder Verschächerer wissen, daß auf ihm der
Fluch der Nation laste, möge alles Unglück über ihn
kommen, möge er selbst im Grabe keine Ruhe finden.
Die Ansiedelung zahle für das polnische Land so hohe
Preise, wie diese von einem Privatmann nicht gezahlt
werden könnten. Sie kaufe mit diesem hohen Preise
aber nicht nur den Grund und Boden, sondern das
ruhige Gewissen des Verkäufers und seine Ehre; sie
bezahle ihm die Schande, welche er seinen Landsleuten,
seiner Nation durch den Verkauf antue. In letzter
Zeit sei die Ansiedelungs-gesetzgebung noch verschärft
worden. Für den Hund könne man eine Bude bauen,
für das Vieh Ställe, dem Polen aber verbiete man
das Dach über seinem Kopfe. Trotzdem aber fänden
sich immer noch Verschächerer, wie der Verkauf von
Kotowiecko und Wieliczyn beweise. Mögen auch auf
diese Verkäufer die vorgenannten Flüche der Nation
herniederfallen! Wenn das polnische Land der Nation
weiter so unter den Füßen schwinden werde, dann
werde es bald keine polnischen Besitzer, Bauern, aber
auch keine polnischen Kaufleute, Ärzte, Anwälte usw.
geben. Die Kirchen und Heiligtümer würden schwinden.
Deshalb sei es Pflicht eines jeden Polen, keine
Scholle polnischen Landes aus den Händen zu lassen,
an ihr mit allen Kräften festzuhalten. Auch den
Kindern müsse schon von Jugend an Liebe zu der
polnischen Erde eingeprägt, ihnen dargetan werden,
daß jeder Pole nur zu seinem Landsmann gehen
dürfe. Redner schloß seinen Vortrag mit einer Er-
mahnung an die Anwesenden zur Einigkeit, Einmütigkeit
und gegenseitigen Liebe.

Nach einer Pause von etwa 20 Minuten, in
welcher sich **203 Personen zum Beitritt zum**
Strazverein meldeten, erhielt der Redakteur **Tesla**
vom Oniesener Vech das Wort. Er führte folgendes aus:

Heilige Pflicht eines jeden Polen sei es, sein
Vaterland, seine Nation und Religion zu verteidigen.
Die katholische Kirche sei der feste Felsen, auf welchem
die polnische Nation fuße, auf dem ein großer Teil ihrer
nationalen Existenz beruhe. Jede polnisch-nationale
Sache sei stets eng verbunden gewesen mit kirchlichen
Sachen. Zurzeit würden die Polen in todtbringender

Weise bedrückt. Sie müßten daher an Abwehr denken,
die ihnen noch übrig gebliebenen Festungen bis zum
letzten Atemzuge verteidigen. Eine solche Festung sei
die Kirche. Daß auch diese von dem preussischen
System nicht untergraben werde, dies zu verhindern
müßte jedes Polen erste Pflicht sein. Das preussische
System suche zu den Türen und Fenstern in die Kirche
gewaltsam einzudringen, um die Polen an der empfind-
lichsten Stelle zu verwunden, nämlich in dem Glauben.
In letzter Zeit habe sich die Gefahr für die Existenz
der polnischen Nationalität und des Glaubens besonders
gesteigert. Ansiedelungen umringten die polnischen
Heiligtümer und ihre Kirchen; an deren Stelle träten
protestantische Bethäuser mit Hähnen auf dem Kirch-
turme. Das preussische System strebe danach, daß
auch in den Kirchen ausschließlich deutsch gepredigt,
die Kirche Verbreiterin des Deutschtums werde. Trotz
dieses Ansturms mache die geistliche Behörde immer
neue Zugeständnisse, welche der polnischen Nationalität
und dem Glauben zum Schaden gereichten. Der
Erzbischof und sein Konsistorium könnten der lutherisch-
protestantischen Macht gegenüber nicht so auftreten, wie
sie wollten. So sei es dem Aufgabe des polnischen
Volkes dafür zu sorgen, daß das preussische System
mit seinem Protestantismus nicht in die katholischen
Kirchen eindringe. Das Konsistorium setze sich aus
Domherren zusammen. Wer aber seien diese? Über-
wiegend Deutsche, welche aus fremden Diözesen herbei-
gerufen worden seien, um das preussische System dem
Herzen und dem Gewissen der Polen einzupflanzen!
Unter deren Einfluß würde germanisiert. Den polnischen
Geistlichen sei so vor kurzem verboten worden, im
Strazverein zu arbeiten, in welchem doch auch der
Glaube und die katholische Kirche verteidigt würden.

Diese Erscheinung müsse jedem Polen das Herz
zusammenschüren. Außer den deutschen Domherren
könne man sehr viele deutsche Geistliche auf fetten
Pfründen sehen, während die polnischen Geistlichen
auf mageren Propsteien oder gar dauernd als Vikare
ihr Leben fristen müßten. Ein echter polnischer Geist-
licher erhalte oft nicht einmal die Bestätigung als
Propst. Die deutschen Geistlichen gehörten meist dem
Vereine deutscher Katholiken an. Dieser Verein sei
nichts anderes als eine andere Art von H.M.V.-Verein!
Dort saßen meist preussische Beamte, welche hierher
gesandt worden seien, um zu germanisieren. Es sei
nicht einzusehen, weshalb dann nicht auch die polnischen
Geistlichen sich ihrer Nation annehmen sollten! Habe
es doch polnische Geistliche gegeben, die, ohne daß
ihre vorgesetzte geistliche Behörde etwas dagegen ein-
zuwenden gehabt habe, an der Spitze des polnischen
Heeres marschiert seien, so Kordceci usw. Müßte man
nicht die Hände ringen, wenn man sehe, daß in der
Schmiegeler Parochie, trotzdem in ihr ebensoviele Polen
als Deutsche wohnten, kein polnischer Gottesdienst ab-
gehalten werde, daß in Fraustadt auf Anregung des
Oberpräsidenten hin der polnische Gottesdienst vom
Erzbischof kassiert worden sei, daß in Pndewitz aber
für 11 deutsche Katholiken von demselben Erzbischof
auf Betreiben des Oberpräsidenten deutscher Gottes-
dienst eingeführt worden sei? Sei das Recht und
Gerechtigkeit? Sollten die Polen dazu ruhig sein?
Alles das aber sei noch nicht genug! Mancher pol-
nische Geistliche, der im stillen arbeite, werde be-
spioniert. Die preussischen protestantischen Behörden
mischten sich in Sachen, die allein dem Erzbischof zu-
ständen! Täglich könne man wahrnehmen, daß das
preussische System nicht nur zur Germanisierung,
sondern auch zur Lutheranisierung der Polen führe. Die
polnischen Katholiken schmerze es, daß der Erzbischof
sie nicht verteidige, wie es sich gehöre. Früher seien
Erzbischöfe sogar ins Gefängnis gegangen, weil sie sich der

preußischen Regierung nicht ohne weiteres willfährig zeigen wollten. Was geschehe dagegen heute? Die geistlichen Behörden müßten sich ferner mehr um den Religionsunterricht in den Schulen kümmern! Den armen polnischen Kindern, die kein Wort deutsch verstanden, würde der Religionsunterricht nur in letzterer Sprache erteilt! Was sollte aus solchen Kindern werden? Sozialdemokraten und Atheisten! Aus verschiedenen Pfarochien seien dieserhalb bereits Beschwerden an die Regierung eingereicht worden. Was mache diese aber? Sie werfe diese Beschwerden einfach in den Papierkorb! Nach der Verfassung gehöre die Aufsicht über den Religionsunterricht der Geistlichkeit, dem Erzbischof, und nicht der preußischen Regierung. Die polnischen Eltern hätten ein Recht, von den geistlichen Behörden zu fordern, daß sie gegen ein solches Vorgehen gegen ihre Kinder energisch einschritten, mit allen Mitteln dagegen protestierten. Zwar wüßten sie ja von vornherein, daß die preußische Regierung auch diese Beschwerden des Erzbischofs einfach in den Papierkorb werfen werde, trotzdem würde ein solches Vorgehen dem Erzbischof die Herzen aller Polen gewinnen. Das preußische System zielt also darauf ab, die Polen zu germanisieren und zu lutherisieren, und zwar durch die Kirche. Nach den Grundsätzen des hl. Glaubens müsse jeder Katholik seiner geistlichen Behörde gehorham sein. Wenn aber sein Seelenheil bedroht werde, dann müsse er ebenso die geistliche Behörde bitten, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Deshalb schlage er vor, aus der Versammlung eine Petition an den Erzbischof zu richten, um den Glauben zu erhalten und den Religionsunterricht abzuändern. Er wolle seinen Antrag dem Bureau übergeben, um über ihn Beschluß fassen zu lassen.

v. Slawofjewski dankt dem Vorredner und fragt die Anwesenden, ob sie mit Teskas Anträge einverstanden seien. Die Versammlung bejaht diese Frage einstimmig. **v. Slawofjewski** beauftragt hierauf Teska, seinen Antrag zu formulieren und der Versammlung später vorzulesen. Er bemerke aber schon jetzt, daß der Antrag zunächst an den Hauptvorstand der „Straz“ gerichtet werden müsse.

Hierauf erteilt er dem Wirt **Vincent Ziolkowski aus Juncowo** das Wort. Dieser führte folgendes aus: Er trete hier als Repräsentant des Bauernstandes auf. Die polnische Erde schwinde immer mehr den polnischen Besitzern unter den Füßen. Sie sei die Königin, die polnischen Bauern ihre Untertanen. Diese müßten sie lieben, weil sie von dem Blut und Schweiß ihrer Vorfahren durchtränkt sei und gleichsam eine Reliquie bilde. Gute und schlechte Zeiten habe die polnische Nation auf dieser durchlebt. Von den guten, schönen Zeiten könnten die derzeitigen Polen nur noch manches aus Büchern und Schriften erfahren. Durch Gottes Fügung seien sie einer anderen, fremden Nation zugeschlagen worden. Diese habe sich verschworen, die Polen auszurotten, ihnen ihre heiligsten Schätze zu nehmen und die hl. polnische Erde unter sich zu teilen. Die Polen müßten zeigen, daß sie hier auf ihrer eigenen Erde säßen, daß diese kein Geschenk und auch nicht anderen genommen, sondern ein heiliges Erbe sei. Bekannt seien ja die Worte, die der deutsche Kaiser bei seiner letzten Anwesenheit in Gnesen gesprochen habe, daß Sünde derjenige begehe, welcher sein Land an Fremde verkaufe. Diese Worte seien gleichzeitig eine Ohrfeige für die Verschacherer der polnischen Erde. Der polnische Adel sei sehr zusammengeschmolzen, das polnische Volk sei aber geblieben. Auf dieses seien die Blicke der polnischen Gesamtheit gerichtet. Eintracht, Liebe und Aufklärung müsse unter diesem herrschen, es müsse an seiner Sprache, seinem Glauben und seiner Erde fest-

halten. In dieser Hinsicht müsse bereits bei der Erziehung der Kinder auf diese eingewirkt werden. Die preußische Schule gebe ihnen ja nichts! Früher, als in den Schulen noch polnisch gelehrt worden sei, hätten die polnischen Eltern ihre Kinder dem Lehrer, der gleichsam Vertreter des Vaters war, gern anvertraut. Heute, wo die Muttersprache aus den Schulen ausgerottet sei, schickten die Eltern ihre Kinder dorthin nur noch unter dem Druck von Strafen. Verwilderung und Unglauben nähmen infolge des Schulsystems unter der heranwachsenden Jugend immer mehr überhand. Die polnischen Mütter müßten sich hauptsächlich der Erziehung ihrer Kinder auch in nationaler Hinsicht widmen, sie müßten ihnen von der glänzenden Vergangenheit Polens erzählen, von dessen ruhmreichen Königen und Helden. Sie könnten ihnen schon beizeiten klar vor Augen führen, daß die polnische Erde durch den Ansturm des Germanentums bedroht sei, sie zur Liebe und Anhänglichkeit an diese Erde, ihre Sprache und ihren Glauben anhalten. Die Kinder müßten beizeiten das Unrecht kennen lernen, welches den Polen zugefügt werde, dieses selbst verspüren lernen und im Herzen bewahren. In diesem Sinne müßte jede polnische Familie ihre Kinder erziehen, damit später deren Fluch sie nicht noch im Grabe treffe. Die Kinder seien die Zukunft, durch sie allein könnten die Bedrückungen der Nation später behoben werden. Wenn die Polen gleichsam auch auf dem Aussterbeetat ständen, so hätten sie noch keine Veranlassung, zu verzweifeln. Beugen könne man die polnische Nation wohl, aber niemals vernichten! „Fort daher mit den Verrätern, fort mit den Verschacherern, hoch die Herzen und es wird uns dann die Morgenröte der Wiedergeburt aufleuchten!“

Nachdem der Vorsitzende dem Redner gedankt hatte, las Teska seinen Antrag den Versammelten vor. Er lautet folgendermaßen:

„Die Versammlung in Rogowo fordert den Hauptvorstand der „Straz“ auf, bei dem Erzbischof entsprechende Schritte dahin zu tun, daß dieser sich unserer Kinder energisch annahme, welche durch den ihnen in einer fremden Sprache erteilten Religionsunterricht schwer geschädigt werden, und deren Glaube und Moralität großen Gefahren ausgesetzt sind.“

Der Antrag wurde mit großem Beifall angenommen.

Gutsbesitzer **Szczepanowski** aus Lubisch erklärt hierauf, daß sich als Mitglied für den Strazverein in der Versammlung auch ein Mensch aus Rogowo gemeldet habe (den Namen wolle er nicht nennen), welcher seine Besitzung an einen „Fremden“ verkauft habe. Seine Kandidatur sei einstimmig vom Bureau abgelehnt worden.

Zninski aus Posen gab hierauf seiner Freude darüber Ausdruck, daß fast alle Erschienenen dem Strazverein beigetreten seien. Dies sei umso erfreulicher, weil gerade Rogowo am meisten von den Ansiedlungen bereits umringt sei. Dank hierfür gebühre dem Starosten **v. Slawofjewski**, dieser solle hoch leben.

v. Slawofjewski dankt alsdann für das auf ihn ausgebrachte Hoch und bittet um Unterstützung seitens der Versammelten bei der weiteren Arbeit. Wenn Jeder nur ein zehntel von dem in der Versammlung Gehörten beherzigen würde, so sei der Zweck der Versammlung erreicht. Mit einem Dank für das zahlreiche Erscheinen und das rege Interesse schloß er die sonst ruhig verlaufene Versammlung um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags.

Augustini,
Polizeiaffessor.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 29 des Oredownik (Posen)

vom 7. Februar 1906:

In Sachen des Verbots der Zugehörigkeit von Geistlichen zum Strazverein

schreibt der Oredownik u. a.:

„Das Wichtigste ist die Opposition der Geistlichkeit gegen die Politik des Erzbischofs. Diese Opposition ist von den Geistlichen im Lech und im Oredownik angekündigt worden. Wird sie eintreten oder nicht? Wir werden die Sache vom nationalen, volksparteilichen Standpunkt aus erörtern, und wir werden sie nach Möglichkeit sachlich zu behandeln suchen, — unsere politischen Gegner aber wollen berücksichtigen, daß dies für unser Blatt keine leichte Sache ist.

Unsere Geistlichen haben dem Erzbischof keine Opposition gemacht, als er mit seinem Freunde, dem gegenwärtigen Vorsitzenden des Strazvereins, gemeinsam Versöhnungspolitik trieb. Und damals hätten die Geistlichen es tun sollen; denn eben diese Politik hat die Bedingungen vorbereitet, die es heut der preußischen Regierung erleichtere, auf den Erzbischof und auf seine Diözesangeistlichkeit einen Druck auszuüben. Damals haben die Geistlichen die Volksbewegung wütend bekämpft, welche eben vor dem Sichherausbilden solcher Verhältnisse warnte, aus Anlaß deren heut manche Geistliche Opposition ankündigen.

Noch bei den letzten Wahlen im Jahre 1903 haben — zwar schwächer, aber immer noch energisch genug — viele Geistliche die Kandidaten der Volksbewegung bekämpft, und es gab keinen Geistlichen, welcher öffentlich für die Volksbewegung eingetreten wäre — mit Ausnahme eines einzigen. Jetzt kündigt man Opposition an. Weshalb? Wegen 8 oder 10 Starosten, oder wegen der Tendenz des erzbischöflichen Rundschreibens?

Wir haben bereits in den vorherigen Artikeln gesagt, daß es sich nicht verlohne, wegen der geistlichen Starosten den Zwist zwischen der weltlichen Volksgesamtheit und der geistlichen Behörde zu vertiefen.

Und was die beiden Rundschreiben anbetrifft, — werden da die Geistlichen die angekündigte Opposition in die Tat umsetzen? Nach den Artikeln des mannhaften Rakeler Dekans Pfarrer Tesmer in Sachen des Propstes Brandke ist in unserer ganzen Presse nicht ein einziger ernsterer Artikel aufgetaucht, der von Geistlichen herkam und die beiden erzbischöflichen Rundschreiben besprach. Offen sagen wir, daß wir auf ihn gewartet haben, ohne daß er erschienen wäre. Ob die Geistlichen diese Sache als eine rein innere kirchliche Angelegenheit unter sich vielleicht in den Dekanatskongregationen besprechen, darüber ist auch nichts bekannt, und sie gehört in erster Linie dahin, nicht in die öffentliche Presse.

Und jetzt eben kommen wir zu jener Grenze, welche entschieden die Sphäre der Kirche von derjenigen der nationalen Interessen scheidet, worauf wir unausgesetzt bei derartigen peinlichen Fragen Nachdruck legen.

Die Opposition der Geistlichen gegen ihren Erzbischof betrifft das unmittelbare hierarchische Verhältnis der Geistlichkeit zu ihrem Bischof, der nicht nur in der Kirche, sondern die Kirche regiert.

Wir als weltliche, nationale Volksgesamtheit können namentlich vom volksparteilichen Standpunkt aus uns nicht da hineinmengen, noch dies mittelst der Volksbewegung unterstützen, denn das dürfen wir vom katholischen Standpunkt aus nicht. Wir sind Polen, aber auch Katholiken, und als solche sind wir verpflichtet, unsern Bischof zu ehren und ihm gehorham

zu sein in Sachen, zu welchen uns die Lehre der Kirche verpflichtet. Wir können mithin nicht an einer Opposition teilnehmen, welche das hierarchische Verhältnis zwischen der Geistlichkeit und dem regierenden Bischof regeln soll. Wir können dies namentlich vom Standpunkt der volksparteilichen Politik aus nicht tun, denn wir würden die Grundlage dieser Politik im Volke untergraben, worauf wir schon lange hingewiesen haben.

Wollen die Geistlichen wegen des letzten erzbischöflichen Rundschreibens Opposition machen, so mögen sie dies allein auf eigene Verantwortung tun. In der vorigen Nummer brachten wir einen Artikel, der von einem Geistlichen, und zwar von einem eifrigen herkam. Wir taten dies aus taktischen Gründen, und wir sind bereit, noch einen und den anderen derartigen Artikel zu bringen, wenn wir erachten werden, daß taktische Gründe dies heischen. Aber planmäßig werden wir solche nicht unausgesetzt veröffentlichen, es sei denn, daß der unermüdlich mit großem Schwunge arbeitende Strazvereinsvorstand uns wiederum Gelegenheit dazu böte, wie jetzt mit seinen geistlichen Starosten.

Dem Geistlichen, der uns diesen Artikel sandte, danken wir für das Vertrauen und wir versichern ihm öffentlich, daß es ihn nicht täuschen wird. Ungeachtet dessen sagen wir es offen, daß es weit mehr Energie und Mut auf seiten der Geistlichen bedarf, ihre Meinung über die beiden erzbischöflichen Rundschreiben auf den Dekanatskongregationen auszusprechen, als in der Presse. Mögen sich dort die Geistlichen zusammentun, mögen sie dort ihre Unruhe äußern, dann werden sie dem Volke damit einen großen Dienst leisten, auch dem Erzbischof, denn er wird dann etwas haben, mittelst dessen er sich vor dem Druck der preußischen Regierung decken kann.

Unsere Leser, auch die Intelligenz, weisen wir darauf hin, eine wie verräterische Sache es für die nationale Volkspolitik ist, ohne Überlegung und manchmal sogar gedankenlos die Interessen der Kirche, des Priestertums mit den Interessen der Nation zu vermengen.

In unsern Verhältnissen im preußischen Landesteil zählt stets die nationale Sache die Kosten politischer Unüberlegtheit, nicht die Geistlichen. Das haben wir bei dem Kampfe der Volksbewegung früher erfahren, und jetzt warnt uns Oberschlesien. Lamentieren wir daher nicht darüber, daß dem Strazverein — acht geistliche Starosten fehlen werden. Die Geistlichen haben: ja doch noch ein breites und dankbares Feld zur Tätigkeit für das Wohl der Nation, und sie brauchen nicht im Strazverein in den ersten Reihen zu stehen. Überall in öffentlichen Angelegenheiten ist Arbeitsteilung, weshalb sollten wir diese Bedingung der öffentlichen Arbeit nicht achten?

Aus Nr. 31 des Oredownik

vom 9. Februar 1906:

Aus Kreisen der Geistlichkeit

ging uns nachstehender Artikel zu, welchen wir aufnehmen als eine Kundgebung der unter den Geistlichen herrschenden Anschauungen.

Einer der Geistlichen spricht seine Anschauung über den Vorgang betreffend die Geistlichen-Starosten wie folgt aus:

den 6. Februar 1906.

Obgleich ich ein politischer Freund des Oredownik in vielen Hinsichten gewesen und es noch bin, so kann ich mich doch mit seinen letzten Äußerungen aus Anlaß des erzbischöflichen Rundschreibens in Sachen des Strazvereins nicht einverstanden erklären.

Ich setze voraus, daß der Drendownik aus taktischen Rücksichten eine Auffassung, die von der seinigen gänzlich abweicht, in seine Spalten aufzunehmen geruhen wird.

Wem die leitende Idee des Drendownik nicht schon seit lange her bekannt wäre, der würde nach den letzten Artikeln in obiger Angelegenheit den Eindruck davongetragen haben, daß der Drendownik klerikale Bahnen betrete. Der Drendownik und der Erzhirte (Dziennik) auf der einen — die ganze Volkspresse, das ganze Volk (?) auf der anderen Seite. Wir hatten schon lange nicht mehr ein solches Schauspiel; selbst der Erzhirte hat sich vielleicht gewundert, obgleich er erkannt haben muß, daß andere Motive als die seinigen den Drendownik an seine Seite gestellt haben. Der Erzbischof verbietet den Geistlichen die aktive Beteiligung am Straz-Verein unter dem Drucke der Regierung — der Drendownik tut das Gleiche unter dem Drucke seiner innersten Überzeugung; das Volk kann sich in seinen politischen Angelegenheiten ohne die Geistlichen behelfen, da es sich behelfen muß. Das ganze Volk knirscht aus Entrüstung anläßlich des erzbischöflichen Rundschreibens mit den Zähnen, nur der Drendownik bewahrt kalte Ruhe, indem er ruft: Wehklagen wir darum nicht, daß in dem Straz-Verein acht Geistliche-Starosten fehlen werden.

Man ahnt, daß der Drendownik in dem Straz-Verein ein Hindernis für die Volksbewegung sieht, aber wegen dieser seiner persönlichen Überzeugung hat er noch kein Recht dazu, nur von diesem Standpunkte aus über das letzte erzbischöfliche Rundschreiben zu urteilen. Mag sein, daß sich der Straz-Verein ohne Geistliche behelfen wird, aber es handelt sich nicht darum, sondern um die Tatsache des erzbischöflichen Verbots der aktiven Beteiligung der Geistlichen am Straz-Verein.

In diesem Verbot liegt ein fürchterlicher Präzedenzfall. Denn ebenso wie der Erzbischof mit des Henkers Recht seiner Geistlichkeit die aktive Beteiligung am Straz-Verein verboten hat, ebenso könnte er morgen befehlen, daß seine Geistlichkeit dem „Ostmarkenverein“ beitrete.

Wollten wir angesichts des Verbots schweigen, so würden wir dem Erzbischof ein Recht zugestehen, welches er nicht besitzt. Auch hier gehen wir mit dem Drendownik wieder auseinander. Eben vom katholischen Standpunkte aus müssen wir dem Erzbischof das Recht absprechen, sich in politische Beziehungen seiner untergeordneten Geistlichen zu mischen. Hier handelt es sich eigentlich um das Prinzip und nicht um den Straz-Verein. Wollten wir dem Erzbischof das Recht, welches er mißbraucht hat, zugestehen, so müßten wir auch schweigen, wenn er unter dem Drucke der Regierung uns Geistlichen befehlen würde, aus dem Verein der Lehrbeihilfe, aus dem Wahlkomitee usw. auszutreten. In den Augen der Regierung sind doch diese beiden Institutionen ebenso „regierungsfeindlich“ wie der Straz-Verein! Es handelt sich in dem letzten erzbischöflichen Rundschreiben nicht so sehr um den Straz-Verein, als um einen fatalen Präzedenzfall, der noch fatalere Folgen hervorrufen wird.

Ich kann mich auch mit der Grenze nicht einverstanden erklären, welche nach dem Drendownik entschieden die Sphäre der Kirche von der Sphäre der nationalen Interessen trennt. Der Drendownik sagt, daß „die Opposition der Geistlichkeit gegen ihren Erzbischof die unmittelbaren hierarchischen Beziehungen der Geistlichkeit zu ihrem Bischof beträfe, welcher nicht allein in der Kirche, sondern auch die Kirche regiere“. Gewiß, der Bischof regiert in der Kirche und die Kirche, aber nur in geistlichen Angelegenheiten, nicht aber in nationalen. Sollte aber der Drendownik

bei seiner Meinung bestehen bleiben, was dann, wenn nun ein deutscher Erzbischof anfangen würde, bei uns in Polen in der Kirche und die Kirche zu regieren? Völker gehören zur Gemeinschaft der Kirche, doch regiert die Kirche nicht die Völker. Die Kirche und das Volk sind zwei besondere Faktoren, die nur dann gleichen Schritt mit einander halten können, wenn einer dem anderen nicht mit Vernichtung droht. Übrigens hat einst der Drendownik selbst dies Prinzip verkündigt.

Es befremdet nicht weniger, daß der Drendownik eine Sache durchaus politischer Natur, wie die des Straz-Vereins, an die Kongregation der Dekane verweist, welche das Merkmal einer rein katholischen, kirchlichen, geistlichen Zusammenkunft haben muß. Was dann, wenn in einer solchen Kongregation das deutsche Element überwiegen würde?

Was noch die Opposition der Geistlichen gegen ihren Erzbischof anbelangt, so betrifft diese, insofern sie in rein nationalen Angelegenheiten geschieht, niemals „die unmittelbaren hierarchischen Beziehungen der Geistlichkeit zu ihrem Bischof“ — es sei denn, daß es eine Opposition in geistlichen, rein kirchlichen Sachen wäre.

Ich bin dagegen vollkommen einverstanden mit der Bemerkung des Drendownik an seine Leser und die Intelligenz: „Für die Volkspolitik und die nationale Politik ist es eine gefährliche Sache, unüberlegt und manchmal sogar gedankenlos die Interessen der Kirche und der Geistlichkeit mit den Interessen des Volkes zu vermischen.“

Pfarrer Zgrzyt.

(Pseudonym: Pfarrer Zähneknirscher.)

Dem Pfarrer Zgrzyt werden wir uns gestatten eine Bemerkung zu machen.

Die kirchliche Behörde hat den Geistlichen auf amtlich-kirchlichem Wege mitgeteilt, sie sollen keine Ämter im Straz-Verein annehmen und keine Reden in den Versammlungen halten. Das ist ein streng innerer Akt der kirchlichen Verwaltung.

Pfarrer Zgrzyt behauptet trotzdem, daß dieser Akt in den Kongregationen der Dekane keinen Beratungsgegenstand darstellen könne, da die Sache, um welche es sich im Rundschreiben handelt, nicht das Merkmal einer rein katholischen, kirchlichen, geistlichen, trage.

Wo sollen denn nun die Geistlichen ihre bürgerlichen Rechte verteidigen, nur in der Presse?

Wenn es die Geistlichen wünschen, werden wir manchen ihrer Artikel veröffentlichen, doch werden auf diesem Wege die Geistlichen ihre Rechte nicht verteidigen können.

Aus Nr. 29 des Lech (Gnejen)

vom 7. Februar 1906:

Aus Kreisen der Geistlichkeit haben wir anläßlich des erzbischöflichen Rundschreibens gegen den Lech und anläßlich des Briefes des Kaisers eine Menge Korrespondenzen erhalten, von denen wir nur einen ganz kleinen Teil veröffentlichen können. Heute bringen wir jedoch zwei dieser Korrespondenzen als Beweis dafür, daß unsere patriotische Geistlichkeit über unsere Verteidigung anders denkt als der Erzbischof. Der erste lautet:

Der Kaiser wünscht, daß die Geistlichkeit in Gemeinschaft mit ihrem Oberhirten dem Staate treu wäre, mit anderen Worten: daß sie sich den Bestrebungen der Regierung mit Beziehung auf die Germanisierung des polnischen Volkes nicht widersetze, sondern daß sie die Regierung dabei unterstütze. Damit kann jedoch unsere Geistlichkeit nicht einverstanden sein. Die

großpolnische Geistlichkeit muß das Volk mit allen Kräften vor der Germanisierung schützen, und sie tut recht daran, denn es ist eine notorische Tatsache, daß ein germanisierter Pole aufhört, Katholik zu sein und daß er den Glauben verliert und Sozialdemokrat wird. Deshalb achten unsere Geistlichen auch so darauf, daß die Kinder den Katechismus und die Glaubensgrundsätze überhaupt in der Muttersprache lernen, in der Sprache, in der sie die Mutter lehrte, den Schöpfer zu preisen; deshalb sorgen sie auch dafür, daß der Religionsunterricht nicht gemißbraucht würde zur Germanisierung, und deshalb entrüsteten sie sich mit Recht darüber, wenn ein polnisches Kind dem Geistlichen gegenüber Gott in der deutschen Sprache lobt (gemeint ist der altpolnische Gruß) oder wenn es ihn mit „Guten Tag“ grüßt. Weil nun die Geistlichkeit in dieser Beziehung mit Eifer und Erfolg tätig ist, fällt der ganze Ärger der Regierung und des protestantischen Fanatismus auf sie; deshalb wirkt man unserer Geistlichkeit Unloyalität, großpolnische Agitation, Mißbrauch ihres Amtes auf der Kanzel und alle sonstigen Verbrechen vor. Die preußische Regierung sollte unserer Geistlichkeit sehr dankbar sein, denn sie beschränkt sich bei ihrer Sorge um die ihnen anvertrauten Schäflein nicht nur auf die Kirche, sondern sie unterstützt auch deren moralisches und materielles Wohl im öffentlichen und privaten Leben und hütet die katholischen Grundsätze nicht nur in der Kirche, sondern auch auf allen anderen Gebieten des Lebens. Auf diese Weise macht unsere schätzbare Geistlichkeit die sozialdemokratische Propaganda im Posen'schen unschädlich, denn Hunderte von Vereinen, gleichviel ob Industrievereine, Gesellenvereine, Lehrlingsvereine, landwirtschaftliche oder Arbeitervereine, welche von Geistlichen gegründet oder geleitet werden, sind eine kräftige Abwehr gegen die Umsturzideen.

Ist das nicht wunderbar? Eine solche Unterschrift hat die andere Korrespondenz, welche also lautet: Unser gegenwärtiger Erzbischof war, als er die Regierung unserer Diözese übernahm, davon überzeugt, daß er mit Hilfe der Versöhnungspolitik große Sachen in unseren Diözesen vollführen werde, und er hielt jeden Nichtversöhnungsfreundlichen für einen Aufwüthler, gleichviel, ob er geistlich oder weltlich war. Heute aber, nach 12 Jahren, müssen wir, wenn wir mit jener Versöhnungspolitik genau Abrechnung halten, bekennen, daß sie für uns die fatalsten Verhältnisse geschaffen hat; unsere Diözesen hat sie in die traurigsten Verhältnisse versetzt. Ist das nicht wunderbar?

Beim Antritt seiner Regierung verurteilte der Erzbischof manche volksparteilichen Blätter, besonders den Drendownik und Postemp, und mit seinem erzpriesterlichen Ansehen beeinflusste er die Geistlichkeit, dasselbe zu tun. Unsere Geistlichen, nur manche von ihnen taten das sehr ungern, erklärten sich damals im Kurzer gegen jene Blätter. Heute haben jene volksparteilichen Blätter die meisten Anhänger unter der Geistlichkeit und sogar solche, die ihnen Artikel zusenden. Ist das nicht wunderbar?

Aus Nr. 30 des Lech (Gnesen)

vom 8. Februar 1906:

Das erzbischöfliche Verbot und die Geistlichen.

Ein gewisser älterer Geistlicher schreibt uns: Das Rundschreiben des Erzbischofs von Stabłowski in Sachen der Zugehörigkeit der Geistlichen zur „Straz“ hat die Gemüter und Herzen der Geistlichkeit und des Volkes so aufgeregt, daß man heute überall Entrüstung

und Erbitterung finden kann, die jenes Rundschreiben unter unserer Gesamtheit hervorgerufen hat. Der Wielkopolanin bemüht sich zwar in seinem neuesten Artikel „die Straz und der Erzbischof“ unsere gekränkte Gesamtheit zu erfreuen und zu beruhigen, aber die dem Herzen des Volkes beigebrachte Wunde ist viel zu groß, als daß sie sich auf diese Weise heilen ließe. Und zu all dem Bösen hören wir, daß der Erzbischof wiederum eine Überraschung für unsere Geistlichkeit vorbereite und daß dieser Tage die Entscheidung darüber auf der Dominikel in Posen gefällt werden solle.

Wir sind neugierig, was das für eine Überraschung ist. Vielleicht beabsichtigt der Erzbischof, wie manche Geistlichen annehmen, der Geistlichkeit überhaupt zu verbieten, sich um nationale Angelegenheiten zu kümmern und daran teil zu nehmen. Das wäre fürwahr ein fataler Schritt des Erzbischofs, der sowohl für den Erzbischof selbst wie auch für die Geistlichkeit und das Volk die schlimmsten Folgen nach sich ziehen könnte, und die Sache der Kirche würde dadurch sehr leiden. Deshalb vorsichtig mit dem Feuer! Die gegenwärtigen Verhältnisse liegen so, daß die großpolnische Geistlichkeit sich unter keinen Umständen von den nationalen Angelegenheiten zurückziehen kann; sie muß vielmehr daran lebhaften Anteil nehmen, um die heiligsten Güter zu beschützen, die jetzt durch das preußische System der Germanisierung aufs äußerste gefährdet sind. Der Geistliche ist übrigens zugleich Bürger und hat das Recht, das Wort zu nehmen, wenn es sich um das Vaterland handelt, wie jeder andere weltliche Bürger. Gegen dieses Postulat kann niemand auftreten, wenn er weiß, wie viele öffentliche, außerhalb der Kirche stehende Verdienste die Gesamtheit unserer Geistlichkeit verdankt, die auch in der Geschichte der nationalen Aufklärung sich große Verdienste erworben hat. Deshalb können wir es auch nicht verstehen, weshalb der Erzbischof den Geistlichen verbietet, der „Straz“ anzugehören, die weder der Kirche schadet, noch die preußische Regierung reizt, sondern nur den Glauben und die Muttersprache verteidigt. Die allgemeine Meinung sagt, der Erzbischof habe unter dem Drucke der preußischen Regierung den Geistlichen verboten, der „Straz“ anzugehören. Diese Meinung bestätigt der Wielkopolanin in seinem oben angeführten Artikel. Und dieses Blatt irrt sich sicherlich nicht, denn es hat von allen Zeitungen den nächsten Zutritt zu den Geheimnissen der Dominikel. Die Regierung dagegen hat diesen Druck auf den Erzbischof ausgeübt, um den größten Feind aus dem Wege zu räumen, den sie in unserer Geistlichkeit erblickt, um so freier bei der Durchführung ihres antipolnischen Systems wirken zu können.

Wir verstehen es auch nicht, wie ein solch wichtiges Blatt wie der Drendownik in seinem neuesten Artikel „Unsere abhängige Presse“ dagegen ist, daß die Geistlichen in die „Straz“ hineingezogen würden. Glaubt denn etwa der Drendownik, daß die Geistlichen in dieser nationalen Institution Versöhnungspolitik treiben und so zugleich mit ihrem Oberhirten das Volk der Germanisierung zuführen werden? Wir können dem Drendownik versichern, daß heute die Allgemeinheit der Geistlichkeit mit sehr geringen Ausnahmen die Versöhnungspolitik als eine fruchtlose Politik, die sowohl der Kirche wie unserem Volke schädlich ist, verurteilt. Die Geistlichkeit steht heute, mit geringen Ausnahmen, auf Seiten des polnischen Volkes und wird es im Kampfe um den Glauben und die Nationalität energisch unterstützen und es vor diesen vielfachen Unbilden, die ihm ohne seine Schuld zugefügt werden, verteidigen.

Aus Nr. 31 des Lech (Gnesen)

vom 9. Februar 1906:

Ein älterer Geistlicher sandte angeblich dem Lech eine Zuschrift, die das Blatt jedoch nicht veröffentlichen will, um die bereits angegriffene Würde des Erzbischofs der Bevölkerung gegenüber nicht noch mehr herabzuwürdigen. In der Zuschrift heißt es unter anderem:

Wenn der Erzbischof Dr. von Stablewski nicht mehr so viel Kraft in sich verspürt, um den immer weiter gehenden antipolnischen und antikirchlichen Forderungen der protestantischen Regierung Widerstand zu leisten, dann soll er doch seine Würde niederlegen.

Aus Nr. 32 des Oredownik (Posen)

vom 10. Februar 1906:

Für die hungernden Landsleute.

(Berichterstattung über die durch das Damenkomitee gesammelten Beiträge für die Familien der polnischen Soldaten und die Hungernden im Königreich Polen.)

Einnahme in den Kreisen: Posen-Ost 616,55, Posen-West 674,01, Bomst 143,65, Kolmar i. P. 49,60, Czarnikau 51,60, Gostyn 20,—, Grätz 41,65, Hohensalza 345,70, Jarotschin 258,80, Kosten 1229,84, Koschmin 252,55, Lissa i. P. 40,—, Mogilno 718,45, Neutomischel 520,—, Ostrowo 361,40, Pleschen 1059,65, Rawitsch 210,—, Schmiegel 300,—, Schroda 220,—, Schrimm 392,10, Strelno 360,54, Samter 401,—, Wongrowitz 1337,05, Witkowo 519,44, Wreschen 272,—, Znin 1352,15. Zusammen 11 747,73 Mark.

Einnahme in den Städten: Posen-St.-Lazarus 1849,71, Pudewitz 133,50, Ostrowo 163,50, Jarotschin 70,05, Dobruik 95,50, Strelno 185,—, Kletzko 62,—, Schroda 247,—, Kostschin 74,—, Wollstein 52,35, Gostyn 145,25, Rajchfow 115,—, Kions 59,—, Krotoschin 151,45, Koschmin 67,—. Zusammen in den Städten: 3470,31 Mark.

Redaktionen haben eingesandt: Oredownik als 1. Rate 450,—, 2. Rate 300,—, 3. Rate 150,—, 4. Rate 100,25. Postemp 86,—. Goniec Wielkopolski 102,30. Gazeta Polska in Kosten 18,45. Robotnik 379,55. Lech als 1. Rate 243,95, 2. Rate 48,96 Mark. Zusammen von den Redaktionen 1879,46 Mark.

Private Gaben 624,25 Mark.

Sokolvereine: Bochum 26,30, Königshütte 5,—, Hartau 20,—, Berlin 7,—, Storchneß 48,—, Zeritz 60,—, Schroda 15,—, Herne 34,—, Kriewen 8,25, Schönebeck 40,43, Nachtel 20,—, Gelsenkirchen 21,50, Mühlheim 43,45, Waime als 1. Rate 26,60, Krone a. d. Brahe 5,—, Ratternberg 10,—, Waime als 2. Rate 16,—, Pakosch 15,60, Alteneffen 25,—, Wongrowitz 8,05, Witten 13,10, Dortmund 10,—, Strelno 31,50, Schopenitz 5,—, Grüningsfeld 26,01, Gerthe 18,55, Tremessen 8,20, Krotoschin 10,30, Oberhausen 10,—, Kosten 20,80 Mark. Zusammen in den Sokolvereinen 608,64 Mark.

Aufstellung der Gesamteinnahme: in den Kreisen 11 747,73, in den Städten 3470,31, Privatpersonen sammelten 624,25, die Redaktionen sandten ein 1879,46, Sokolvereine gaben 608,64, die Prozente betrugen bis 5. Februar 1906 69,95 Mark. Gesamteinnahmen 18 400,39 Mark.

Ausgaben: Am 5. Mai v. J. wurden an den Erzbischof Popiel in Warschau 1000 Mark gesandt, am 15. Juni zu Händen des Anwalts Dsuchowski in Warschau 3000 Mk., am 23. Mai zu Händen des Anwalts Dsuchowski 8000 Mk., am 6. Juli wurden an Frau Bilinska zu Hospitalzwecken für Soldaten-Rekonvales-

zenten im Gouv. Radom 1000 Mark gezahlt, am 15. Dezember wurden durch Vermittlung des Herrn J. Koscielski dem Anwalt Dsuchowski 4000 Mark ausgezahlt, am 6. Februar l. J. wurden nach Warschau zu Händen der Gräfin M. Lubienska für die unter dem Schutze der „Schwestern der Barmherzigkeit“ befindlichen Hungernden 1377,79 Mark gesandt, Auslagen und Postporto der Schriftführerin 2,30 Mark, Postporto und Transportspesen 2,45 Mark, Aufrufe an die Kollektensammlerinnen und das Postporto für die Aufrufe 17,80 Mark. Gesamtsumme der Ausgaben 18 400,34 Mark.

Im Namen des Damenkomitees

P. Jackowska,
Vorsitzende.

Aus Nr. 31 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 9. Februar 1906:

Zu Zwecken der Volksbibliotheken haben wir erhalten:

Von dem Herrn Grafen Raczynski aus Obersitzko durch Vermittlung der Frau Adalbert Lubienska aus Kiontschin 60 Mark.

Aus Nr. 31 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 9. Februar 1906:

Das Bespionieren der Geistlichen.

In dieser Sache teilt man uns aus dem Kreise Neutomischel mit, daß dort ein Gendarm (der vom Landrat absichtlich zu diesem Zwecke entsandt wurde) den Lehrer gefragt habe, ob der Propst von der Kanzel herab die Mitteilung von der Trauung des Kronprinzen mit der Prinzessin Cecilie verlesen habe. — Derselbe Lehrer wurde vom Kommissar befragt, ob der Geistliche die Kinder in der Kirche während der Schulmessen polnische Lieder singen lasse. Ein andermal wurde er gefragt, ob der Geistliche dem Sokolverein angehöre und ob er beim Herjagen der Litanei zur Allerheiligsten Jungfrau Maria zur „Königin der polnischen Krone“ bete.

Wahrscheinlich werden die Gakatifisten der Regierung vorschlagen, die Distrikts-Schornsteinfeger (von Neujahr ab lauter Deutsche) und die Nachtwächter mit geheimen Instruktionen zu versehen. Die Schornsteinfeger werden darüber Berichte erstatten, in welchen Propst-Essen polnische Bratwürste geräuchert werden und in welchen Pfarrküchen polnische Gerichte — wie Ragout, „Flaki“, Zrazy — zubereitet werden. Von den Nachtwächtern werden darüber Berichte erstattet werden, ob der Geistliche nachts ruhig geschlafen, ob er keinen aufwieglerischen Traum gehabt, ob er nicht von den Sokol- und Stroz-Vereinen geträumt habe usw.

Aus Nr. 33 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 11. Februar 1906:

Das Bespionieren der Geistlichen.

In die Nachricht bezüglich des Bespionierens der Geistlichen in Nr. 31 vom Freitag hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Der Vorgang spielte sich nicht im Kreise Neutomischel, sondern ganz wo anders ab.

Aus Nr. 6 des Przemysłowiec (Posen)

vom 10. Februar 1906:

Wichtig für Schneider.

Aus der Stadt.

In Posen bereitet sich eine Aktion vor gegen das Ausführen bestellter Zivil- und Militär-Arbeiten seitens der sogenannten Regiments-Schneider. Das ist eine sehr alte und gerechte Opposition. Denn wenn es keinem gewöhnlichen oder chargierten Soldaten gestattet ist, außerhalb des Militärdienstes irgend ein Gewerbe zu betreiben, und alle von dem Solde leben müssen, den sie erhalten, wie kommt dann dieser Militärstand dazu, besondere Vorrechte zu genießen.

Die Konkurrenz ist groß, denn der Druck kommt von oben, z. B. für die Einjährigen, da diese verpflichtet sind, bei diesen Schneidern zu bestellen, und sie müssen obendrein das nehmen was sie erhalten. Vielleicht wird das manchem komisch vorkommen, aber wer beim Militär gedient hat der weiß dies aus Erfahrung.

Von welcher Wichtigkeit diese Konkurrenz ist, das beweist die Tatsache, daß diese Herren vom Militär Vermögen bis 50 tausend und mehr ohne Mühe gesammelt haben, da sie für Arbeit nicht viel zu zahlen nötig haben und jeder Soldat nur für bares Geld geliefert bekommt. Das ist eine sehr ernste Sache. Soviel mir bekannt ist, ist mit den vorbereitenden Arbeiten bereits begonnen worden und es soll bald in dieser Sache eine große öffentliche Schneider-Versammlung stattfinden. Unsere Herren Schneider wollen diese Sache beizeiten besprechen, um mit fertigem Material zu erscheinen. Die hiesige Schneider-Zunft hat diese Angelegenheit schon oft besprochen, da aber nur eine gewisse Zahl von Schneidern der Zunft angehört, so konnte die Aktion nicht ins Werk gesetzt werden. Vielleicht gelingt es jetzt mit vereinten Kräften, etwas zu erreichen, da zu dem Kampfe alle Schneider-Meister, Gesellen und Kaufleute aus dieser Branche berufen sind.

Aus Nr. 29 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 7. Februar 1906:

Die Volksbank in Schwerfenz.

Man schreibt uns aus Schwerfenz:

Unter Beteiligung des Prälaten Wawrzyniak ist auf die Initiative des Ortspfarrers Rejczyk eine Volksbank gegründet und in das Genossenschaftsregister eingetragen worden. Den Vorstand bilden: Propst Rejczyk, Direktor, E. Schleichert, Rentant, J. Niemojowski-Neudorf bei Schwerfenz, Kontrolleur. Dem Aufsichtsrat gehören an die Herren: J. Cabanski, Vorsitzender, T. Staniewski, Vertreter, M. Schleichert, L. Wojciechowski, St. Nybarski.

Daß die Darlehns-genossenschaft ins Leben gerufen wurde, ist mit Befriedigung zu begrüßen, umso mehr, als die Notwendigkeit eines solchen Instituts hier seit langem sich fühlbar gemacht hat. Wir wünschen ihr auch die beste Entwicklung: Glückauf! Die Volksbank in Schwerfenz nimmt Spareinlagen von 1 Mk. zinsbringend an, und sie zahlt je nach der Zeit der Aufkündigung 3 1/2 bis 4 %. Auch gewährt sie den Mitgliedern Darlehen.

Aus Nr. 29 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 7. Februar 1906:

Landschacher.

Aus Samter schreibt man uns:

Der Landschacher nimmt im Kreise Samter eine große Ausdehnung an. Herr Jakob Perz in Szcze-

pankowo bei Scharfenort verkaufte seine 170 Morgen große Wirtschaft an die Ansiedelung, und er verhandelt wegen Ankauf von Land mit der Bank ziemski. Weiß die Bank, daß dies ein Verschacherer ist? Er hat verkauft ohne es notwendig zu haben. Der Boden war gut. Der Vater hatte ihm das Grundstück übergeben, damit er sich und die Familie ernähre; mithin gehört der Boden nicht ihm, sondern der Familie. Das ist polnischer Boden, mit dem man nicht so leichtsinnig wirtschaften darf. Aber die Judassilberlinge locken. Vor einem Jahre hat sein Schwager in derselben Gemeinde der Ansiedelung eine Wirtschaft verkauft, und dies geschieht in der Parochie und unter den Augen des Pfarrers Dr. Sypniewski, der wie ein Wojewode auf Scharfenort sitzt und Bücher liest, die er aus der deutschen Bibliothek in Samter leiht. Wenn aber eine Volksversammlung stattfindet, dann geruht er nicht in ihr zu erscheinen; denn die Spießbürger veranstalten sie. Möge der Herr Pfarrer sich mit den Verschacherern befassen; vielleicht würde er eine ganze Masse Land retten. Leider hört man, daß auch viele andere der Ansiedelung Angebote gemacht haben. Was werden wir anfangen, wenn der Ring der Ansiedelungskommission uns immer enger einschnüren wird? Was werden die Handwerker, die Kaufleute usw. anfangen, wenn es an Käufern aus dem Volke nicht zureichen wird?

Aus Nr. 25 des Postep (Posen)

vom 1. Februar 1906:

Aus Borek schreibt man uns, daß dort am Geburtstag des Kaisers viele polnische Bürger glänzend illuminiert haben. Es werden namhaft gemacht der Kaufmann Herr A. Thomas, welcher etwa 100 Lichter in seinen Fenstern ausgestellt haben soll. Herr Kapuscinski, der zur „Landwehr“ gehört, hat auch beleuchtet und der Pole Herr Tych hat eine preußische Standarte ausgehängt, was in Borek nie vorgekommen war, und Herr Maschinist Tomaszewski hat sogar in jedem Fenster ein Duzend Lichter gebrannt. — Man schreibt uns auch aus anderen Städten, daß die polnischen Bürger reichlich ihre Fenster illuminiert haben, namentlich in Tremessen und Gnesen. Das Benehmen dieser polnischen Bürger ist uns unbegreiflich, da doch selbst Deutsche und Juden nicht illuminieren, die Polen wollen aber durchaus ihre Loyalität beweisen, obgleich sie auch so sicher sein können, daß die maßgebenden Kreise an ihre preußische Treue nicht glauben und ihnen, wenn sie es auch wünschen würden, kein Stückchen Land von der Ansiedelungskommission verkaufen werden. — übrigens wünscht es Kaiser Wilhelm selber, daß am Tage seines Geburtstages nicht illuminiert werde.

Die polnischen Bürger wollen also mehr preußisch sein als selbst der Monarch.

Aus Nr. 33 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 11. Februar 1906:

Herr Wladislaus Domagelski, Schuhmacher in Wollstein, hat an seinem Hause ein polnisches Firmenschild angebracht mit der Bezeichnung der Bergstraße ebenfalls in polnischer Sprache als „ul. Gorna.“ Die polnische Bezeichnung der Straße hat anscheinend nicht gefallen, denn die Polizei forderte Herrn D. auf, jenes „ul. Gorna“ zu beseitigen, als er sich aber weigerte, der Aufforderung nachzukommen, wurde auf Befehl des Bürgermeisters ein Maler herbeigeholt,

welcher in Gegenwart eines Polizeibeamten die Bezeichnung „ul. Gorna“ zweimal mit blauer und gelber Farbe überstrichen hat. Auf diese Weise wurde das Schild häßlich gemacht. Herr D. schlägt den Gerichtsweg ein und wird die Wiederanbringung der verwichenen Worte und die Instandsetzung des häßlich gemachten Schildes verlangen.

Nach welcher Vorschrift die Polizei gehandelt hat ist unbekannt, denn auf Verlangen des Herrn D., ihm eine schriftliche Aufforderung zukommen zu lassen, wurde ihm geantwortet, daß die Polizei auf höheren Befehl die Bezeichnung überstreichen ließ.

Aus Nr. 28 des Lech (Gnesen)

vom 6. Februar 1906:

Betrifft polnischen Religionsunterricht.

Aus Zydwon wird uns geschrieben: Als im Mai vorigen Jahres hier ganz unverhofft im Laufe des Quartals, sodaß es die Eltern nicht merken sollten, in der I. und II. Abteilung in der hiesigen katholischen Schule durch den Schulinspektor Herrn Bismark aus Wittowo der biblische Geschichtsunterricht und selbst der Katechismusunterricht in deutscher Sprache eingeführt wurde, wandten wir uns beschwerdeführend an die Regierung in Bromberg und zwar viermal: im Mai, Juli, August und September. Auf keine der wohlbegründeten Beschwerden aber gab uns die Regierung eine Antwort. Daraus ist zu ersehen, daß wir Recht hatten und daß der Schulinspektor gefehlt hat. Am 23. September wandten wir uns mit der letzten Beschwerde über den Kreisschulinspektor und die Regierung direkt an den deutschen Kaiser in Berlin. Der Brief war unterzeichnet mit Unterschriften von Parochianen, vom Schulzen versiegelt und „eingeschrieben“ abgesandt worden. Aber was nützte es? Bis auf den heutigen Tag warten wir selbst vom Kaiser auf Antwort. Sollte man sich etwa erdreistet haben, ihm diesen Brief nicht abzugeben? Wie soll man sich das Schweigen des deutschen Kaisers wohl anders erklären?

Aus Nr. 30 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 8. Februar 1906:

Das Kirchenlied in den Volksschulen.

Der verstorbene Pfarrer Dr. Warminski hat einen Plan der biblischen Geschichte, des Katechismus und der Kirchenlieder für die Volksschulen herausgegeben. Dieses Werk hat das Imprimatur des Erzbischofs erworben und es wurde durch die Regierung empfohlen.

Indessen hat der Kreisschulinspektor in Wiloslaw in der Lehrerkonferenz ein Verzeichnis von Kirchenliedern vorgelangen, welche in den Volksschulen eingeübt werden sollen, dagegen wurden nachstehende und zwar die wichtigsten gestrichen:

1. Kiedy ranne wstają zorze. (Wenn die Morgenröte aufsteigt).
2. Wszystkie nasze dzienne sprawy. (Alle unsere täglichen Sorgen).
3. Boże w dobroci. (Gott in der Güte).
4. Do ciebie Panie. (Zu Dir Herr).
5. Kto się w opiekę. (Wer sich in den Schutz).
6. Przed oczy Twoje Panie. (Vor Deine Augen Herr).
7. Dzień on dzień sądu Paskiego. (Das ist der Tag des jüngsten Gerichts).
8. W żłobie leży. (Es liegt in der Krippe).

9. Bóg się rodzi. (Gott wird geboren).
10. Niepojęte dary. (Unbegreifliche Gaben).
11. Wisi na krzyżu. (Er hängt am Kreuze).
12. Boże kocham cię. (Gott ich liebe Dich).
13. Przez Twoje święte zmartwychpowstanie. (Durch Dein heiliges Auferstehen).
14. Chrystus zmartwychwstan jest. (Christus ist auferstanden).
15. Straszliwego majestatu. (Der schrecklichen Majestät).

Nach Streichung dieser wichtigsten Lieder bleiben nur acht, welche während des achtjährigen Aufenthalts der polnischen Kinder in der Volksschule von den Lehrern eingeübt werden sollen.

Wie der Kreisschulinspektor erklärt, hat er diese Bestimmung auf Wunsch des Dekans und zwar weil die Kinder überlastet wären, selbst erlassen. Soviel mir bekannt ist, hat man die Lehrer verpflichtet, mit den Kindern alljährlich vier deutsche Lieder und ebensoviel Verse deutscher Dichter einzüben, sodaß im Laufe von acht Jahren jedes polnische Kind 32 deutsche Lieder und kaum 8 Kirchenlieder singt.

Within ist für die polnischen Kinder das Erlernen einer solchen bedeutenden Zahl deutscher Lieder und Verse nicht zu schwer, aber die durch die Regierung genehmigten polnischen Kirchenlieder sollen die geistigen Kräfte der polnischen Kinder überlasten.

Ein Beobachter.

Aus Nr. 33 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 11. Februar 1906:

Winnagora, 9. Februar.

Zu dem Artikel über die Kirchenlieder in den Volksschulen bitte ich die geehrte Redaktion des Dziennik nachstehende Berichtigung veröffentlichen zu wollen.

Der geehrte Beobachter aus dem versteckten Wiloslawer Winkel hat in seiner Darstellung der Angelegenheit der Kirchenlieder in den Volksschulen, in Nr. 30 des Dziennik Poznański mir den Vorwurf gemacht, daß ich zur Verringerung der Kirchenliederzahl, welche nach dem Plane des Pfarrers Warminski in den Volksschulen eingeübt werden müßten, beigetragen habe. Wenn der in der Nachbarschaft wohnende Beobachter vor Absendung seines Elaborats in die Welt sich zu mir bemüht und nicht zu viel seinem Informator getraut hätte, so würde er bestimmt den Abschnitt über meine Person ausgelassen haben.

Die Sache betreffend meinen bei dem königlichen Kreis-Schulinspektor in Wiloslaw angebrachten Wunsch verhält sich wie folgt:

Als ich im Jahre 1904 meine Pastoralvisitationen im Dekanate abhielt, habe ich mich aus den in den Kirchen stattfindenden Prüfungen überzeugt, daß die Schulkinder weder den Text noch die Melodien der Kirchenlieder, abgesehen von sehr geringen Ausnahmen, singen können. Ich wurde in dieser Überzeugung noch dadurch bestärkt, als auf das Befragen die Kinder erklärten, daß sie in der Schule den Gesang der Kirchenlieder überhaupt nicht üben. Aus Mitleid mit unseren Kindern begab ich mich direkt zu dem Herrn Königl. Kreisschulinspektor, welchem ich die traurige Lage des Religionsunterrichts sowie des Kirchenliedergesangs dargelegt habe, und ich bat ihn, er möge die Herren Lehrer seines Distrikts veranlassen, wenn auch nicht ganz sich nach dem in dem Plane des Pfarrers Warminski enthaltenen Vorschriften zu richten, so doch wenigstens die wichtigsten in unserer Kirche gebräuchlichen Lieder mit den Kindern einzüben. Ich habe also nicht 8, sondern 15 von den 24 durch den Pfarrer

Warminski vorgeschriebenen Liedern zur Einübung empfohlen.

Diese sind:

1. Anioł pasterzom mówił. (Der Engel sprach zu dem Hirten.)
2. Twoja cześć chwala. (Dein ist Ehre und Lob.)
3. U dzwi Twoich. (An Deiner Tür.)
4. Wisi na krzyżu. (Er hängt am Kreuze.)
5. Rozmyślajmy dziś. (Bedenken wir heut.)
6. Jezu Chryste, Panie miły. (Jesus Christus, lieber Herr.)
7. Christus zmartwychwstan jest. (Christus ist auferstanden.)
8. Wesoły nam dzień dziś nastał. (Ein frohlicher Tag ist uns heut angebrochen.)
9. Do Ciebie Panie. (Zu Dir Herr.)
10. Boże w dobroci. (Herr in Güte.)
11. Gwiazdo morza. (Stern des Meeres.)
12. Pod Twoją obronę. (Unter Deinen Schutz.)
13. Dzień on Dzień. (Das ist der Tag.)
14. Przed oczy Twoje. (Vor Deine Augen.)
15. Święty Boże. (Heiliger Gott.)

Soviel ich weiß, hat der Herr Königl. Kreis-Schulinspektor meine Bitte berücksichtigt und in den Konferenzen im Februar v. Js. den Herren Lehrern das Singen obiger Lieder mit den Kindern anempfohlen. An wem liegt nun der böse Wille und die Schuld, an mir und dem Herrn Königlichen Schulinspektor — oder auch an dem Informator und den Herren Lehrern, welche, ungeachtet der Aufträge ihres unmittelbaren Vorgesetzten, nur mit sehr geringen Ausnahmen bis zum heutigen Tage ihre Pflicht in dieser Beziehung nicht erfüllen und den Gesang in der Schule nicht üben.

Der geehrte Beobachter möge die Kinder verhören die in die Schule des Informators gehen und möge sich überzeugen, ob sie, was den Text und die Melodie anbelangt, alle 24 Lieder, welche auf den Seiten 150—151 des Buches des Pfarrers Warminski angeführt sind, singen können.

Aber auch die Herren Lehrer will ich wegen der Vernachlässigung des Kirchenliedergesanges nicht zu streng verurteilen. Denn um Gesangunterricht erteilen zu können, muß man Zeit haben. In den früheren Stundenplänen der Volksschulen, vielleicht vor etwa 20 Jahren, waren noch besondere Stunden für den Gesangunterricht der Kirchenlieder angesetzt gewesen. Heute ist dagegen, obgleich die hohe geistliche Behörde dies oftmals forderte, jener Gesangunterricht total aufgehoben worden; aber die Herren Lehrer können von jeder Religionsunterrichtsstunde ein paar Minuten für den Kirchengesang opfern, wenn es ihnen gefallen wollte und sie ein katholisches Gewissen empfinden würden. Nach meiner Überzeugung wird wenig von dieser Lizenz profitiert. Denn es ist auch schwer zu profitieren, da die Königl. Regierung in Posen in der allerneuesten Bestimmung, welche in Nr. 7 des Amtlichen Schultageblatts von 1905 veröffentlicht wurde, die Religionsstunden in den einklassigen ganztägigen Schulen von 5 auf 4 Stunden wöchentlich reduziert hat, während für den Unterricht der deutschen Sprache 14 Stunden wöchentlich angesetzt worden sind. In den halbtägigen einklassigen Schulen wird die Religion, also die biblische Geschichte und der Katechismus in 3 Stunden wöchentlich gelehrt. Und sogar von dieser kurzen, für den Religionsunterricht bestimmten Zeit reißen manche Herren Lehrer noch eine Stunde zur Dressur in der deutschen Sprache ab. So liegt der Sachverhalt im Unterricht der hl. Religion und der Kirchenlieder in den Volksschulen.

Wollten die Herren Lehrer alle durch mich empfohlenen 15 Lieder gut einüben, dann würde das Lob Gottes gleich anders in unseren Kirchen klingen. Aber

die Vorgesetzten zu beschuldigen, daß sie die Liederzahl einschränken und sogar die allernotwendigsten nicht lehren lassen, das ist sehr traurig.

Soviel im Interesse der Wahrheit.

Defan Poturalski.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 14 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 1. Februar 1906:

Wie die preussischen Minister informiert sind?

Nach inhaltlicher Wiedergabe der Beschwerden des Abgeordneten v. Jazdzewski im Landtage über die angeblich gesetzwidrige Auflösung polnischer Versammlungen, der Erwiderung des Herrn Ministers des Innern, sowie Wiedergabe der Beschwerde des Rechtsanwalts Karpinski-Gniewski über die Auflösung einer Versammlung am 7. Mai v. J. und des hierauf ergangenen Bescheides des Herrn Ministers des Innern, führt die Gazeta Grudziadzka aus:

Das alles zeugt davon, daß der Herr Minister nur dann schlecht informiert ist, wenn die preussischen Beamten gegen uns vorgehen. Ihnen ist es alles gleich, ob sich die Leute versammeln und Zeit und Geld opfern, um nur einen Vortrag zu hören, sie finden immer einen Grund zur Auflösung einer Versammlung oder gewöhnlichen Sitzung, wenn sie wollen.

Das weiß der Herr Minister nicht! Er weiß auch nicht, daß das Ober-Verwaltungsgericht, an das sich Herr Rechtsanwalt Karpinski gewendet hat, das Urteil gefällt hat, daß die zum 7. Mai einberufen gewesene Versammlung zu Unrecht aufgelöst worden sei. Die Polizei hat demnach willkürlich gehandelt, und trotzdem ist der Herr Minister des Innern so gut über alles informiert, daß er von nichts weiß.

Es ist auch kein Wunder, daß die preussischen Beamten uns gegenüber auftreten wie es ihnen gefällt. Wir wissen ja, daß manchmal aus den geringfügigsten Ursachen Versammlungen und Vereinsitzungen aufgelöst werden. Dem Herrn Minister steht jedoch ein ganzes Heer von Beamten zu Diensten, die ihn darüber gut informieren müßten, wie manchmal wegen einer beliebigen Ansicht polnische Versammlungen verboten werden!

Aus Nr. 16 der Gazeta Olsztynska (Allenstein)

vom 6. Februar 1906:

Die Gazeta Olsztynska schließt einen längeren Artikel über das **Landtagswahlsystem** mit folgenden Ausführungen:

Die Regierung wird sich selbstverständlich mit Händen und Füßen gegen eine Änderung des Wahlsystems sträuben.

Aber wir Polen müssen zu dieser Änderung helfend beitragen. Es handelt sich um unsere polnische Volksgesamtheit, um ihre Rechte zur Vertretung im Landtage, um eine größere Stimmenanzahl. Keine Partei hat wohl soviel Gründe, sich um eine Änderung zum Besseren zu bemühen, als wir. Das polnische Volk muß in seinen bürgerlichen Rechten heraufzucken. **Dann wird auch unsere ganze Sache vorwärts schreiten.** Wir müssen also nicht nur — wie wir es gewöhnlich tun — andere kämpfen und arbeiten lassen und die von ihnen errungenen Vorteile ausnützen, **denn das ist einer großen Nation nicht würdig,** sondern wir müssen einen dieser Sache geneigten Standpunkt einnehmen.

Aus Nr. 15 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 3. Februar 1906:

Zeichewo, den 31. Januar 1906.

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend schlichen sich bei unserem Herrn Propst Diebe ein. Zum Glück war der Herr Propst noch nicht eingeschlafen, und als er Geräusch hörte, stand er auf und rief um Hilfe, wodurch die Diebe verschreckt worden sind; es sind ihnen nur 1 Paar Stiefel und 1 Pelzreverende im Werte von 200 Mark in die Hände gefallen. Infolge dieses nächtlichen Besuches hat sich der Herr Propst so sehr erkältet, daß er am Sonntag weder die Messe lesen, noch die Predigt halten konnte. Wir als Parochianen bedauern das sehr. **Wir haben unseren Herrn Propst in letzter Zeit hauptsächlich deswegen liebgewonnen, weil er, während er früher als eingefleischter Deutscher aufgetreten ist, in letzter Zeit sich zu unserem Vorteile geändert und uns sei es zur Verteidigung unserer Heiligtümer, sei es zum Abonnieren unserer Zeitungen angehalten hat.** Daraus ist zu ersehen, daß sich die Deutschen in ihm getäuscht haben.

Aus Nr. 17 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 8. Februar 1906:

Eine interessante Berichtigung.

Aus **Zeichewo, Kreis Schwetz**, hat uns der Herr **Propst Burtisch** unter der Adresse unseres verantwortlichen Redakteurs, Herrn Szczepanski, mit Beziehung auf § 11 des Preßgesetzes nachstehendes Schreiben in deutscher Sprache übersandt, das in wörtlicher polnischer Übersetzung lautet:

(Rückübersetzung aus dem Polnischen.)

„In Nr. 15 der Gazeta Grudziadzka vom 3. Februar 1906 wird berichtet, daß die hiesigen Parochianen ihren Propst in letzter Zeit hauptsächlich deswegen liebgewonnen hätten, weil er, während er früher als eingefleischter Deutscher aufgetreten ist, in letzter Zeit sich zum Vorteile seiner Parochianen geändert habe und sie anhalte sei es zum Schutze ihrer Heiligtümer, oder zum Abonnieren polnischer Zeitungen, woraus zu ersehen wäre, daß sich in ihm die Deutschen getäuscht hätten. Ich erkläre hiermit, daß diese Behauptung durchaus unrichtig ist, wenn man sie von der politischen Seite aus betrachtet. Meine Pflicht ist es nur, die Parochianen zu dem anzuhalten, was jedem Katholiken, sowohl dem deutschen, als auch dem polnischen, heilig sein muß. Nur ein einziges Mal habe ich über das Lesen polnischer Zeitungen gesprochen, indem ich gleichzeitig gegen das Abonnieren der Gazeta Grudziadzka auftrat, daher können sich die Deutschen in mir auch nicht getäuscht haben.“

Burtisch, Propst.“

Von der Redaktion: Dem Pfarrer Burtisch erwidern wir nur, daß wir auch ohne seine Berufung auf die im § 11 des Preßgesetzes angedrohte Strafe sein Schreiben gerne gebracht hätten, obwohl es der in Betracht kommenden Gesetzesvorschrift nicht ganz entspricht.

Auch wir halten es für sehr gut, daß Pfarrer Burtisch in diesem Schreiben die Augen seiner polnischen Parochianen gründlich öffnet, daß nämlich sie sich in ihm getäuscht haben und nicht die Deutschen. Es geht das aus der entschiedenen Erklärung des Pfarrers Burtisch hervor, die unzweifelhaft die

Anerkennung des Gejelligen finden wird, daß er nicht etwa seine polnischen Parochianen zur Verteidigung ihrer so sehr bedrohten nationalen Heiligtümer aufgefordert hätte. Wenn Pfarrer Burtisch das auch übrigens getan hätte, so wäre das im Sinne unserer Religions- und kirchlichen Grundsätze keine Verirrung, und jeder katholische Priester, sogar auch ein Nichtpole könnte das mit ruhigem Gewissen tun. Da aber Pfarrer Burtisch seine Hände vor irgend etwas ähnlichem so sehr in Unschuld wäscht, so ist es kein Wunder, daß er diese Gazeta Grudziadzka nicht leidet, die das polnische Volk gerade mit so heißen Worten zur eifrigen Verteidigung seiner nationalen Heiligtümer auffordert, namentlich weil sie für die Polen, wie sogar erst vor kurzem der hl. Vater selbst öffentlich erklärt hat, so eng verbunden sind mit den religiösen Heiligtümern.

Offen gesagt, wir sind dem Pfarrer Burtisch für seine der Gazeta gegenüber bewiesene Abneigung sogar bis zu einem gewissen Grade verbunden, da wir dessen sicher sind, daß das polnische Volk um so mehr erkennen wird, daß wir diesen unseren nationalen Heiligtümern gegenüber unsere heilige Pflicht erfüllen, und es sich sogar in der Parochie des Pfarrers Burtisch um so mehr um die Gazeta scharen wird.

Andererseits macht das aber auch einen unangenehmen Eindruck, daß sich manche deutsche Geistlichen mit so auffallender Ängstlichkeit bemühen, auch nur den Schatten des Scheins zu meiden, als ob sie den Polen und dem Polentum gewissermaßen ein größeres Wohlwollen bezeugten.

Aus Nr. 17 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 8. Februar 1906:

Tuchel.

Was soll das bedeuten? Am 6. Januar d. Js. sollte hier eine Straz-Versammlung stattfinden. Der Herr Bürgermeister, ein junger Blondin, hat die Versammlung unmittelbar nach der Eröffnung mit kurzen Worten aufgelöst, ohne auch nur aus Höflichkeit zu sagen, aus welchem Grunde er die Versammlung auflöse.

Der Einberufer der Versammlung, Herr Czeslaus Pacer, hat an den Landrat des Kreises Tuchel, Puttkamer, eine Beschwerde gerichtet; der Landrat erwiderte, daß die Versammlung aus dem Grunde nicht stattfinden konnte, weil es im Saale kalt war und die Gesundheit der Versammlungsteilnehmer darunter hätte leiden können.

Die Strazversammlung ist dann zum zweiten Mal zum 4. Februar einberufen worden. Indessen hat, wie wir erfahren, die Tucheler Polizei, an deren Spitze seines Amtstitels wegen der Herr Bürgermeister steht, wiederum die Strazversammlung verboten, weil sie mit einemmal eine Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung darin erblickte.

Wir sind der festen Überzeugung, daß die Landsleute in Tuchel von neuem dagegen protestieren werden. Wir wollen doch sehen, was dieses Mal der Herr Landrat zur Rechtfertigung des Verbots schreiben wird.

Wir erklären mit voller Überzeugung, daß ein derartiges Verbot von Seiten des Bürgermeisters eine Gesetzeswidrigkeit ist. Mögen unsere Abgeordneten diese Angelegenheit im Landtage, und bei geeignetem Anlaß auch im Reichstage berühren und mögen sie dort fragen, ob der

erste beste Bürgermeister im preußischen Staate Straz-Versammlungen verbieten dürfe.

Was denken sich übrigens die verschiedenen deutschen Herrchen? Denken sie denn etwa, daß sie die Polen treiben könnten wie eine Schafherde? Ihr sagt, daß in Rußland die Polen noch schlechter behandelt werden. O nein, ihr neuzeitlichen Kreuzritter. Wenn es sich um das Schießen auf das Volk, um die öffentliche Sicherheit handelt, so habt ihr recht, daß es uns Polen vorläufig hier besser geht. Aber dort nimmt niemand den Polen im öffentlichen Leben das Wort, dort vertreibt sie niemand von der väterlichen Scholle. Und wenn in Rußland die Konstitution eingeführt sein wird, dann wird auch die öffentliche Sicherheit größer werden, denn die Beamten werden eine Oberaufsicht haben.

Wir raten unseren Landsleuten nach Durchführung der Untersuchung der Angelegenheit bezüglich der letzten Versammlung, eine dritte Straz-Versammlung einzuberufen. Der Straz-Verein fordert nicht zur „Revolution“ auf, also hat auch der Bürgermeister kein Recht, eine Störung der öffentlichen Ruhe zu befürchten.

Aus Nr. 17 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 8. Februar 1906:

Tuchel.

An Stelle der vom Bürgermeister verbotenen Straz-Versammlung ist eine Versammlung des Wahlvereins für den Bezirk Konitz-Tuchel abgehalten worden. Der Herr Abgeordnete Kulerski begab sich persönlich zum Bürgermeister und erklärte ihm, daß er im Falle des Verbotes der Versammlung sofort eine Beschwerde an den Minister senden würde, da er als Abgeordneter seinen Wählern gegenüber das Recht und die Pflicht habe, den parlamentarischen Rechenschaftsbericht zu erstatten.

Nachdem Herr Kulerski fortgegangen war, teilte der Bürgermeister durch einen Polizeibeamten mit, daß die Versammlung stattfinden könne.

(Hierauf ein kurzer Bericht über den Verlauf der Wählerversammlung.)

Aus Nr. 16 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 6. Februar 1906:

Sfarżewo.

In nächster Nähe existiert ein Kriegerverein, dem nur Polen angehören und, was noch besser ist, den die Polen selbst gegründet haben. Es ist überaus traurig, daß Polen Vereine gründen, die sogar die heilige Kirche nicht lobt. Die Kriegervereine hat nämlich Bismarck gegründet, und Bismarck war der größte Feind der katholischen Kirche, denn er hat den berühmten Kulturkampf inszeniert.

Auch werden diese Vereine fast nur von Protestanten geleitet. Den protestantischen Amtsvorstehern sind diese Kriegervereine sehr gelegen, denn sie sind die besten Werkzeuge zur Germanisierung und Lutheranisierung des Volkes. Deshalb widersehen sich diese Amtsvorsteher mit allen Kräften der Gründung des allerunschuldigsten polnischen Vereins. Aber gerade dieser Druck von seiten der Amtsvorsteher beginnt den Leuten die Augen zu öffnen, und mancher sagt sich: „Aus welchem Grunde unterstützen die lutherischen Amtsvorsteher so eifrig luther-

ische Vereine und verfolgen andererseits so sehr die polnischen Vereine? Es ist also durchaus notwendig, polnische Vereine zu gründen.

Aus Nr. 16 des Pielgrzym (Pielgrim)

vom 6. Februar 1906:

Zempelburg, 31. 1. 06.

Auf die Korrespondenz vom 30. Januar d. Js. aus Zempelburg, in der bedauert wurde, daß mein Nefte sich an einer vom hiesigen Vaterländischen Frauenverein veranstalteten Theateraufführung beteiligt hat, und in der ferner gefordert wurde, ich solle ihm das Auftreten in solchen „lutherischen“ Aufführungen verbieten, erwidere ich, daß ich meinerseits meinem Nefen dieses Auftreten schon aus einiger Dankbarkeit dem Verein gegenüber nicht verbieten werde, denn die Reineinnahme dieser Vorstellungen wird zum größten Teil zur Unterstützung unserer armen katholischen Bevölkerung verwendet. Und wenn der Korrespondent fragt, ob sich „Lutheraner“ an katholischen Theateraufführungen beteiligen würden, so erwidere ich, daß der größte Teil der andersgläubigen Einwohner unserer Stadt dies tut, wenn katholische Theateraufführungen stattfinden.

Propst Schwanitz.

Aus der Erwiderung des Herrn Propstes Schwanitz ist nicht klar ersichtlich, ob die Vorstellung, in der sein Nefte aufgetreten ist, wirklich eine lutherische war oder nicht. Nach seinen Ausführungen kann man aber annehmen, daß die vom Vaterländischen Frauenverein veranstaltete Aufführung eine „lutherische“ war — und bei solchen Aufführungen dürfte, wenn auch sogar die Reineinnahme für arme Katholiken bestimmt ist, kein Katholik auftreten. Der Zweck heiligt nicht die Mittel. — Wir bitten unsere Leser um Mitteilung, wie das aufgeführte deutsche Theaterstück heißt, und ob es wirklich lutherisch war oder nicht.

Aus Nr. 13 des Pielgrzym (Pielgrim)

vom 30. Januar 1906:

Aus Briesen.

Es ist eine bekannte Sache, daß kein Kreis in Westpreußen so viel durch die Ansiedelungskommission zu leiden gehabt hat als gerade unser Kreis. Davon kann sich jeder überzeugen, der an Werktagen die Straßen und den Markt unserer Stadt passiert. Auf jedem Schritte trifft man „landsmani“ mit der Pfeife im Munde und mit der charakteristischen Mühe auf dem Kopfe, und man hört beinahe mehr deutsch als polnisch sprechen. Zu Anfang hat die Ansiedelungskommission uns nur Vorwerke auf gekauft, doch jetzt beginnt sie schon auf kleinere Wirtschaften Schlingen zu stellen. Vor nicht langer Zeit erschien bei einem polnischen Wirt, Herrn B. in R., Parochie Radowisz (?) ein deutscher Herr und fragte ihn, ob er ihm nicht seine Wirtschaft verkaufen wollte. Als ihn unser Glaubensgenosse mit langer Nase abziehen ließ, besuchten ihn bald darauf zwei andere Herren, die offen erklärten, daß sie im Auftrage der Ansiedelungskommission kämen, um mit ihm über den Ankauf seines Gutes zu verhandeln. Herr B. hat, wie er es als Pole machen mußte, diese Verführung mit Entrüstung zurückgewiesen. Doch damit war die Sache noch nicht zu Ende, es kam zu

ihm ein Herr Siforski aus Gnesen — unter diesem Namen hat er sich vorgestellt —, um mit ihm in Kaufsverhandlungen zu treten; und um das Vertrauen des Herrn B. zu gewinnen, fing er an sich zu loben, was er für ein eifriger Pole und Katholik wäre. Doch es war ein Glück, daß er auf keinen Dummen oder nicht einen Polen von ähnlichem Werte getroffen hat, wie es einer seiner Nachbarn ist, der vor 2 Jahren, wie allgemein behauptet wird, sein väterliches Erbe selbst der Ansiedelungskommission angeboten hat. Herr B. hat den Wolf im Schafspelze erkannt und sich mit Verachtung von ihm gewendet. Dafür gebührt ihm Lob! Mögen seine Nachbarn von ihm lernen, wie sie handeln sollen, wenn eine ähnliche Versuchung an sie herantritt. Man bekommt einen Schreck, wenn man daran denkt, was aus unserem Kreise werden würde, wenn unsere Wirte in dieser Beziehung nicht mehr Widerstandsfähigkeit besäßen als unsere Herren. Dann würde unseren Kindern schließlich die Erde zum Grabe fehlen. Deshalb rufen wir: Wache Geist! Wer irgend welchen Einfluß auf unser Volk hat, der möge sich bemühen, es aufzuklären und zur Verteidigung des häuslichen Herdes anzuhalten; wer merkt, daß sich um polnische Wirtschaften Versucher in Gestalt eines Agenten der Ansiedelungskommission oder eines Verräters mit polnischem Namen herumdrehen, der möge Himmel und Erde in Bewegung setzen, um die drohende Gefahr abzuwehren.

Man müßte auch darüber nachdenken, welche Mittel anzuwenden sind, um die elenden Verräter, die ihren polnischen Namen und ihre polnische Herkunft mißbrauchen, um der Ansiedelungskommission bei dem Erwerb polnischer Güter behilflich zu sein, von ihrem schändlichen Handwerk abzuschrecken. Ein solcher Verräter und Versucher ist nicht mehr wert, als daß man ihn mit Hunden hinaushebt.

Zur Erweckung des polnischen Geistes und nationalen Sinnes könnte in unserem Kreise der Strazverein viel beitragen. Wir erfahren auch, daß der eifrige Patriot Herr **Kasimir Cichocki das Amt des Starosten für den Kreis Briesen mit Ausnahme der Stadt angenommen hat.** Wir zweifeln nicht daran, daß unter seiner wackeren Leitung der Strazverein in unserem Kreise immer mehr Anhänger gewinnen wird. Zugleich geht uns die ziemlich sichere Nachricht zu, daß in kurzer Zeit hier eine Unterstarostei geschaffen werden soll, zu der die Parochien Niedzwiek, Radomisk und Lohdowsk gehören sollen. Nur in Briesen selbst ist von der Gründung der „Straz“ nichts zu hören. Den Vorstand in Posen trifft in dieser Beziehung nicht die geringste Schuld. Er hat verschiedenen Personen der Briesener Intelligenz dieses ehrenvolle Amt angeboten, aber alle haben sich ablehnend verhalten unter Anführung verschiedener Gründe. Es ist wirklich eine Schande für unsere Stadt, daß hier so wenig Leute bereit sind, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu befassen!

In der letzten Korrespondenz aus Briesen hat sich jemand über unsere Kaufleute beklagt, daß sie das polnische Gewerbe nicht unterstützten, obwohl sie fordern, daß die Polen sie unterstützen sollen. Einen neuen Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung liefert auch der Pielgrzym in einer seiner letzten Nummern. Zwei Kaufleute, die übrigens als gute und eifrige Polen bekannt sind, empfehlen dort der geehrten Geistlichkeit Wachskerzen mit dem Hinzufügen, daß sie aus der berühmten Fabrik Berty in Fulda stammten. Ich bin überzeugt, daß gerade dieser Zusatz manchen polnischen Propst vom

Kauf dieser Kerzen abhalten wird. Denn haben wir nicht selbst ähnliche polnische Fabriken, wie z. B. in Krotoschin, in Posen M. Sobiecki, deren Fabrikate, wie mir einer von den Nachbarpropsten versichert hat, in nichts gegen das deutsche Fabrikat zurückstehen. Mit welchem Rechte könnt ihr Herren Kaufleute verlangen, daß euch die Polen unterstützen sollen, wenn ihr oftmals die polnische Industrie selbst nicht unterstützt?

Aus Nr. 13 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 30. Januar 1906:

Strasburg.

Hier sind die katholischen Gymnasiasten gezwungen, auch an den Gottesdiensten teilzunehmen, die im Gymnasium zum Beginn und Schluß der Woche stattfinden, obwohl dabei Stellen aus einer Bibel lutherischer Ausgabe vorgelesen und protestantische Choräle gesungen werden. In Thorn sind die katholischen Schüler von diesen Gottesdiensten befreit worden; warum geschieht dies nicht auch hier?

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 18 des Polak (Kattowitz)
vom 10. Februar 1906:

Noch einiges über die Vereinsversammlung des Vereins Straz in Oswiecim.

Nach der Pause, während welcher sich, wie wir bereits mitgeteilt haben, 190 Personen als Mitglieder des Vereins „Straz“ meldeten, erteilte der Vorsitzende Herr Seyda Herrn Korjanty das Wort. Der Inhalt seiner Rede ist folgender:

Wenn Bismarck aus dem Grabe sich erhebe und nach Oberschlesien käme, dann würde er sich überzeugen, daß er sich auch im polnischen Volke getäuscht hat, wie er sich in so vielen anderen Fällen täuschte. Bismarck war nämlich der Ansicht, daß das polnische Volk in Preußen mit seinem Lose, mit seiner Zugehörigkeit zu Preußen zufrieden sei, daß dieses Volk keine Wünsche habe, daß nur der polnische Klerus und Adel dieses ewig unzufriedene Element seien, die das polnische Volk aufwiegeln. Er würde sich wundern, wenn er sich überzeugte, daß das polnische Volk hier in Oberschlesien ohne Adel, der sich im Laufe der Zeit germanisiert hat, und ohne Geistlichkeit, die ebenfalls in der Mehrzahl angehört hat polnisch zu sein, aus sich selbst, aus eigenem Antriebe nach einer so viele Jahrhunderte währenden Abhängigkeit sich dessen erinnert hat, daß es polnisch ist, daß es zu dieser großen polnischen Familie gehört, die ihm widerfahrenen Unbilden empfindet und die Notwendigkeit fühlt, sich mit seinen Mitbrüdern zu gemeinsamem Kampfe zu vereinigen. Als vor drei Jahren zum ersten Male auf die polnisch-nationalen Kandidaten sofort 50 000 Stimmen fielen, erstaunte die Deutschen, erstaunte die Regierung, und an ihrer Spitze der Reichskanzler Bülow. Sie wollten es nicht begreifen, daß sich das obereschlesische Volk noch niemals dessen erinnern werde, daß es polnisch sei; sie glaubten, dieses Volk werde entweder in dem deutschen Meere untergehen, oder es werde der Sozialdemokratie verfallen. Wie sie anfänglich die Schärfe ihrer Ausnahmegesetze gegen den Adel und die Geistlichkeit richteten, so

lebten sie im Laufe der Zeit ihren Kampf über die ganze polnische Volksgemeinschaft aus. Insbesondere haben sie es auf den polnischen Arbeiter, auf die in materieller Beziehung schwächste Volksklasse, abgesehen, und sie erlassen gegen ihn immer neue Ausnahmegesetze. Denn dieses ganze An siedelungsgesetz ist in erster Linie gegen den polnischen Arbeiter gerichtet. Wenn der polnische Arbeiter bei seiner schweren Arbeit durch große Spar samkeit und durch Verzichtleistung auf die not wendigsten Dinge irgend ein Stümchen erspart, sich ein kleines Grundstück kauft und ein Häuschen bauen will, um im Alter einen leidlichen Unterhalt zu haben und nicht Not leiden zu brauchen, da kommt die preussische Regierung und sagt ihm: dir ist es nicht erlaubt, ein Haus zu bauen, denn du bist vom Ge setze ausgeschlossen, denn du bist ein Pole, wir wünschen es nicht, daß du ordentlich und sparsam wärest, wir wollen lieber, daß du dies verdiente Geld vertrinkst, daß du arm seiest und bleibest. So gut, so besorgt und so gerecht ist die preussische Regierung unserem Arbeiter gegenüber. Übrigens ist dies nicht das einzige Gesetz, welches den polnischen Arbeitern Unrecht tut. Ich erinnere euch nur an die vor jährige Verggeseznovelle, welche vorschreibt, daß als Vertrauensmann in die Arbeiterausschüsse nur derjenige gewählt werden kann, welcher die deutsche Sprache in Wort und Schrift vollkommen beherrscht. Gegenwärtig wurde dem Landtag eine Novelle zum Knappschafftsge setz vorgelegt, in welche die preussische Regierung ebenfalls die Vorschrift hinein gebracht hat, daß Knappschafftsältester nur ein Arbeiter sein kann, welcher der deutschen Sprache mächtig ist. Es wird so weit kommen, daß die Regierung jeden ihr lästigen Polen einer genauen Prüfung unterziehen wird. Und was eine solche preussische Prüfung bedeutet, ist jedem von uns bekannt. Aber auch dabei wird es nicht sein Bewenden haben. Die preussische Regierung wird immer mehr solche und immer schärfere Ausnahmegesetze erlassen, sie wird uns aber nicht bezwingen, denn das ganze polnische Volk wird erwachen und auf der Wacht seiner heiligsten Rechte stehen.

Als der Redner geendet hatte, dankten ihm die Versammelten für die so begeisternden Worte mit donnerndem Beifall. Alsdann erteilte der Vorsitzende Herr Seyda einem Geistlichen aus dem Königreich Polen, einem der hervorragendsten Arbeiter auf nationalem Gebiete, das Wort. Seine schöne Ansprache und seine tiefen Gedanken gingen allen Hörern zu Herzen.

„Wißt ihr,“ so begann jener Geistliche seine Ansprache, „was der Geist ist? Geist ist das, was in unseren Herzen lebt, was niemals stirbt, das ist unsere Seele. Der allmenschliche Geist ist der eine große Gedanke, welchem die ganze Welt folgt. Der menschliche Geist gleicht dem Sonnenlicht. Wie das zur Erde fallende Sonnenlicht überall gleich und farblos ist und sich erst, wenn es durch ein Glasprisma hindurchgeht, bricht und verschiedene wunderbare Farben hervorbringt, ebenso nimmt dieser allmenschliche Geist, wenn er durch das Prisma der polnischen Sonderstellung geht, Farben an und beleuchtet die ganze Welt. Und über diesen unseren polnischen Geist können wir stolz sein, denn er strebt nach Freiheit. Polen kämpfte ganze Jahrhunderte für die Freiheit, Polen führte unter allen Nationen zuerst diese Freiheit ein, und zwar nicht unter Druck und Zwang, sondern aus freiem Antriebe, denn so gebot ihm der polnische Geist. Polen kämpfte nicht nur um seine eigene Freiheit, sondern um die der ganzen Menschheit, es erstrebte das

Königreich Gottes auf Erden. Ein solches Streben nach Freiheit ist die Lösung des Vereins „Straz“. Während der Kafatismus nur um zeitliche Güter kämpft, kämpfen wir Polen um geistige Güter. Unsere Waffe ist der polnische Geist, der edel sein soll und es ist. Die Kraft des Geistes aber siegt am Ende stets, wie sich das beim Christentum gezeigt hat. Das Christentum hatte in seinen Anfängen Befenner nur unter Sklaven, die sich in den Katakomben, in unterirdischen Höhlen verbargen. Nicht aber diese Sklaven mit ihrer Kraft und Stärke, sondern ihr Geist besiegte die Welt, und heute nach 2000 Jahren strahlt überall das Kreuz. — Der Name dieser Institution ist Wehr (Straz), das ist aber nicht eine Wehr, die irgend eine Feuersbrunst löschen soll, sondern sie ist eine Wehr, die das Feuer der Vaterlandsiebe entzünden soll. Ich wünsche euch und uns, nicht nur daß es uns gut gehe, sondern daß die ganze Welt von diesem polnischen Geiste durchdrungen sei und daß auf der ganzen Welt die Freiheit Eingang finde.“

Zum Schluß brachte er das Hoch aus: „Es lebe die Freiheit“, das von allen mit großer Rührung und Begeisterung aufgenommen wurde.

Aus Nr. 18 des Katolik (Weuthen D.-S.)

vom 13. Februar 1906:

Der Pleß-Rybniker Abgeordnete

Herr Schulinspektor Rzeznicek ergreift, seitdem er nach Berlin in den Landtag reist, auf verschiedene Weise das Wort. Mehrere Male veröffentlichte er in Zeitungen Artikel, in denen er für eine Verschärfung der Schulvorschriften eintritt. Die Eltern haben genug Unannehmlichkeiten mit der Schule, sie zahlen Steuern und tragen Lasten, sie zahlen wegen Schulversäumnis Strafe, obgleich manchmal die Kinder zu Hause, in der Wirtschaft nötig sind, namentlich wenn Mangel an Arbeitern und Gesinde in der Land- und Hauswirtschaft vorhanden ist; die Strafen der Schulkinder sind empfindlich und bisweilen derartig, daß daraus Prozesse entstehen. Vom 6. bis zum 14. Lebensjahre müssen die Kinder die Schule besuchen.

Das alles scheint Herrn Rzeznicek zu wenig zu sein. Wie ein Minister erörtert er weitere Fragen, und zwar verlangt er, daß z. B. die Eltern in der Weihnachtszeit eine Prüfung ablegen sollen, und wenn sie diese nicht bestehen, dann sollen sie die Kinder schon vom 5. Lebensjahre in die Schule schicken, wofür die Eltern eine besondere Steuer zahlen sollen.

Wähler! Geehrte Wirte, Arbeiter und andere! Das sind die Folgen davon, daß ihr Herren Rektoren, Schulzen, Beisitzer, Förster, Gastwirte, Inspektoren und andere abhängige Leute als Wahl männer gewählt habt. Jetzt vergilt es euch Herr Rzeznicek mit solchen Artikeln. Kläglich ist diese Vertreterschaft eures Wahlbezirks, ein Herr Landrat und ein Herr Schulinspektor! O dieses Schreiau!

Aus Nr. 33 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 11. Februar 1906:

Proskriptionslisten.

Im Anschluß an eine Besprechung der bekannten Broschüre des Polizeikommissars Stephany schreibt der Gornoslazak:

Proskriptionslisten existieren also. Es ist un-
erheblich, ob sie viele oder wenige Namen enthalten,
diese Tatsache bleibt Tatsache. Der Unterstaats-
sekretär Mandel hat überdies anlässlich der be-
kannten Interpellation gesagt, daß solche Listen jede
Regierung führe. Gerade dies ist für uns Polen am
wichtigsten. Denn wenn Elsaß-Lothringen solche
Verzeichnisse besitzt, warum sollte da die preußische
Regierung nicht auch solche haben, zumal wenn so-
viel von den bedrohten Ostmarken gesprochen wird.

Die Polen wissen aus der Geschichte, wie große
Anstrengungen gemacht werden, daß die preußische
politische Polizei alles erfährt, was sie wissen muß.
Früher bediente man sich zu diesem Zwecke solcher
Personen, die zu den Polen Beziehungen unter-
hielten, z. B. des Generals Benkendorff während der
Teilungen. Gegenwärtig sind besondere Beamte
dazu bestimmt. Ein solcher Beamter war der
Ministerial-Kommissar Rex, der lange Jahre nach
dieser Richtung Dienste leistete. Thorn, Danzig
und Rattowitz sind die Hauptorte, in welchen solche
Erfundigungen eingezogen werden, und Posen ist
die Zentrale. Hier werden unsere und die ausländi-
schen polnischen Blätter systematisch gelesen. Vor
Jahren erschien ein alphabetisch geordnetes Ver-
zeichnis hervorragender polnischer Agitatoren, das
so genau geführt wurde, daß es sogar polnischen
Historikern und Publizisten wertvolles Material
bieten würde. In diesem Verzeichnis wurde auch
emsig die Teilnahme einzelner Personen an bedeut-
samen nationalen Kundgebungen hier und im Aus-
lande aufgezeichnet, und obgleich es nicht das Merk-
mal einer Proskriptionsliste an sich trug, so war es
immerhin sehr charakteristisch.

In Posen schließlich erscheint bekanntlich die
„Übersicht der polnischen Tagesliteratur“, welche die
preußischen Staatsanwälte in den Ostmarken stän-
dig über die polnische Presse unterrichtet.

Dies alles aber braucht uns die Ruhe nicht zu
stören, denn unsere Arbeit ist offen und gesetzlich,
uns können also Proskriptionslisten gleichgültig
sein.

Aus Nr. 18 des Polak (Rattowitz)

vom 13. Februar 1906:

Der Landrat des Kreises Sprottau Herr v. Alising

hat in diesen Tagen an die Bewohner seines Kreises
eine Botenschaft erlassen, in welcher er auffordert, daß
sie unter keiner Bedingung ihre Besitzungen an
Polen verkaufen sollen. Die Polen hätten, führt
der Herr Landrat aus, in letzter Zeit in Schlesien
42 000 Morgen Land aus deutschen Händen gekauft,
und sie werden noch mehr zu kaufen suchen. Pflicht
jedes deutschen Bauern ist es, seinen Besitz nicht an
Polen zu verkaufen, denn wer dies tue, der übe am
Vaterlande und am Kaiser Verrat.

Wir kennen die deutschen Michel zur Genüge,
um die Überzeugung gewinnen zu können, daß alle
diese Beschwörungen und Aufrufe nichts nützen
werden, denn zeige ihm nur einen Beutel voll Gold,
und er wird sich sicherlich erweichen lassen und keine
Bedenken tragen, seinen Grund und Boden zu ver-
kaufen. Man muß sich bloß wundern, daß deutsche
Blätter, die sich selbst für parteilos halten und als
solche polenfeindliche Politik nicht treiben sollten,
unbedenklich einen solchen Aufruf als berechtigt und
lobenswert bezeichnen. Dies tat der Gleiwitzer
Wanderer, jenes Wischblatt, welches von einer so

großen Zahl polnischer Arbeiter gelesen wird, wobei
bemerkt wird, daß diese Mahnung auch für andere
Kreise empfehlenswert ist. Werden diesen uner-
fahrenen Brüdern die Augen noch nicht aufgehen,
und werden sie nicht endlich verstehen, daß sie da-
durch, daß sie ein solches Blatt abonnieren, unseren
größten Feind unterstützen!

Aus Nr. 11 der Gazeta Opolska (Oppeln)

vom 6. Februar 1906:

Auf welchem Wege?

Der Wanderer bleibt manchmal an Scheide-
wegen stehen. Nach verschiedenen Seiten führen die
Wege, da ist aber keine Tafel vorhanden, oder die
Aufschrift ist vom Regen weggespült, und kein
Mensch kennt den Weg genau. Es ist vielleicht eine
ganze Schar, ein ganzer Pilgerzug von Wanderern
da, es wissen aber weder der Führer, noch die
anderen Pilger, auf welchen Weg und nach welcher
Richtung sie sich begeben sollen. Vielleicht ist eine
Brücke eingestürzt oder Wasser ausgetreten, und
wiederum weiß man nicht, wohin man gehen soll.

Ähnlich wissen in Oberschlesien die Leute nicht,
welchen politischen Weg sie einschlagen sollen, denn
die Brücke des Zentrums, die nur vorübergehend be-
stand, ist eingestürzt. In den letzten Zeiten wandte sie
sehr und stürzte schließlich ein, denn man fuhr nicht
vorsichtig über sie, unter ihr aber rannten andere
absichtlich mit dem Rahn gegen die Pfeiler, damit sie
zerbrächen.

Zunächst wissen die Führer selbst nicht, wie sie
ans andere Ufer und wieder auf einen festen Weg
gelangen sollen. Bisher waren die Geistlichen Führer
des katholischen Volkes nicht nur in religiösen, son-
dern auch in politischen Angelegenheiten. Das kam
daher, daß es sich während des Kulturkampfes auch
in den politischen Fragen meistens um die Kirche
und Religion handelte. Ferner hat das schlesische,
namentlich das polnische Volk, außer den Geistlichen
keine gebildeten Führer, denn was aus dem Volke
hervorgeht und sich über das Volk erhebt, das ver-
deutlicht sich fast völlig und kümmert sich ums Volk
nicht.

Weil die Geistlichen die Führerrolle in der
Politik inne hatten, waren sie fast alle auf die An-
gelegenheiten der Kirche bedacht. Um nationale
Bedürfnisse kümmerten sie sich nicht sehr, höchstens
ein wenig um die Muttersprache, jedoch mehr durch
Worte, durch Beschlüsse in Versammlungen, als
durch Taten und Beispiele. Viele führten unmittel-
bar zur Germanisierung. Außer den Wählern be-
faßte sich überhaupt kaum jemand mit politischen
Angelegenheiten des Volkes; eine Ausnahme bil-
deten vielleicht die Redakteure.

Auch das Volk befaßte sich nicht mit politischen
Fragen. Erst durch die Zeitungen wurde das Volk
wachgerufen. Die Verfolgung der polnischen
Sprache, die Germanisierung von allen Seiten und
mit allen Mitteln zwang erst das Volk, wenn auch
nicht das gesamte, sich mehr der Politik hinzugeben.
Und sobald das polnische Volk anfang zu politisieren
und sich gegen die Germanisierung zu wehren, wurde
es gewahr, daß seine politischen Führer, die Geist-
lichen, einen nicht ganz guten Weg gehen, daß der
Weg der Zentrumspolitik zwar in religiösen An-
gelegenheiten gut ist, nicht aber in nationalen
Fragen. Es entstand eine Verwirrung. Die Re-
dakteure und ein Teil der Geistlichen riefen: man
muß einen anderen Weg einschlagen; der größte

Teil der Geistlichkeit aber rief: Halten wir am alten Wege fest!

Um zur Wahrheit zu gelangen, um zu ermessen, auf welchem Wege wir voranschreiten sollen, laßt uns dies an praktischen Beispielen darlegen: Außer der Beschreibung in einem Buche ist das beste das Bild, welches schriftliche wie mündliche Worte am besten erklärt.

Die Wahlen sind auszuschreiben. Die Parochie ist gemischt, es sind Polen und Deutsche vorhanden. In Oberschlesien gibt es keine anderen Parochien. Die Polen wollen einen polnischen, die Deutschen einen deutschen Abgeordneten haben. Heute sind aber die Deutschen gegen die Polen so erbittert, daß sie damit nicht einverstanden sind. Was soll dann der Geistliche tun, sei es, daß er ein Deutscher, sei es, daß er Pole ist? Wenn er sich auf die Seite der Deutschen stellt, beleidigt er die Polen, und umgekehrt. Die einen wie die anderen sind keine Parochianen, aus politischen Gründen kann er niemanden beleidigen, denn er würde seinem priesterlichen Ansehen und der Kirche schaden. Es bleibt also nichts übrig, als daß der Geistliche von den beiden Übeln das kleinere wählt, daß er das Interesse der Kirche über die Politik stellt, daß er hinter die politischen Parteien tritt, daß er sich in keine politische Wahlagitation einläßt und selbst nur nach seiner eigenen Überzeugung die Stimme abgeben wird.

Manche urteilen folgendermaßen: Möge sich ein politischer, katholischer, polnischer und deutscher Bund bilden, mögen sich die Komitees ins Einvernehmen setzen, wo ein polnischer und wo ein deutscher Katholik zu wählen ist, denn wenn die polnischen und deutschen Katholiken einander nicht helfen werden, so wird ein Andersgläubiger oder Sozialdemokrat siegen. Es wäre recht und billig, wenn zwei Regimenter entstünden, ein polnisches und ein deutsches. Sie mögen getrennt marschieren, in der Schlacht aber den Gegner vereint schlagen, denn der Liberale, Sozialdemokrat, Konservative sind Gegner des polnischen und deutschen Katholiken. Der deutsch-katholische Abgeordnete trete dem Zentrum bei, der polnische Abgeordnete gehe unter die Abgeordneten der Polen. Bei den Wahlen selbst braucht nicht von einer Zentrumspartei die Rede zu sein, sondern beide Parteien heißen obererschlesische Parteien, die eine polnisch-obererschlesisch, die andere deutsch-obererschlesisch.

So könnte es sein. Obgleich in einem solchen Falle in einer Parochie zwei Parteien wählen würden, so würde dennoch jede Partei (nach einer Verständigung mit der anderen) an die übrigen den gleichen Befehl ergehen lassen; hier wählen die Katholiken einen Polen, dort einen Deutschen, hier und dort aber einen Katholiken.

Indes scheint aber die Erbitterung auf beiden Seiten so groß zu sein, daß sich in der Praxis der Friede nicht durchführen läßt.

Vorläufig scheint kein anderer Ausweg vorhanden zu sein, als daß sich die Geistlichen in die Politik und Wahlagitation nicht einmischen sollten, umsomehr als sie auf höhere Instanzen Rücksicht nehmen müssen, von denen sie abhängig sind.

Vor und nach den Wahlen kann jeder Geistliche, ob Pole oder Deutscher, seine polnischen und deutschen Parochianen befriedigen. In der Kirche kann er sie befriedigen, indem er die polnische und deutsche Sprache anwendet, und zwar bei den Predigten nach der Zahl, beim Katechismus-Unterricht, bei Taufen, Trauungen usw. nach dem Wunsche eines jeden.

In anderen Angelegenheiten außerhalb der Kirche kann der Geistliche die Parochianen zufriedenstellen, indem er besondere Vereine, z. B. Arbeiter-, Hand-

werker-, Lesevereine usw. für die Polen, besonders für die Deutschen gründet. In einem Sonntag kann der Geistliche in einem polnischen, am nächsten Sonntag in einem deutschen Verein anwesend sein.

Das ist für den Geistlichen eine doppelte Arbeit, allein wenn es verschiedene Schafe gibt, so muß man ihnen auch verschiedenes Futter reichen. Der Geistliche muß alles für alle sein.

In Amerika hat manchmal ein Geistlicher in einer Parochie Engländer, Polen, Deutsche, Italiener.

Ein alter Pfarrer.

Anmerkung der Redaktion: Der voranstehende Artikel stammt von einem der hervorragendsten und verdienstvollsten Priester in unserer Volksgemeinschaft. Der verehrte Verfasser weist in einem Zusatz zu diesem Artikel darauf hin, daß „darüber, wie sich die Geistlichen in anbetracht der veränderten politischen Verhältnisse in politischer Hinsicht verhalten sollen, eigentlich die Geistlichen selbst beratschlagen müßten. Da die Angelegenheit jedoch öffentlich diskutiert wird, füge auch ich meine Ansicht vom Standpunkt des Priesters hinzu.“ — Zum Schluß bemerkt der Verfasser, daß die Redaktion, obgleich wir mit seiner Ansicht nicht übereinstimmen sollten, verschiedene Meinungen, sich ihre eigene Ansicht vorbehaltend, zu Worte kommen lassen müßte. — Wir hielten es für angemessen, auch auf diesen Zusatz aufmerksam zu machen, weil er umso deutlicher den guten Willen und den Zweck charakterisiert, weshalb der Artikel geschrieben worden ist. — Unsererseits, d. i. von Seiten der Redaktion, können wir nicht das Recht beanspruchen, eine so wichtige und weittragende Frage zu entscheiden. Indem wir nur bemerken, daß wir den von so angesehener Seite stammenden Artikel bereitwillig aufgenommen haben, drücken wir hierbei die Meinung aus, daß die erste Stimme zwecks ausdrücklicher Stellungnahme der obererschlesischen Geistlichkeit zukommt, und zwar, wenn möglich, in einer kollektiven Form. Erst wenn die Geistlichkeit ihre endgültige Meinung geäußert hat, wird es Pflicht der ganzen großen übrigen Volksgemeinschaft sein, Mittel und Wege zu finden, die einzuschlagen am heilsamsten sein wird.

Aus Nr. 15 der „Nowiny Raciborski“ (Ratibor)
vom 6. Februar 1906.

Das Zentrum und die Polen.

Aus Kreisen der Geistlichkeit wird uns geschrieben: Sogar zwei Geistliche, Anhänger der Zentrumspartei, ergriffen in der Schlesischen Volkszeitung, dem Hauptorgan der schlesischen Zentrumsleute, das Wort, einen Ausweg suchend aus den politischen Verlegenheiten, die sich die Zentrumspartei in Oberschlesien bereitet hat. Es muß bemerkt werden, daß das vorerwähnte Blatt der Oberschlesischen Geistlichkeit — mit wenigen Ausnahmen polnischer Geistlicher — als Quelle dient, aus welcher sie gewöhnlich ihren politischen Verstand schöpft. Man kann sich darüber nicht wundern, denn es galt ja sogar als Verbrechen, den Katholik zu lesen!

Nachdem ich die Gedanken und Anschauungen des zweiten Geistlichen-Korrespondenten gelesen, der darüber nachgrübelt, einen Ausweg aus der Verlegenheit zu finden, muß ich bemerken, daß auch er nicht die Hauptursache dieser mißlichen Lage gefunden hat, in welche die obererschlesischen Geistlichen geraten sind, worauf es doch vor allem ankommt.

Diese Ursache hat die Gazeta Polska in einer Antwort auf die Auslassungen des ersten Korrespondenten dargelegt, und zwar ist diese: das in der Einbildung

bestehende Gespenst von der „großpolnischen Agitation“ und die Absicht, den völkischen Abgeordneten Herrn Szmulę loszuwerden. Die geradezu ungereimten Vorwürfe von der „großpolnischen Agitation“ suchte zwar der Katolik zu widerlegen, — was half dies aber, da auch dieses Blatt in den Augen der Leiter der Schlesischen Volkszeitung als Förderer der „großpolnischen Agitation“ gilt.

An dieser gleichen Schwäche litt augenscheinlich auch der andere Geistliche-Korrespondent der Schlesischen Volkszeitung, denn auch er erwähnt die „großpolnische Agitation“, und nicht einmal in den Sinn kommt ihm der Gedanke, daß diese „anstößige Agitation“ nichts anderes ist als eine Verteidigung billiger Rechte der polnisch-katholischen Bevölkerung Oberschlesiens. Gerade der Umstand, daß dies die Zentrumsgeistlichen nicht begreifen, ist die Hauptursache, weshalb die bisherige Zentrumspolitik in Oberschlesien einfach Fiasko gemacht hat. Solange die Geistlichen deutscher Nationalität die gleiche Überzeugung nicht gewinnen werden, — werden sie es nicht einsehen, sie werden sich unaufhörlich herumdrehen, wie in einem bezauberten Kreise, und keinen Ausweg finden. Es ist traurig, daß der größte Teil der ober-schlesischen Geistlichkeit im Vertrauen auf ihre Quelle der politischen Weisheit (Schles. Volksztg.) an die angebliche Gefahr der „Wiedererrichtung Polens“ geglaubt hat, allein die Folgen dieses — gelinde ausgedrückt — Nichtverstehens der Sache müssen die Zentrumsgeistlichen sich selbst zuschreiben. — Daß sich unter diesen Geistlichen auch Förderer des Deutschtums (Germanisatoren) befinden, — das gibt der Korrespondent in der Schles. Volksztg. selbst zu, obgleich er damit nicht einverstanden ist. Doch muß man sich wundern, daß gerade diese Gelüste, das polnisch-katholische Volk zu germanisieren, schließlich allgemeine Unzufriedenheit und Widerstand hervorgerufen haben! — Das hätten die Geistlichen deutscher Nationalität vorher erwägen sollen. Hier bewahrheitet sich das alt-polnische Sprichwort: Wer Wind säet, der erntet Sturm.

Möge also die ober-schlesische Geistlichkeit gleich gerecht für die polnischen wie für die deutschen Parochianen sein, und sie wird sich bestimmt nicht den Kopf zu zerbrechen brauchen, wie der Sturm zu beschwichtigen ist. Dann werden auch die Zäufereien im ober-schlesischen Lager verstummen, und die allgemeine Lösung wird sein: Das polnisch-katholische Volk mit den Geistlichen und die Geistlichen mit dem Volke!

Möge die Geistlichkeit auch dessen nicht vergessen, daß die Wahlangelegenheit eine Angelegenheit freier Bürger, also auch des Volkes, nicht aber ausschließlich eine Angelegenheit der Geistlichkeit ist. Wie du dich bettest, so wirst du schlafen, — lehrt ein polnisches Sprichwort. Was für Abgeordnete sich das Volk wählen wird, solche wird es haben. Gewalt darf ihm dabei nicht angetan werden.

Ihrerseits hat die Geistlichkeit dafür zu sorgen, daß die Wahlen — im Einvernehmen mit den freien Bürgern — zum Vorteil des Glaubens und der Kirche ausfallen. In dieser Hinsicht soll sich jedoch die Geistlichkeit auf die Aufklärung des Volkes beschränken, allein hier in Oberschlesien nicht im Sinne der Schles. Volksztg. und derjenigen Zentrumsleute, die hinter dieser stehen, — sondern im Interesse des polnisch-katholischen Volkes, dessen Seelsorger sie sind. — Es besteht keine Besorgnis, daß sich die polnische Organisation nicht um Beseitigung alles dessen bemühen werde, was nicht im Einklang mit der Priesterwürde stehen und der Geistlichkeit die Mitwirkung an der Arbeit unmög-

lich machen würde. Das nämlich unterliegt keinem Zweifel, daß der Auserwählte des Volks (Abgeordnete) nicht nur den Kopf am rechten Fleck haben, sondern auch fleckenlos sein muß. Einen anderen Volksvertreter darf die Geistlichkeit nicht dulden und dem Volke empfehlen, andernfalls müßte sie ihre Mitwirkung in der Wahlangelegenheit versagen. Geistlicher N.

Aus Nr. 18 des Katolik (Beuthen D.-S.)
vom 10. Februar 1906:

Bilanz vom 31. Oktober 1905
für das Jahr 1904/5.

Activa

Waren-Konto	Mf. 19 464,60
Schuldner-Konto	842,90
Utenfilien-Konto	3 525,72
Kassa-Konto	3 773,95
	<u>Mf. 27 606,87</u>

Passiva

Kapital-Konto	Mf. 4 583,—
Reservefonds	1 935,—
Gläubiger-Konto	19 063,97
Gewinn- und Verlust-Konto	2 023,90
	<u>Mf. 27 606,87</u>

Am Schluß des Rechnungsjahres beträgt die Haftsumme der Mitglieder 34 920 Mark.

Stand der Mitglieder am 1. 11. 05 1786
mit dem 1. 11. 05 scheiden durch Kündigung aus 64
mithin gehen über auf das neue Rechnungsjahr
1905/6 1722
Mitglieder mit 1746 Geschäftsanteilen à 10 Mark,
Beuthen, den 7. Februar 1906.

Konjum Unitas e. G. m. b. H.
H. v. Kielpinski. W. Rajewski. Majalski.

Aus Nr. 18 des Polak (Rattowitz)
vom 10. Februar 1906:

Brzezinka.

Sonabend, den 27. Januar, wurde in unserem Dorfe Kaisers Geburtstag durch eine Kirchenandacht begangen. Wir ärgerten uns deswegen nicht, denn wir hofften, daß wir am Sonntag nicht der polnischen Predigt verlustig gehen würden. Es geschah aber das Gegenteil. Als nämlich aus Karlsbogen die Kriegerabteilung anmarschiert kam, die sich aus 20 Mann zusammensetzte, vergaß der Pfarrer unsere Predigt, und er pflanzte wiederum das Deutschtum in die Köpfe unserer polnischen Bauern, denn der Kriegerverein setzt sich überwiegend aus Polen zusammen. Infolgedessen entstand großes Argernis, denn im Grunde ist es kaum glaublich, daß einiger „Terajnisten“ wegen die Rechte der ganzen Parochie außer Acht gelassen würden.

Aus Nr. 34 des Górnolazak (Rattowitz)
vom 13. Februar 1906:

Lipine.

Von dem hiesigen Verein katholischer Arbeiter erhielten wir eine umfangreiche Zuschrift; wir müssen es aber ablehnen, dem geehrten Korrespon-

dentem in den Spalten unseres Blattes Gastfreundschaft zu gewähren, denn wollten wir die Zuschrift abdrucken, zögen wir uns eine Gefängnisstrafe von wenigstens einem Jahre zu. Dagegen geben wir die nackten Tatsachen gern wieder.

Der Verein katholischer Arbeiter hat beschlossen, sich an der Feier der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars zu beteiligen, und er will zugleich mit anderen deutschen Vereinen im Fackelzuge mitmarschieren. Der Korrespondent zweifelt, daß die deutschen Vereine den Verein katholischer Arbeiter zu sich zulassen werden, denn schon vor zwei Jahren hätten sie sich einmal zu einer deutsch-patriotischen Feier vorbereitet, die Kulturträger hätten sie aber unbeachtet gelassen, da sie sie nicht für würdig hielten, ihre Reihen auszufüllen.

Am Schluß der Verhandlungen brachte der Vorsitzende einen Toast zu Ehren des Kaisers aus. Alle riefen dreimal „hurra!“, nur ein Arbeiter erhob sich nicht vom Platze, obgleich sogar der Polizist ihn dazu aufforderte. Den Widerspenstigen schloß der Verein aus seiner Mitte aus. Unseres Erachtens tat der Widerspenstige unrecht, wenn er sich nicht vom Platze erhob, denn es kann ihn eine empfindliche Strafe treffen.

Am besten ist es, keine Vereinsversammlungen zu besuchen, die deutsch-patriotische Feiern veranstalten.

Aus Nr. 18 des Polak (Kattowitz)

vom 10. Februar 1906:

Schoppinitz.

Hier hat der Unterricht zwecks Vorbereitung zur hl. Beichte und Kommunion begonnen. Viele polnische Väter schicken ihre Kinder in den deutschen Unterricht. Es ist traurig, jedes Jahr werden die Leute ermahnt, ihre Kinder in den polnischen Unterricht zu schicken, nichtsdestoweniger aber wiederholt sich stets dieselbe Geschichte. Die Leute können nicht verstehen, daß die Geringschätzung und Verachtung der Muttersprache eine Schande ist, sie sehen es als Ehre an und sind stolz darauf, wenn ihre Kinder zusammen mit denen der Herren an der Kirchenprozession teilnehmen. Sie denken nicht daran, welcher verderbliche Folgen ihr leichtsinniges Verhalten nach sich zieht. Das Kind lernt den deutschen Katechismus auswendig, sehr wenig versteht es aber davon, und darum begreift es nicht das Wesen und die Wichtigkeit der Beichte. In der Beichte sagt es das was es auswendig gelernt, und wenn der Beichtvater fragt, ob es dies oder jenes getan hat, so antwortet es kurz „nein“, denn es kann sich nicht ausdrücken. Der Geistliche kann in einem solchen Falle seine Seele, seine Gesinnung, seine Neigungen nicht erkennen und damit auch die Krankheit der Seele nicht heilen oder hemmen, das im Glauben nicht gefestigte Kind geht in die verdorbene Welt und unterliegt den Versuchungen. Daher gibt es auch unter unserer Jugend so viele verdorbene, so viele verwilderte Leute.

Darauf achten die Väter nicht, sie folgen nur dem, was augenblicklich ihrem Stolz schmeichelt, und dann beklagen sie sich über die nicht guten Kinder. Manche Mutter sagt: „Wozu soll ich das Kind mit dem polnischen Les- und Katechismusunterricht quälen? Es hat die deutsche Sprache erlernt, und das kann genügen.“ Das sagen gewöhnlich solche Mütter, denen es nicht schwer fällt, mehrere Stunden mit Nachbarinnen und Gevatterinnen Klatschereien zu machen, denen es aber übel wird bei dem bloßen Gedanken, daß sie ihren Kindern das Lesen und den Katechismus

polnisch beibringen sollen. Das sind auch größtenteils solche Leute, die aus vielen Gründen bescheiden sein sollten, allein sie müssen doch um jeden Preis Ehre zu erlangen suchen. Dadurch verlieren sie aber die Ehre, denn jeder ehrliche Mensch verachtet diejenigen, die an ihrer Muttersprache Verrat üben.

Möge daher kein polnischer Vater, keine polnische Mutter dem Beispiel dieser Unglücklichen folgen, mögen vielmehr alle ihre Kinder in den polnischen Unterricht zwecks Vorbereitung zu den heiligen Sakramenten schicken.

Eine Polin, welche ihre Kinder in den deutschen Unterricht nicht schicken wird.

Aus Nr. 27 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 4. Februar 1906:

Woguszytz.

Auf dem hiesigen Pfarramt wurde eine polnische Bibliothek eingerichtet. Man muß zugeben, daß dies ein sehr guter Gedanke war, denn manches Buch enthält einen sehr nützlichen Inhalt. Auf einen einzigen Umstand unseren hochwürdigen Seelsorger hinzuweisen möchte ich mir aber erlauben, und zwar ist dies der deutsche Stempel, welcher sich auf jedem Buche befindet. Es ist allgemeiner Wunsch der hiesigen Bevölkerung, daß jene deutschen Stempel durch polnische ersetzt würden. Den Leser berührt es nämlich übel, wenn er beim Lesen eines polnischen Buches auf diesem einen deutschen Stempel erblickt.

Ein Parochian.

Aus Nr. 32 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 10. Februar 1906:

Aus Oberschlesien.

Ich muß den Lesern des Gornoslazak eine wichtige Mitteilung machen. Mancher der geehrten Leser war gewiß schon in einem polnischen Theater, in welchem ein religiöses oder nationales Stück gespielt wurde.

Ein Kreis von Theaterliebhabern aus Schlesien wird nun am 25. Februar zu Oswiencim im Herz'schen Saale das Theaterstück „Die Hüttenleute“ (Hutnicy) zur Aufführung gelangen lassen. Von einem Arbeiter aus Schlesien verfaßt, wird es in Oswiencim zum ersten Male das Licht der Bühne erblicken.

In Schlesien wurden bereits Theaterstücke verschiedenen Inhalts gespielt, solche aber, die den Zuschauern das Leben und Los des Arbeitervolkes, insbesondere aber eines großen Teils desselben, d. i. der Hüttenleute, vor Augen führen würde, wurden bisher auf der Bühne noch nicht gesehen.

Die Vergleute haben bereits ihr Stück, es fehlte nur noch den Hüttenleuten. Der Verfasser der „Hüttenleute“ machte sich zur Aufgabe, auf der Bühne das Familienleben unserer Hüttenleute, ihre Arbeit in der Zinkhütte, darzustellen; ferner, wie sie durch einen gut organisierten Streik Lohnaufbesserungen erlangen, wie sie am politischen Leben teilnehmen und wie weit sie in der nationalen Aufklärung vorgeschritten sind. Man gab sich angelegentlichst Mühe, dieses Stück hier in Schlesien aufzuführen, wegen seines ein wenig politischen Inhalts aber war dies unmöglich.

Wir wandten uns daher wiederum an das galizische Galizien, wo wir offene Arme und Herzen finden, die den gleichen Pulsschlag wie wir haben, und wir wurden dort auch gern aufgenommen. Indem ich dies den Lesern mitteile, ersuche ich freundlichst die

obererschlesischen Brüder, namentlich die Hüttenleute, sich möglichst zahlreich in Oswiecim zur Vorstellung einzufinden.

Beizeiten wende ich mich an die geehrten Leser in der Überzeugung, daß unser Volk sein schwer und blutig verdientes Geld geschickt einteilen muß, damit es ihm zu einer solchen Zerstreuung ausreiche. Im Vertrauen auf eine zahlreiche Beteiligung der schlesischen Brüder will ich noch etwas von den Geheimnissen aus dem Kreise der Theaterliebhaber verraten, indem ich mir die Angabe näherer Einzelheiten für später vorbehalten.

Das Stück ist ein Dreiafter mit 18 Gesängen und Tänzen, die Musikkapelle aber wird aus Schlesien bestellt sein. Nach jedem Akte wird ein lebendes Bild dargestellt werden, und zwar nach dem 1. Akte „Ein Besuch“, nach dem 2. Akte „Wie früher der Hüttenmann bestraft wurde“, nach dem 3. Akte „Der Segen der Eltern“. Nach der Vorstellung als Zugabe „Kriegskampf von Sokols“.

Ein Mitglied des Komitees.

Aus Nr. 33 des Gornoslazak (Rattowitz)

vom 11. Februar 1906:

Sosnowice.

Theaterdirektor Herr Majdrowicz teilt uns mit, daß Sonntag nachmittags im hiesigen Theater das fünfaktige wunderschöne national-phantastische Märchen von Lucian Rydel, einem polnischen Dichter (der eine Bäuerin aus der Gegend von Krakau geheiratet hat), betitelt Zaczarowane Koło (Der bezauberte Kreis), zur Aufführung gelangt.

Unseren geehrten Lesern empfehlen wir angelegentlich den Besuch dieser Vorstellungen des polnischen Theaters, denn Herr Majdrowicz ist uns als eifriger Arbeiter auf dem Gebiete des polnischen Theaters bekannt. Fünf Jahre war er Leiter des Posener Theaters auf dessen Wanderungen im Großherzogtum Posen und Westpreußen, und unter seiner Direktion wurden Vorstellungen nationalerhabener Stücke gegeben in Neustadt, Danzig, Zoppot, Karthaus, Berent, Stuhm, Gersk, Tszewo und Graudenz. Das waren Zeiten, in denen der Gesellige und Börzen-Kurier von den polnischen Vorstellungen noch entzückt waren. Heute sind diese Vorstellungen verboten.

Das geehrte Publikum machen wir darauf aufmerksam, daß in Sosnowice ihren Personen keine Gefahr droht.

Aus Nr. 17 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)

vom 10. Februar 1906:

Benkowitz, Kreis Ratibor.

Nachdem ich eine frühere Korrespondenz aus Benkowitz in der Nowiny gelesen, muß auch ich etwas, wenn auch nichts Erfreuliches mitteilen, nämlich daß die Germanisation in unserem Dorfe immer größere Fortschritte macht. Theatervorstellungen, in denen Kinder auftreten, finden nach einander statt, und die Väter, fast durchweg Polen, freuen sich noch, daß ihre Kinder deutsche Gedichte auswendig vortragen. — Wäre es denn nicht besser, dem Kinde einen polnischen Katechismus oder eine polnische Bibel in die Hand zu geben, damit es mit ihrer Hilfe die Muttersprache erlerne? . . . Dadurch würde die Erziehung der Kinder gewinnen, und wir würden wohl so viele Klagen über die Verwilderung der Kinder nicht hören.

Ich wollte ferner unseren hochwürdigen Herrn Pfarrer bitten, während des Gottesdienstes in der Kirche auch geeignete polnische Lieder, nicht bloß lateinische, die das Volk größtenteils nicht versteht, singen zu lassen.

Ein Pole aus der Obergegend.

Aus Nr. 29 des Gornoslazak (Rattowitz)

vom 7. Februar 1906:

Breslau.

Der polnisch-katholische Verein hielt seine Generalversammlung am 29. Januar d. J. im St. Vinzent-Hause in folgender Weise ab. Die Versammlung eröffnete der Vorsitzende Herr Chudziecki. Dann wurde eine Strophe des bekannten Liedes „Kto się w opieku“ (Wer sich in den Schutz) gesungen. Hierauf verlas der Schriftführer Cieslewicz das Protokoll der letzten Versammlung, welches ohne jeglichen Einwand angenommen wurde. Es folgte die Neuwahl des Vorstands. Herr Chudziecki legte nach 10-jähriger Wirksamkeit als Vorsitzender sein Amt nieder, indem er den Mitgliedern für das ihm so viele Jahre geschenkte Vertrauen dankte. Als vorläufigen Vorsitzenden schlug er Herrn Kubasinski vor, womit sich auch die Anwesenden einverstanden erklärten. Herr K. übernahm den Vorsitz und berief Herrn Gudzinski zum Schriftführer und die Herren Bohorski und Dobiegowski zu Beisitzern. Aus der Berichterstattung war ersichtlich, daß der Verein insgesamt 18 Versammlungen abhielt, an denen sich durchschnittlich $\frac{3}{4}$ der Mitglieder beteiligten. In den Versammlungen wurden eine Reihe von Vorträgen verschiedenen Inhalts gehalten. Der Verein abonniert folgende Blätter: Praca, Gornoslazak, Postemp, Dziennik Berliński, Wieniec und Pijezolka, Przemyslowiec und Lech.

Der Kassenstand stellt sich wie folgt dar. Einnahmen hatten wir 280,87 M., Ausgaben 115,72 M.; Kassenbestand 165,15 M. Davon befinden sich 100 M. in der „Bank przemyslowcow“ zu Posen, den Rest verwaltet der Kassierer.

Der Verein besitzt 212 Bücher belehrenden Inhalts, sein unbewegliches Vermögen aber hat einen Wert von 1000 M. Die Versammelten dankten mit einem dreifachen Hoch dem bisherigen Vorstand für seine Arbeit, die er an der Entwicklung des Vereins geleistet. In den neuen Vorstand wurden gewählt die Herren: Anton Gawronski, Vorsitzender; Michael Spahacz, Stellvertreter; Vinzent Gudzinski, Schriftführer; Anton Kubasinski, Stellvertreter; Johann Nowak, Kassierer; Josef Szczepaniak, Bibliothekar; Stefan Cieslewicz, Ordner; Dobiegowski und Dutkiewicz, Beisitzer.

Unser Verein gehört zu den polnisch-katholischen Vereinen, die in ganz Deutschland verbreitet sind; er hat eine Sterbekasse, welche bei einem Monatsbeitrage von 10 Pfennigen nach 6 monatiger Zugehörigkeit zur Kasse 20 Mk., nach einjähriger 30 Mk. und nach 2-jähriger Zugehörigkeit 60 Mk. Sterbegeld zahlt.

Aus Nr. 30 des Gornoslazak (Rattowitz)

vom 8. Februar 1906:

Chropaczow.

Sehr häufig liest man in den Zeitungen, daß empfindliche Strafen diejenigen treffen, die es wagen, öffentlich weiß-rote Farben zu tragen. Ich wunderte mich im höchsten Grade, als ich sah,

daß bei dem letzten Zeitzuge der hiesigen Hüttenleute manche an den Hüten weiß-rote Federn hatten. Als das Volk sie sah, sagte es zu sich: Ei! Das sind ja dreiste Kerls . . . Das müssen großpolnische Agitatoren sein, die sich vor niemandem fürchten! . . . Immerhin aber sehen sie hübsch aus. Ich weiß nicht, ob diese weiß-roten Federn nur in Chropaczow erlaubt sind, es ist aber Tatsache, daß sie hier existieren, und trotzdem bedrohen sie das Deutschthum nicht.

Filut.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 28 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 6. Februar 1906:

Zu dem vom Erzbischof Dr. von Stablewski an die Geistlichen gerichteten Verbote, sich zugunsten des Vereins „Straz“ agitatorisch zu betätigen, schreibt der Dziennik Berlinski u. a. folgendes:

Es ist merkwürdig, daß seit der Genesung des Erzbischofs alle seine Taten den nationalen Interessen der Polen schädlich sind. Schädlich hat seine Aktion gegen den aufrichtig katholischen, aber nicht minder polnisch gesinnten Vech gewirkt; aber noch schädlicher ist das Verlesen eines Privatbriefes des protestantischen Monarchen von den Kanzeln der katholischen Kirchen herab gewesen, und das letzte Auftreten des Erzbischofs gegen die „Straz“ ist als der fatalste Schritt anzusehen, den die Diplomatie des Posener Purpurträgers und Nachfolgers der polnischen Primasse getan haben konnte. Es ist eine drastische Kopie dessen, was der Erzbischof Ledochowski zu Beginn seiner durchaus nicht interessanten Regierung getan hat und erinnert an den malitösen Schritt des Erzbischofs Dinder, der ebenfalls unter dem Druck der Parteilichkeit versucht hat, die Geistlichkeit von der politischen Betätigung fernzuhalten, indem er dem Abgeordneten v. Szadzewski nicht gestatten wollte, sein Abgeordnetenmandat auszuüben und indem er den überaus tüchtigen Mitarbeiter, Dr. Kantecti, von der Leitung des Kurier verdrängte. Hier muß aber der Unterschied betont werden, daß Dinder ein Deutscher war, während von Stablewski zu den Polen zählt, und daß es sich damals nur um einzelne Geistliche handelte, während man jetzt mit einem Angriff gegen die bürgerliche Freiheit der gesamten Geistlichkeit zu rechnen hat. Selbst der größte Opportunist wird nicht behaupten können, daß die geistliche Behörde hierbei lediglich das materielle Interesse der Geistlichen im Auge gehabt und daß sie nicht unter der Pression äußerer, außerkirchlicher, protestantischer Elemente gehandelt habe, sowie daß die ewige Rachgiebigkeit gegenüber Befehlen aus Berlin und aus dem ehemaligen Jesuitenloster in Posen mit dem Rundschreiben in Sachen der „Straz“ beendet sein wird.

Der Appetit kommt beim Essen, und man wird vielleicht von der Geistlichkeit demnächst verlangen, sie solle sich jeglicher Tätigkeit in den polnischen Wahlkomitees, im Provinzialwahlkomitee, in den landwirtschaftlichen Vereinen, dem Marcinowski-Verein und schließlich der Ausübung der Abgeordnetenmandate enthalten. Diese Tätigkeit hält sowohl die Regierung als auch der Katakismus für schädlich und gegen die Interessen des Staates gerichtet, und wenn sie wüßten, wie leicht die geist-

liche Behörde in Sachen der „Straz“ nachgegeben hat, würden sie nach dem kleinen Finger bald die ganze Hand verlangen.

Wir wundern uns darüber, wie man es dem Hauptvorstande der „Straz“ verübeln kann, daß er eine Anzahl Geistlicher zu Starosten ernannt hat und daß manche von den letzteren eine eifrige Tätigkeit entwickelt haben.

Wir hätten es im Gegenteil der „Straz“ verübeln müssen, wenn sie die Geistlichen von der Mitarbeit ausgeschlossen hätte. Wohin würden wir kommen, wenn wir es für nötig erachten würden, daß der Geistliche mit Rücksicht auf eine „gute Propstei“ oder eine höhere Karriere in Zukunft dem preußischen Systeme in nichts zu nahe treten sollte. Er ist schon dadurch gegen dies System, weil er Pole ist und weil er irgend einem polnischen Vereine angehört.

Es hat noch keine „Straz“ gegeben und die Geistlichen sind doch von den Distriktskommissaren, Bürgermeistern und Gendarmen auf jedem Schritt kontrolliert worden; die letzten Ernennungen verschiedener deutscher Geistlichen zu Domherren unter Zurückweisung der polnischen Kandidaten sind bekanntlich noch vor der Ausbreitung des Vereins „Straz“ erfolgt, es ist daher absolut unwahr, daß erst durch den Beitritt der Geistlichen zu dem genannten Verein die Kontrolle über die Geistlichkeit verschärft worden sei und daß ihr lediglich dadurch der Zutritt zu den besseren Ämtern versperrt bleibt.

Die „Straz“ ist übrigens kein Verein, der den Nationalitätenhaß schüren will, sie ist vielmehr lediglich bestrebt, das Polentum vor den Angriffen des Katakismus zu schützen; sie will das Polentum einigen und zusammenschließen zum Schutze seiner heiligsten Güter.

Zur Beteiligung an einer solchen friedlichen Aktion ist unsere Geistlichkeit sehr nötig und in erster Linie dazu berufen, wie das so treffend in der Schmiegeler Strazversammlung Propst Cichowski dargetan hat. Daß ein solcher Verein der Regierung und dem Katakismus ein Dorn im Auge ist, versteht sich von selbst; das aber berechtigt unsere geistliche Behörde noch lange nicht dazu, sich diesen Faktoren anzupassen und unseren patriotisch gesonnenen Geistlichen die bürgerlichen Rechte abzuschneiden.

Am allerwenigsten steht das dem Erzbischof von Stablewski zu, der sich durch die Politik den bischöflichen Stuhl erworben hat und der, im Besitze seines hohen kirchlichen Amtes, nicht aufgehört hat, nach allen Seiten hin Politik zu treiben.

Aus Nr. 31 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 9. Februar 1906:

Über den Verlauf der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses, in der Abgeordneter Korfanty den Minister des Innern über das Verbot der Versammlung der „Straz“ in Rattowitz interpellierte, berichtet der Dziennik Berlinski u. a.:

Über das Thema der Rechte der Abgeordneten entspann sich eine lebhafte Aussprache, die mit der persönlichen Bemerkung Korfantys geschlossen wurde, daß der Minister sich sofort genau über das Verbot der Straz-Versammlung in Rattowitz hätte informieren sollen, nicht nur mit Rücksicht auf seine parlamentarische Pflicht, sondern auch mit Rücksicht auf die gute Erziehung. Den letzten schneidigen Satz empfingen die Regierungsmameluken mit Lachen, das einem Gebrüll ähnlich war.

Aus Nr. 30 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 8. Februar 1906:

Unloyale Arbeit.

Der Zeitungsverlag in Thorn sandte an manche hiesige Landsleute Agitationskarten, in welchen ohne Wissen und Erlaubnis unseres politischen Komitees eine Versammlung der „Berufsvereinigung“ einberufen wird. Seitens des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des politischen Komitees werden wir gebeten, bekannt zu geben, daß dieses Verfahren im höchsten Grade unloyal sei, und daß die Landsleute, namentlich die aus Arbeiterkreisen, diese hinterücks einberufene Versammlung nicht besuchen möchten.

Indem wir diesem Wunsche nachkommen, bemerken wir noch, daß sich mit der Veranstaltung der Versammlung ein bei einem gewissen Zentrumsblatte beschäftigter Expedient befaßt und daß man ihm für seine Dienste versprochen hat, das Amt eines besoldeten Delegierten der „Berufsvereinigung“ zu übertragen. Abgesehen davon erhielt er den Auftrag, dem Vorsitzenden der „Berufsvereinigung“ Herrn Sosinski gegenüber, wenn er hierherkommen werde, vorsichtig zu sein und ihn gut auszuhorchen.

Aus Nr. 32 des Postep (Posen)
vom 10. Februar 1906:

Osterfeld, den 8. Februar.

Dem hiesigen Verein „Gwiarda Jednosci“ (Einigkeits-Stern) hat die Polizei befohlen, die Bilder, welche im kleinen Saale des oberen Stockwerkes hingen, zu entfernen, da sie den deutschen Michel bedrohten. Wie ich in der letzten Versammlung aus dem Munde des Herrn Stellvertreters des Vorsitzenden erfahren habe, muß der Verein augenblicklich, da es ihm an Fonds mangelt, sich hierzu ruhig verhalten. Gehört der Verein nicht zum Verband der Gesangsvereine, der in Westfalen gegründet wurde? Denn ich muß hinzufügen, daß jene Bilder Auszeichnungen sind, welche in den Sängertagen der Gesangsvereine erhalten wurden.

Bei dieser Gelegenheit drücke ich dem Verein meine Anerkennung für die Anschaffung einer Tafel mit rein polnischer Aufschrift aus.

Dagegen hat der Verein des Hl. Josef eine Tafel mit der Aufschrift „St. Joseph = Verein“. Bemerkung. Welche Bedeutung diese Aufschrift hat, das weiß ich selber nicht. Ob lauter Deutsche ihm angehören?

Im Bochumer Wiarus habe ich einen Aufruf eines gewissen Komitees aus Duisburg-Ruhrort gelesen, welches alle alten Junggesellen auffordert, sie möchten sich zur Gründung eines „Vereins alter Junggesellen“ zusammenschließen. Meinerseits würde ich raten, zum Vorsitzenden Herrn Anton aus B. zu wählen.

Die alten Jungfern dürften sich nicht zuvor kommen lassen und sie sollten ebenfalls einen Verein alter Jungfern gründen. Dann müßte ein Meinungsaustausch zwischen besagten Vereinen erfolgen. Bei dieser Gelegenheit muß ich hinzufügen, daß hier in Westfalen bei Veranstaltung aller möglichen Feierlichkeiten, natürlich deutscher, jedesmal sehr viel rot-weiße Fahnen wehen, dann kommt es den Polen vor, als ob sie zu Zeiten des polnischen Königreichs lebten.

Aus Nr. 6 der Praca (Posen)
vom 11. Februar 1906:

Essen (Rheinland).

Wir erhalten die Nachricht, daß einer der Essener Vereine Sonntag, den 18. Januar, ein Vergnügen veranstaltet hatte. Da dies am nächsten Tage nach Kaisers Geburtstag war, so brachte der Vorsitzende bei Beginn einen Toast zu Ehren des Kaisers aus. Demgegenüber schreibt unser Korrespondent: „Ich wundere mich sehr darüber, daß der Vorsitzende eines polnischen Vereins diesen Toast ausgebracht hat. Wie mir bekannt ist, tat er dies, ohne sich jedoch vorher mit den übrigen Mitgliedern des Vorstandes ins Einvernehmen zu setzen. Gegenüber einer solchen Handlungsweise frage ich den Herrn Vorsitzenden, ob er noch zu wenig die Bedrückung und die Leiden des polnischen Volkes fühlt? Ob er all das Unrecht nicht fühlt, das uns auf nationalem, religiösem und ökonomischem Gebiete bereitet wird! Ob er es nicht zugestehen will, daß in diesem Staate der „Freiheit und Kultur“ die Polen als Bürger zweiter Klasse behandelt werden? Ist es ihm nicht bekannt, daß man dort in der Berliner Schmiede antipolnische Geseze zu unserem Verderben schmiedet und daß man uns der Mittel zum Leben berauben will? Heute, wo alle Schattierungen eines böswilligen Elements uns den Untergang zugeschworen haben, sollte der Herr Vorsitzende andere Begriffe von der uns teureren Sache annehmen und nicht Toaste ausbringen, welche die Herzen der national-aufgeklärten Landsleute nur mit Bitterkeit erfüllen. Darum ist es auch kein Wunder, daß bei jenem Vergnügen nur ein undeutliches Gemurmel der Landsleute den Toast beantwortete. Die Folge davon war, daß anstatt einer angenehmen Verweilung stürmische Szenen, Uneinigkeit und Streit entstanden, worüber ich lieber schweigen werde. (w.)

Aus Nr. 28 des Gornoslazak (Rattowitz)
vom 6. Februar 1906:

Rönnebeck in Hannover.

Geehrte Redaktion!

Ich bin genötigt, einiges mitzuteilen, denn meine hier sich aufhaltenden Mitarbeiter sind überwiegend Oberschlesier, und als ihr Bruder aus dem Großherzogtum Posen arbeite ich schon mehrere Jahre zusammen mit ihnen und lese täglich den Gornoslazak. Bis jetzt las ich noch nie, daß irgend einer meiner Brüder aus diesem unseren „verheißenen Lande“, d. i. aus der Provinz Hannover, etwas an die Redaktion berichtet hätte.

Ich möchte daher mit wenigen Worten unsere Verhältnisse schildern. Hier in Blumenthal besitzen wir vier polnisch-katholische Vereine, die ein und denselben Zweck verfolgen, wie die Pflege der Muttersprache und zugleich die Verteidigung der religiösen und kirchlichen Rechte. Auch ich gehöre einem der vorerwähnten Vereine als Mitglieder an; ich fühle mich daher verpflichtet, die Geschichte wenigstens dieses Vereins, d. i. des Vereins „Nadzieja“ (Hoffnung) unter dem Schutze des hl. Bischofs Stanislaus, kurz zu beschreiben. Unser Verein besteht seit dem Jahre 1894. Er wurde in Rönnebeck bei Blumenthal gegründet. Wegen Veränderung der Verhältnisse wurde er im Jahre 1898 nach Blumenthal verlegt. Mit Gottes Gnade entwickelte sich unser Kreis immer besser, und jetzt zählt unser Verein 68 aktive Mitglieder, die größtenteils aus Oberschlesien stammen. An Vermögen

besitzt der Verein etwa 180 M., zwei Fahnen, eine kirchliche und eine nationale, eine Bibliothek vom „Volksleseverein“ aus Posen, welche 200 Bücher verschiedenen Inhalts umfaßt, und auch eine eigene Bibliothek, sowie andere Geräte, die ich hier nicht aufzählen werde. Unser Verein ließ am 7. Januar d. J. das Theaterstück „Genoveva“ aufführen, welches unter Beteiligung von etwa 2000 Gästen sehr gut gelang.

Vor allem gebührt den Viehhaber-Schauspielern beiderlei Geschlechts der Dank, die ihre Aufgabe vorzüglich lösten und denen ich ein herzliches „Gott bezahls“ zurufe.

Aus Nr. 28 des Wiarus Polski (Wochum)

vom 7. Februar 1906:

Recklinghausen-Bruch.

Unser Landsmann Franz Janowski hat, wie ich hörte, am Montag sein Geschäft wieder eröffnet. Die Wünsche unserer Feinde haben sich also nicht verwirklicht, denn sie triumphierten, daß sie einen der polnischen Agitatoren aus Bruch herausgeworfen hätten. Es ist bekannt, daß Janowski sich sehr eifrig um das Gesamtwohl der Polen bemühte. Seine Tätigkeit wurde denn auch von verschiedenen gewissenlosen Menschen so ausgenutzt, daß man seinen Ruin herbeiführte. Leider haben sich darüber manche unserer Leute gefreut, und sie haben darüber gelacht, daß es diesem Polen so schlecht ging, wodurch sie den hafatistischen Freunden triumphieren halfen.

Landsleute! Sollen wir im Dunkeln herumtappen? Wir sollten doch schließlich einsehen, daß es der Wunsch unserer Feinde ist, daß hier nicht ein einziges polnisches Geschäft bliebe und daß die Polen ihr sauer erworbenes Geld in die Läden der Hafatisten trügen. Traurig ist es, daß wir die teuflische Feindschaft nicht lassen können, Fremden alles gönnen und die Unsrigen beneiden.

Landsleute! Landsmänninnen! Leben wir in Frieden und unterstützen wir uns gegenseitig, denn das ist nationale Pflicht. Mögen so viel polnische Geschäfte entstehen wie nur irgend möglich. Die Unsrigen müssen eifrig unterstützt werden, dann wird es uns auch besser ergehen, und wir können von den Kaufleuten und Handwerkern verlangen, daß sie zu unserem Schutze frei auftreten und nicht, wie es jetzt geschieht, daß einer auf den anderen sieht. Landsleute! Achten und unterstützen wir uns gegenseitig!

Jan Ciechan.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 12 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)

vom 10. Februar 1906:

Quittung.

Im Januar wurde an die Parteikasse gesandt:

Aus Berlin vom Verein der polnischen Sozialisten zu Agitationszwecken	60,00	Mark,
von der Agitationskommission für die Liste „265 für die Presse“	7,45	„
Sammlung anlässlich eines Geburtstags bei Grzeszkowiak	5,50	„
J. N. aus Berlin	3,00	„
Antek aus Berlin zu Agitationszwecken	2,00	„

Hedwig aus Leipzig 5,00 Mark.

C. R. P. S. 638,90 „

zusammen 721,85 Mark.

J. Adamek, Kassierer,
Kattowitz, Beatestraße 48.

Aus Nr. 12 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)

vom 10. Februar 1906:

Die Versammlung des Frauenvereins zur Selbstbildung in Berlin

finden jeden zweiten Dienstag im Lokale des Genossen Kubasjewski, Stallschreiberstraße 55, statt, und sie beginnen um 9 Uhr abends.

Die nächste Versammlung findet den 13. Februar statt.

Der Vorstand.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 28 der Nowa Reforma (Brafau)

vom 6. Februar 1906.

Der Primas von Posen in Diensten des Hafatismus.

Der Erzbischof von Gnesen-Posen, Primas von Polen Dr. v. Stabilewski kommt, nachdem er nach überstandener schwerer Krankheit die Regierungszügel wieder in seine Hände genommen, immer mehr auf seine Verführbarkeit der Regierung gegenüber zurück und wird zu deren immer gefügigerem Werkzeug. Wir berichteten darüber vor einigen Wochen gelegentlich der Veröffentlichung des bekannten kaiserlichen Briefes an Herrn v. Stabilewski, heute haben wir einen neuen Beweis und eine neue Erscheinung nach dieser Richtung hin.

Bekanntlich wurde vor einem Jahre in Posen ein polnischer Verein unter dem Namen „Straz“ (die Wacht) gegründet. Die polnische Gesellschaft im preussischen Anteil besitzt zahlreiche Vereine, von denen jedoch jeder seinen besonderen Zwecken dient. Von der Zeit an, wo die den Polen feindlichen deutschen Elemente sich zu einem Hafateverein zusammengeschlossen haben, ist die Verfolgung alles dessen, was polnisch ist, noch brutaler geworden und hat sich das Bedürfnis fühlbar gemacht, diesem feindlichen Verein eine ähnliche, allgemeine polnische Organisation gegenüber zu stellen, welche der Verteidigungstätigkeit erfolgreiche Dienste leistet. Diesem Bedürfnis entspricht eben die „Straz“. Ihr Hauptzweck besteht darin, allerhand Beweise für die preussischen Übergriffe und Gewalttaten zu beschaffen, die ganze Gesellschaft und jeden Einzelnen bei Verfolgung seiner Rechte zu unterstützen und vor neuem Unrecht zu schützen, dem preussischen Boykott auf dem Gebiete des Handels und der Industrie entgegenzutreten, der Gesellschaft ihre nationalen Pflichten vorzuhalten, sie zur Erhaltung des Grundes und Bodens zu ermahnen und die Jugend im polnischen Geiste zu erziehen, mit einem Worte: für die Gesamtinteressen der polnischen Bevölkerung einzutreten. Wir bemerken hierbei, daß der Strazverein vollständig offen und gesetzmäßig handelt. Er hat seine Tätigkeit damit begonnen, daß er in allen Gegenden des preussischen Anteils und auch im Herzen Deutschlands, wo größere Sammelpunkte polnischer Auswanderer bestehen, zahlreiche Volksversammlungen einberuft, in welchen gediegene Redner zur energischen Verteidigung des Polentums und zum Beitritt zu der neuen Organisation auffordern.

Wie es nicht anders kommen konnte, hat der neue Verein sich den wütendsten Zorn der preußischen Regierung und des Sakatismus zugezogen. Die Polizeibehörden stellen, wo sie nur können, oftmals durch Mißbrauch ihrer Amtsbefugnisse, der Abhaltung von Strazversammlungen Hindernisse in den Weg. Unlängst erfuhren die Posener Blätter, daß die dortige Polizeibehörde wahre Proscriptionslisten der Mitglieder des Strazvereins anfertigen läßt, welche sie an alle Behörden versendet, damit diese gegebenenfalls auf alle mögliche Weise die in den Verzeichnissen Aufgeführten verfolgen. Auf einen derartigen Kampf waren die Polen im preußischen Anteil von vornherein vorbereitet. Sie glaubten jedoch nicht, daß in diesem Kampfe der Erzbischof von Gnesen-Posen, Nachfolger des heiligen Adalbert, Primas von Polen, der preußischen Regierung und den Sakatisten zu Hilfe eilen würde. Es ist leider wirklich so gekommen.

Schon vor einigen Wochen teilte uns unser Posener Berichterstatter mit, daß Herr v. Stablewski seinen Dekanen die Beteiligung an der Strazaktion verboten habe. Vor einigen Tagen erhielten wir eine Depesche aus Wien, daß ein derartiges Verbot an die Gesamtgeistlichkeit ergangen sei. Diesen Gerüchten konnten wir kaum Glauben schenken. Heute teilt jedoch der Dziennik Poznański mit, daß Herr v. Stablewski tatsächlich ein derartiges Rundschreiben erlassen habe. Es ist also Tatsache, daß der Erzbischof von Gnesen-Posen in diesem Falle sich auf die Seite der Feinde seiner Nation gestellt hat.

Aus der erzbischöflichen Kanzlei ging dem Dziennik Poznański gleichzeitig ein Schreiben zu, in welchem dieser antinationale Schritt des Erzbischofs entschuldigt wird... das vorerwähnte Blatt erklärt sich mit der Entschuldigung vollständig einverstanden und erachtet das Verbot auch seinerseits als völlig gerechtfertigt.

Unserer Ansicht nach konnte es garnicht schlechter begründet werden. Denn welchen Sinn hat diese Auslassung? Doch nur den, daß sich die Geistlichen nur aus dem Grunde der Unterstützung des Strazvereins enthalten sollen, um sich nicht den Zutritt zu besseren Präbenden, zu persönlichen Vorteilen zu verschließen. Die Rücksichtnahme auf das persönliche Wohlergehen stellt also Herr v. Stablewski als Richtschnur für die Geistlichkeit in Nationalsachen auf! Wie sollen wir das bezeichnen?

Von einer angeblichen Schädigung der kirchlichen Interessen durch eine derartige nationale Aktion der Geistlichkeit ist keine Rede. Im Gegenteil, die Kirche könnte durch sie nur gewinnen, denn die Beteiligung der Geistlichen an der nationalen Arbeit kann lediglich das Band, welches das polnische Volk mit ihr und der Kirche verbindet, noch fester knüpfen. Wir wollen uns auch mit sophistischen Ausflüchten nicht abgeben! Es ist klar, daß der Erzbischof diesen Schritt auf Verlangen der preußischen Regierung getan hat.

Dieser Schritt ist eine zu grelle Verletzung der bürgerlichen Rechte der polnischen Geistlichkeit, obwohl Herr v. Stablewski in seiner Enuntiation sich bemüht, dies in Abrede zu stellen. Auch wir sind entschiedene Gegner jeglichen Mißbrauchs der Kanzel, des Beichtstuhls und überhaupt des geistlichen Amtes zu politischen Zwecken. Sonst aber, außerhalb der Kirche müssen wir auch für die Geistlichen vollständige bürgerliche und nationale Freiheit verlangen. In dieser Hinsicht jedoch blicken wir auf sehr beunruhigende Erscheinungen. Bei uns und auch anderswo zwingt geradezu die geistliche Behörde die Geistlichen, daß sie das politische Werkzeug der konservativen Parteien sind, dagegen werden sie mit Gewalt von der nationalen Arbeit im Sinne des wahren Fortschritts zurückgehalten.

Dies, im Verein mit dem letzten Briefe Pius X. an die Polen im Königreich, legt der polnischen Nation die dringende Pflicht auf, ihr Verhältnis zu der Kirche einer Revision zu unterziehen. Wenn die kirchlichen Behörden bei uns gegen die vitalsten nationalen Interessen auftreten, muß ihnen jegliche Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten verjagt werden. Wer die Rücksichten der Teilungsmächte höher stellt als das Nationalwohl, der muß als Feind der Nationalsache, gleichviel ob er Laie ist oder bischöfliche Violetten trägt, betrachtet werden. Ein Feind aber muß bekämpft werden. Wünschen denn die Bischöfe, daß die polnische Nation auch diesen Kampf in das Programm ihrer Defensivaktion aufnimmt?

Herr v. Stablewski hat durch diesen einen Beweis des Servilismus der preußischen Regierung gegenüber sich selbst das endgültige Urteil gesprochen. Wir wollen hoffen, daß die polnische Gesellschaft im preußischen Anteil daraus die nötigen Schlussfolgerungen ziehen wird. —

* * *

Das erzbischöfliche Rundschreiben — bemerkt das Lemberger Slowo Polskie in seiner Nummer 61 vom 7. Februar d. J. — geht entschieden über den Rahmen der kirchenbehördlichen Befugnisse hinaus, indem es der Geistlichkeit die Art und Weise kategorisch vorschreibt, in welcher sie sich im öffentlichen Leben und bei der bürgerlich-nationalen Arbeit verhalten soll. Aus Rücksicht auf das Wohl „der Diöze und der Geistlichkeit“ könnte der Erzbischof v. Stablewski der polnischen Geistlichkeit nächstens befehlen, daß sie sich von der bürgerlich-nationalen Arbeit vollständig zurückziehe und umgekehrt, daß sie sich zu Gunsten der preußischen Staatspolitik engagiere. Dies verlangt ja Wilhelm ausdrücklich in seinem an den Primas von Polen gerichteten Briefe.

Unter der polnischen Geistlichkeit der Erzdiözese Gnesen-Posen herrscht längst Unzufriedenheit mit der erzbischöflichen Regierung. Ob das letzte Rundschreiben, welches ein Angriff gegen die bürgerliche Freiheit der Geistlichkeit bildet, nicht eine offenkundige, organisierte Opposition hervorrufen wird, das wird die nahe Zukunft lehren.

Die polnische Geistlichkeit muß sich durch das erzbischöfliche Rundschreiben um so mehr verletzt fühlen, als in seinem halbamtlichen Kommentar in den Spalten des Dziennik Poznański an die gewöhnliche Selbstsucht und an das Strebertum der Geistlichen appelliert wird.

Wir haben interessante Zeiten erlebt! Das sind die Früchte des mündlichen Meinungsaustausches zwischen Wilhelm und dem Erzbischof v. Stablewski, das sind die Folgen des vertraulichen Besuchs des Kardinals Kopp in dem Posener erzbischöflichen Palaste. Die geistliche Behörde wird das als höhere Politik, als Diplomatie bezeichnen, die polnische Gesellschaft dagegen, samt der patriotischen Geistlichkeit, wird diese Diplomatie als eine Politik der Feigheit und sllavischer Nachgiebigkeit der Kirchenbehörde Wilhelm und der preußischen Regierung gegenüber brandmarken. —

Aus Nr. 32 der Nowa Reforma (Kraakau)

vom 10. Februar 1906:

Der Kampf mit der Gewalttat und Heuchelei.

Im preußischen Landtage und im deutschen Reichstage haben die alljährlichen Kämpfe der polnischen Abgeordneten mit der Politik der Übermacht und Heuchelei der preußischen Regierung und ihrer Anhänger in diesen beiden gesetzgeberischen Körpern aufs neue ihren Anfang genommen. Es ist dies ein äußerst schwieriger und abspannender Kampf. Die Vertreter der Regierung

erkennen nämlich kein Argument, und wäre es noch so schlagend und überzeugend, an, indem sie sogar die in jeder Hinsicht erwiesenen Tatsachen als unglaublich bezeichnen und, in die Enge getrieben, in einem geradezu brutalen und herausfordernden Ton antworten.

Wenn wir noch hinzufügen, daß sich im preussischen Landtage stets und im Reichstage sehr oft eine bedeutende Mehrheit der Kammer blindlings für die Regierung erklärt, daß sie die polnischen Abgeordneten fast als Eindringlinge behandelt, daß sie oft durch straßenähnlichen Lärm deren Reden unterdrücken will, werden wir leicht verstehen, wie undankbar und unangenehm die Aufgabe dieser Handvoll Verteidiger der bedrückten Bevölkerung ist.

Vor vierzehn Tagen deckte im preussischen Landtage der Abgeordnete Prälat Stychel in längerer Rede das Spionier-System gegenüber polnischen Geistlichen durch preussische Verwaltungs- und Polizeibehörden auf. Die von ihm angeführten Fälle hätten in jedem anderen Parlament eine ungeheure Entrüstung gegen die Regierung über die Duldung und sogar Unterstützung derartiger Nichtswürdigkeiten hervorgerufen. Die konservative und nationalliberale Mehrheit des preussischen Landtages indes empörte sich vielmehr gegen den polnischen Abgeordneten, daß er es gewagt hatte, sich über ein derartiges Unrecht zu beschweren und ging sodann mit der größten Ruhe über dessen Beschwerden zur Tagesordnung über. Und unter den von ihm angeführten Beweisen gab es doch solche, welche das Ansehen der deutschen Vertreter mit Schamröte hätten überziehen müssen.

In einem der seitens des Abgeordneten Stychel angeführten Fälle durchstrich der deutsche Lehrer selbst auf dem Hefte eines Schülers die deutsche Ortsbezeichnung und ersetzte sie durch eine polnische, worauf er das Hefte dem Schulinspektor mit der Behauptung überreichte, daß dies der polnische Geistliche getan habe, um den germanisatorischen Bestrebungen der Schule entgegenzuwirken. Behördlicherseits wurde der Geistliche natürlich sofort auf die schwarze Liste der polnischen Agitatoren gesetzt, welche von der Regierung zu keiner besseren Stelle zugelassen werden — obwohl, was später gerichtlich festgestellt wurde, der Geistliche das Schulheft nicht einmal in der Hand gehabt hatte. Für die absichtlich falsche Anzeige erhielt der Lehrer keine Strafe und auch der Minister wagte nicht, ein derartiges Verhalten zu verdammen. Wir bemerken jedoch, daß der polnische Abgeordnete eine Menge solcher und ähnlicher Beispiele angeführt hat.

Vorgestern wiederum hat der Abgeordnete Korsanty einen harten Kampf mit dem Minister des Innern im preussischen Landtage bestanden. Bemerken wollen wir hier, daß der jetzige preussische Minister von Bethmann-Hollweg ein Jugendgenosse Kaiser Wilhelms ist, daß er auch heute noch zu dessen vertrauten Freunden gehört, denen gegenüber sich der Kaiser außerhalb des Dienstverhältnisses des kollegialischen Du bedient und denen ebenfalls erlaubt sein soll, ihn in dieser Weise anzusprechen. Herr von Bethmann-Hollweg fühlt sich deshalb auf seinem Posten sicher und auf Grund dessen weiß er um so brutaler die angeblichen polnischen Annahmen zurück. Der Abgeordnete Korsanty sprach von Übergriffen der preussischen Behörden polnischen Vereinen und Versammlungen gegenüber, bewies insbesondere, daß die Abhaltung sogar solcher polnischen Versammlungen verboten werde, welche laut Gesetz der Polizei garnicht angemeldet werden brauchten. Er wies ferner nach, daß in Fällen, in welchen die Polizei schon unter keinem anderen Vorwande die Abhaltung einer polnischen Versamm-

lung verhindern konnte, sie die Inhaber von Sälen und Räumen, in welchen die Versammlungen stattfinden sollten, zwingen, die betreffenden Vereinbarungen zu brechen. Es kamen Fälle vor, daß den Polen auf diese Weise Lokale abgenommen wurden, welche ihnen unter Ehrenwort vorher zu polnischen Versammlungen versprochen worden waren. Die Polizei droht nämlich den Saalbesitzern in solchen Fällen mit der Entziehung des Schankgewerbes oder mit anderen Sanktionen und Strafen. Ferner berührte Redner auch die Sache der von uns bei einer anderen Gelegenheit erwähnten Proskriptionslisten der Posener Strazvereins-Mitglieder. Den obererschlesischen Bergarbeitern — bemerkte er weiter — werde die Abhaltung von Versammlungen, in welchen sie über die Verbesserung ihrer Lage beraten wollten, unmöglich gemacht. Den letzten derartigen Fall eines Verbots der Strazversammlung in Rattowitz anführend, machte der Abgeordnete Korsanty den Behörden geradezu den Vorwurf, daß sie bewußt und absichtlich die Reichsgesetze verletzten.

Wegen dieser Worte wurde der Abgeordnete Korsanty vom Landtags-Präsidenten zur Ordnung gerufen.

Der Freund Wilhelms II. gab sich keine große Mühe, die Beschwerden des polnischen Redners zu widerlegen. Er bezeichnete sie als zu allgemein gehalten, als daß es sich lohnte, sich mit ihnen zu befassen, ferner behauptete er, daß ihm nur zwei förmliche Beschwerden in dieser Angelegenheit zugegangen wären. Zuletzt spielte er den Beleidigten und sagte etwa folgendes: Inbezug auf den von mir dem Könige geleisteten Eid der Treue verbitte ich mir jegliche Bemerkungen. Hinsichtlich der Äußerung, daß mit meinem Wissen die Gesetze übertreten würden, muß ich erklären, daß es mir schwer fällt, einen entsprechenden Ausdruck zu finden, welcher sich mit der Würde des Hauses vereinbaren ließe, um das Auftreten des Abgeordneten Korsanty gehörig zu brandmarken.

Diesem Abgeordneten beilegte sich ein anderer polnischer Abgeordneter, Dr. v. Dziembowski, zu Hilfe zu kommen. Er wies darauf hin, daß die Verweisung der Polen mit ihren Beschwerden gegen die unberechtigte Auflösung von Versammlungen an das Verwaltungsgericht oftmals keinen praktischen Wert habe, denn das Gericht entscheidet derartige Beschwerden erst nach einigen Monaten, — wo die betreffenden Versammlungen keinen Zweck mehr hätten. Ferner verwahrte sich der Redner gegen die Verdächtigung der Unglaubwürdigkeit der Beschwerden polnischer Abgeordneter. Ein derartiges Verhalten beleidige nicht nur die Abgeordneten, sondern auch das ganze Haus. Anstatt sich derartiger Ausflüchte zu bedienen, müßte der Minister vielmehr die Beschwerden der polnischen Abgeordneten gewissenhaft prüfen.

Auch wegen dieser einfachen Belehrung des Herrn v. Bethmann-Hollweg erhielt der polnische Redner von dem Präsidenten einen Verweis.

Der Abgeordnete Korsanty ließ sich dadurch nicht irreführen, sondern erteilte bei persönlichen Bemerkungen dem Freunde Wilhelms II. folgende Lehre: Ich wiederhole nochmals, daß der Minister vor allen Dingen unsere Beschwerden prüfen mußte. Es ist dies nicht nur seine parlamentarische Pflicht, sondern auch vor allem eine Pflicht, welche die gute Erziehung erheischt.

Der Abgeordnete Korsanty hatte vollkommen recht. Das Verhalten der preussischen Regierungsvertreter überschreitet nicht nur die Grenzen dessen, was recht und billig ist, sondern auch die des Taktes und des einfachen Anstandes. Die kulturelle Grenze in den hohen deutschen Kreisen vermindert sich offenbar immer mehr.

Der Nationaltschaz.

(Fortsetzung.)

Dieser Paragraph entspricht genau dem Zeitgedanken des Schazes, wie ihn nicht nur seine Initiatoren, sondern gleichfalls alle diejenigen aufgefaßt haben, welche in dem vorhergehenden Zeitabschnitt für den Schaz Gaben spendeten. Dieser Gedanke wurde sofort breit genug aufgestellt, damit er die ganze weite Zukunft umfassen konnte, ohne Rücksicht auf die sich unausgesetzt ändernden Verhältnisse des nationalen Lebens. Er weist auf eine planmäßige und organisierte nationale Arbeit hin, die sich in gewissen geschichtlichen Perioden in eine politische Aktion umändert, er weist darauf hin, daß sich hinter den partikularistischen Bestrebungen der verschiedenen Parteien hervor stets und ständig allgemeine, nationale Bestrebungen regen müssen, deren Gut einer speziell hierzu berufenen Organisation zufallen muß; er weist schließlich darauf hin, daß eine des eigenen Staats beraubte Nation damit nicht der Bedürfnisse gewisser eigener Funktionen des staatlichen Lebens beraubt ist und daß sie diese Bedürfnisse befriedigen muß auf dem Wege einer eigenen nationalen Organisation. Das erste dieser Bedürfnisse ist die Regelung des nationalen Lebens und dessen Leitung inmitten aller Umstände im Geiste der Bewahrung und Entwicklung der eigenen Existenz. Die Rolle einer solchen Organisation erfüllte z. B. das Zentralkomitee vom Jahre 1862, das, ohne Nationalregierung zu sein, ohne eine andere Exekutive als die moralische zu besitzen, mit seiner Tätigkeit die Gesamtheit des nationalen Lebens umfaßte, im gegebenen Augenblick seine planmäßigen Bewegungen repräsentierte und sie tatsächlich leitete. Wenn sie dies nur für eine kurze Zeit getan hat, so liegt die Schuld in der damaligen Volksgeamtheit selbst, deren Konterfei sie war, und in dem geschichtlichen Moment, den sie nicht geschaffen hatte, aber durch den sie selbst ins Leben gerufen worden war, keineswegs aber im Typus und Charakter ihrer Organisation.

Diesen Typus und Charakter einer nationalen Organisation hat in unseren Zeiten die Nationalliga übernommen, in der Absicht, sie beständig zu leiten, für eine unbestimmt lange Zeit. Diese Beständigkeit der Tätigkeit ist in den Satzungen des Schazes selbst zum Ausdruck gebracht. Wenn nämlich sogar „eine entscheidende Aktion der gesamten Nation“ im Sinne des § 24 nur berechtigt, $\frac{3}{4}$ des Kapitals, nie jedoch den ganzen Fonds des Schazes abzuheben, so sind die Beständigkeit der Institution, ihre Wirksamkeit, auf einen sehr langen und entlegenen Zeitraum hinaus mehr als allzu deutlich festgestellt.

Es wäre geradezu unmöglich, in den Schazsätzen den Charakter des prinzipiellen, fundamentalen Begriffs einer beständig tätigen nationalen Organisation zum Ausdruck zu bringen, wenn keine Sicherheit dafür geboten wäre, daß eine derartige Organisation nicht nur bereits bestehe, sondern daß sie die im Zeitgedanken des Schazes enthaltenen Aufgaben überdauere und erfülle. Die Liga war von Anfang an diese Organisation, und ihr Bestehen machte die regelrechte und satzungsgemäße Organisation des Schazinstituts selbst erst möglich. Abgesehen davon, daß ebenso der ursprüngliche Gedanke der Initiatoren des Schazes, als auch die ziemlich klar kristallisierte Meinung der Spender ausdrücklich eine nationale politische Organisation im Auge hatten, die in der Heimat selbst tätig wäre als einzige Kollektivkörperschaft mit dem Recht, von den Schazfonds Gebrauch zu machen, sprachen schon die Logik und die Rücksicht auf die künftigen Geschicke des Instituts nicht minder kräftig dafür. Gäben die Satzungen der Aufsichtskommission das uneingeschränkte Recht auszusprechen, welche einzelnen Unternehmungen, Institutionen, Kreise oder

Privatpersonen Beihilfen erhalten sollten und zu welchen konkreten Zwecken dies zu geschehen habe, so müßte diese Kommission, wenn sie sich gehörig und gewissenhaft in der so komplizierten und schwierigen Aufgabe orientieren sollte, nicht nur selbst in der Heimat, im Herde der Bewegung, residieren, sondern doch wohl deren Repräsentantin und Leiterin sein, — sonst wäre sie den verschiedenartigsten Forderungen, den widersprechendsten Informationen, Nebeneinflüssen, Partei- und persönlichen Intriguen, die von der Ferne aus nicht zu kontrollieren sind, und im Resultate völliger Willkür oder dem beständigen Begehen von unabsichtlichen Fehlern bei der Verfügung über die Schazfonds ausgesetzt. Wenn ungeachtet des ausdrücklichen Wortlauts der Satzungen, die kein Feld für irgendwelche Willkür bieten, die Aufsichtskommission verschiedenen Schwärmereien nicht aus dem Wege gehen konnte, die, wenn sie unbefriedigt bleiben, stets zur Attacke übergehen, so kann man sich vorstellen, was mit dem Schazinstitut geschehen wäre, gäben die Satzungen keine klare und entschiedene auf die Tatsache des Bestehens einer nationalen Organisation gestützte politische Direktive.

Die Satzungen haben noch in einer anderen Hinsicht das Schazinstitut konsolidiert und ihm das Charaktermal organisatorischer Beständigkeit aufgedrückt. Es ist daraus kein Verein geworden, welcher, wie jeder Verein, wechselnden Richtungen und Einflüssen ausgesetzt ist, die, besonders unter dem Emigrantentum, von der zufälligen Zusammenfügung des Mitgliederbestandes abhängig sind, sondern die Satzungen haben dem Schaz den Charakter eines ständigen Instituts, einer Stiftung von fast unwandelbaren Zwecken verliehen, und an deren Spitze haben die Satzungen eine Körperschaft gestellt, die nicht aus Wahlen hervorgeht, sondern sich auf dem Wege der Cooptation vervollständigt. Es ist dies ein Charaktermal, das allen konservatorischen Stiftungen oder Institutionen eigen ist, und zu diesen rechnet sich ohne Zweifel schon hinsichtlich seiner Vervollständigung der Nationaltschaz.

Als Institution, welche ständige Funktionen erfüllt, muß der Schaz selbst alle Merkmale der Beständigkeit, des Gleichgewichts und der Dauer seiner Bestimmung an sich tragen. Es ist eine bezeichnende Tatsache, daß unter dem Emigrantentum nur diejenigen Institute von Bestand gewesen und nicht der Zertrümmerung verfallen sind, die sich gerade auf das Prinzip der Cooptation in der leitenden Körperschaft stützten.

Der Entwurf der Schazsätzen mußte angenommen werden durch allgemeine Abstimmung des Verbandes des polnischen Emigrantentums und durch den Rat des Nationalinstituts in Rapperswyl, der darin als Depositär der Fonds genannt wurde. Letzteres war nicht leicht, — der Museumsrat fürchtete nämlich, — wie es sich später zeigte, nicht mit Unrecht, — daß ein derartiger gewissermaßen organischer Zusammenhang des Schazes mit dem Nationalmuseum letzterem einen allzu politischen Charakter verleihen werde.

Ungeachtet dessen übernahm der Rat im Gefühl der nationalen Pflicht, da er sah, daß die Übernahme des Deposits die Vereinigung der verschiedenen Herde des Schazes und die Stabilisierung des Instituts geradezu zur Bedingung mache, die Last, welche die Satzungen dem Museumsrat auferlegten, und dadurch erwarb er sich kein geringes Verdienst um die Entwicklung des Schazes, ja, letzterer wurde dadurch vielleicht vor dem Zerfall bewahrt.

Dank diesem Umstande begannen die unabhängigen Sammelherde des Schazes, die in verschiedenen Ortschaften angelegt waren, sich schnell zu einem Mutterinstitut zu vereinen. Ihre Fonds überwiegen dank der Einverleibung in den Verband des Emigrantentums „das Schazinstitut“ in Sofia und die kleineren Schätze

in Rumänien und London, dank der Liga „die Verwaltung der Hebestellen in der Heimat“. Ferner meldeten ihren Beitritt an der „polnische Schatz“ in Paris, gesammelt durch eine ad hoc gebildete Kommission, die nordamerikanische Abteilung des Nationalerschates durch den Bürger Terzmanowski, die Vereinigung der Polen in Amerika, und schließlich schon i. J. 1895 der sogenannte Milwaukee'er Nationalerschatz, gesammelt auf Betreiben des Nationalbundes in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Mit fast jedem dieser Institute mußten besondere Verhandlungen gepflogen werden; man mußte sie zur Annahme eines gemeinsamen Statuts und zur Überweisung der gesammelten Fonds bewegen, worauf diese Institute sich auflösten und ihre Tätigkeit auf ad hoc eingesetzte Erheber übertrugen. Keinerseits gab es hierbei irgendwelche Opposition hinsichtlich der prinzipiellen Paragraphen des Statuts, welche die Bestimmung der Schatzfonds vorschreiben.

Im Jahre 1895 d. i. drei Jahre nach Regelung der Schatzangelegenheiten hatten die Fonds die Höhe von 100 000 Fr. erreicht, von deren Zinsen $\frac{2}{3}$ disponibel wurden. Außer der Nationalliga meldete sich niemand hierzu, abgesehen von den Eingaben privater Personen, Eingaben, welche ein völliges Mißverstehen der Schatzsagungen verrieten und sogar nicht einmal in Erwägung gezogen wurden. Nach Verlesung des schriftlich vorgelegten Berichts über die Tätigkeit der Liga, nach Interpellationen und Aufklärungen beschloß die Aufsichtskommission einstimmig, ihr die Beihilfe zu gewähren, die übrigens mehr moralische als materielle Tragweite hat. Im Jahre 1897 gründete die Nationalliga im russischen Anteil die nationaldemokratische Partei und sie gab deren Programm bekannt, was in ihrem Bericht für dies Jahr hervorgehoben worden ist. Ungeachtet dessen erblickte die Aufsichtskommission mit Einschluß der Mitglieder, die gegenwärtig aus diesem Anlaß eine Waffe gegen sie schmieden, nicht allein darin nicht irgendwelchen Verstoß gegen den im § 22 des Statuts vorgezeichneten Charakter der politischen Organisation, sondern im folgenden Jahre erklärten auch alle ihre in ihrer Sitzung anwesenden Mitglieder feierlich, sie geständen der Liga nicht nur das Recht zu, die Zinsen des Schatzes abzuheben, sondern sie solidarisierten sich auch völlig mit der gesamten Tätigkeit der Liga.

Diese Solidarität sollte sich nicht als beständig erweisen. Im Jahre 1899 trat Dr. Gierzynski, der sich die Abwesenheit der beiden übrigen, momentan von mit der Sache nicht vertrauten Leuten vertretenen Mitgliedern zu nütze machte und sich auf ihm einsetzte, jeden Wertes bare Dokumente stützte, gegen die Liga mit verschiedenen Vorwürfen auf, darunter mit dem der Untätigkeit, den Arbeiten der Liga die der Sozialisten gegenüberstellend. Auf dieses Jahr entfiel jedoch eben ein großer und wichtiger Schritt in der Entwicklung der Liga, nämlich die Gründung einer Volksorganisation im Königreich. Diese Tatsache war die beste Antwort auf die erhobenen Vorwürfe, und die Opposition war gezwungen zurückzuweichen, vielmehr zu verstummen.

Das Entstehen dieser Opposition läßt sich durch keine prinzipiellen Gründe erklären. Die Liga stand schon seit einigen Jahren an der Spitze der Partei, ihr Programm hatte keine Aenderung erfahren, und ihre Tätigkeit begann immer breiteren Umfang anzunehmen. Die Opposition im Schoße der Aufsichtskommission haben Nebeneinflüsse von politischen Elementen hervorgerufen und angefaßt, welche entweder dem Schätze grundsätzlich feindlich gesinnt waren, oder mit dessen Bestehen insoweit einverstanden waren, als sie daraus hätten materielle Vorteile ziehen können. Dr. Gierzynski unterlag diesen Einflüssen immer mehr, und da er die Anrechte der Liga auf die Zinsen direkt nicht bekämpfen

konnte, begann er auf einem Seitenwege in der Presse das Schatzinstitut selbst zu diskreditieren unter dem Deckmantel der Sorge um sein Wohl. Ein anderer an seiner Stelle wäre zurückgetreten, wie dies die einfache Gewissenhaftigkeit, — ganz zu schweigen von der politischen Ehrlichkeit — heischte. Dies lag jedoch nicht in den Aussichten der Leiter der Aktion, deren Werkzeug er war.

Die von außen her gegen den Schatz ins Werk gesetzte Opposition begannen die Sozialdemokraten zunächst aus prinzipiellen, und in der Folge, als sie ihren Sachwalter in der Person des Dr. Gierzynski nicht mehr im Schoße der Aufsichtskommission hatten, aus mehr opportunistischen Gründen, die den angeblich unrichtigen Charakter des Instituts selbst angriffen. Dieser Opposition schlossen sich bald die galizischen Politiker an, die sich um den „Kurzer Zwowski“ gruppierten, und sie fanden gleichfalls einen Sachwalter ihrer Aktion in der Aufsichtskommission in der Person des Dr. Lewakowski. Anfangs nahmen sie dem Schätze gegenüber eine passive Stellung ein, in letzter Zeit aber begannen sie eifrig in Amerika zu agitieren in Gemeinschaft mit den Sozialisten, und zwar gegen die Zahlung von Beiträgen an den Rapperswiler Schatz und für die Bildung eines besonderen Schatzes in den Vereinigten Staaten zwecks Befriedigung der lokalen Bedürfnisse.

Während der drei folgenden Jahre stimmte die Opposition im Schoße der Aufsichtskommission, — Dr. Gierzynski und Dr. Lewakowski — angesichts des deutlichen Wortlauts des Statuts weiterhin dafür, daß die Zinsen an die Liga gezahlt würden, man machte nur den Vorbehalt, daß man sich mit der Tätigkeit dieser Organisation nicht solidarisiere. Die Opposition wartete auf eine Gelegenheit, um in der Kommission die Stimmenmehrheit zu gewinnen, worüber die Wahl eines neuen Mitgliedes entscheiden konnte.

Indes reifte in der Aufsichtskommission selbst der Gedanke einer Satzungsänderung sowohl mit Rücksicht auf gewisse untergeordnete, keineswegs prinzipielle Vorschriften derselben, die sich jedoch als einengend erwiesen, als auch mit Rücksicht auf die Sicherheit der Fonds, denen ganz andere Faktoren bedrohlich zu werden begannen.

Die deutschen und schweizerischen Blätter brachten immer öfter kürzere oder längere Notizen über den Nationalerschatz. In Preußen wurde er Gegenstand politischer Prozesse. Schließlich lief aus maßgebenden Sphären die vertrauliche Warnung ein, man solle sich mit dem Schatz in Acht nehmen, da sich fremde Regierungen sehr für ihn interessierten. Es wurde der Rat erteilt, ihn aus dem Museum fortzubringen. Angesichts dieser Tatsachen waren die sowohl für die Fonds des Schatzes als auch für die des Museums bedrohlichen Folgen vorzusehen, und es galt, der Gefahr unverweilt vorzubeugen.

Im August 1903 fand eine gemeinsame Zusammenkunft der Aufsichtskommission, des Museumrats und des Exekutivauschusses des Verbands des polnischen Emigrantentums statt, bei welcher eine Revision des Statuts als nötig anerkannt und beschlossen wurde. Alle Teilnehmer an der Zusammenkunft beschloßen einstimmig: 1. die Schatzfonds aus dem Depositum im Rapperswiler Museum zu beseitigen; 2. die Zahl der Mitglieder der Aufsichtskommission zu vermehren zwecks Verstärkung der Verantwortlichkeit, welche abgeschwächt worden war durch einen vorhergegangenen Beschluß, und zwar wurde die Mitgliederzahl von 5 auf 9 erhöht, darunter 2 geheime, welche das bisher in allzu kleiner Zahl in der Schatzverwaltung figurierende heimatische Element verstärken sollten, 3. die spezielle Ausarbeitung der neuen Satzungen auf die künftige Zusammenkunft

zu verschieben. Zwecks Ersinnens einer ferneren sicheren Aufbewahrung der Fonds, zwecks Abhebung und Unterbringung der Fonds wurde eine aus den drei in dieser Angelegenheit kompetentesten Mitgliedern bestehende Spezialkommission gewählt.

Mit diesen Anträgen waren ohne Vorbehalt auch die Mitglieder der Opposition Dr. Gierzynski und Dr. Lewakowski einverstanden, sie wußten nämlich wohl, daß diese Angelegenheit mit der Frage der Verfügung über die Schatzzinsen nichts gemein haben. In der Sitzung der Kommission brachten sie jedoch zum ersten Male ein votum separatum ein bezüglich der Zuerkennung der Zinsen an die Nationalliga. Als noch die Wahl zweier offener Mitglieder der Kommission nicht nach ihrem Sinne ausfiel, und die vorbereitete Petition von Vertretern des Verbands der fortschrittlichen (recte: sozialistischen) Jugend, worin andere Satzungen und eine andre Art der Verteilung der Fonds verlangt ward, sogar nicht einmal angenommen wurde, da mußten sie sich gestehen, daß die projektierte Aktion, welche das Ziel verfolgte, die Aufsichtskommission und damit den Schatz zu Gunsten von Richtungen zu beherrschen, die sowohl der Liga als auch dem Geiste der bisherigen Satzungen feindlich waren, fast alle Aussicht auf Gelingen verloren hatte. Das entschied über ihre weitere Haltung gegenüber dem Schätze.

Dann trat Dr. Gierzynski im „Kurjer Lwowski“ mit einem Artikel hervor, in welchem er über die Aufsichtskommission in einer alle Grenzen des Erlaubten übersteigender Weise herfiel, nicht nur willkürlich, sondern auch falsch, Sachen bekannt gab, die von der Kommission als vertrauliche bezeichnet worden waren, in verletzender Form sich über ihre Mitglieder ausließ und die ganze Sache nicht nur in tendenziöser, sondern geradezu der Wahrheit zuwiderlaufender Form hinstellte. Dieser Artikel wurde von der dem Schätze am meisten feindlichen Presse eifrig aufgegriffen; er wurde der Ausgangspunkt der ganzen Kampagne, in welcher bezeichnender Weise der Petersburger „Kraj“ die erste Geige spielte. Mit dem Haupttrumpf der ganzen Kampagne, mit dem Artikel des Dr. Gierzynski, werden wir uns nicht weiter befassen, der oben dargestellte Verlauf der Tatsachen ist nämlich eine hinlängliche Antwort darauf.

Ein weiteres Belassen des Dr. Gierzynski in der Aufsichtskommission wurde nach dieser Tatsache unmöglich, da dieser Mann der Sache des Schatzes mehr geschadet hatte, als dies ein offener Feind hätte tun können, — mit diesem Manne konnten die übrigen Mitglieder nicht länger in demselben Institut zusammen sitzen. Es wurde ihm auch die zwangsweise Demission erteilt, was auch völlig in der Kompetenz einer Körperschaft lag, welche, nicht gebunden durch den Grundsatz der Lebenslänglichkeit der Mitglieder, ihre Zusammensetzung selbst bestimmt. Dr. Lewakowski trat gleichzeitig freiwillig zurück. An ihre Stelle wurden zwei neue Mitglieder gewählt: Oberst Josef Galenzowski — Paris und Dr. Ernst Adam — Lemberg, die zwei geheimen Mitglieder aber werden bei der nächsten Zusammenkunft der Aufsichtskommission ernannt werden. Damit endete der ganze Vorgang und er wurde endgültig abgeschlossen.

Wie aus der obigen Darstellung des ganzen Verlaufs der Tatsachen hervorgeht, stand die Abhebung des Deposits aus dem Nationalmuseum in Rapperswyl nicht im mindesten Zusammenhange mit den inneren Angelegenheiten der Aufsichtskommission. Infolge der Unterbringung des Deposits an einer anderen Stelle hat die Sicherheit des Schatzfonds nicht im mindesten gelitten, — in dieser Hinsicht können wir der Allgemeinheit die kategorischste Versicherung abgeben.

Der ganze Vorgang im Schoße der Schatzkommission beschränkte sich auf ein planmäßiges, Jahre währendes Attentat auf die tatsächliche, mit dem Statut übereinstimmende Bestimmung der Schatzfonds, ein Attentat, das unternommen worden ist von Richtungen, die nicht nur den feststehenden Grundsätzen dieses Instituts, sondern dem Schatz und der Nationalbewegung in Polen überhaupt feindlich gegenüberstanden. Dieses Attentat wurde endgültig lahmgelegt, und die bisherigen provisorischen Beschlüsse in Sachen der Revision des Statuts bieten die Bürgschaft dafür, daß die prinzipiellen Grundlagen desselben, welche der Ausdruck des Willens der Spender dieser fast 300 000 M. sind, unangetastet bleiben werden.

Das Verhältnis des Schatzes zur Nationalliga hat sich, was während der Preßfehde mehrfach insinuiert worden ist, in nichts geändert, — die Verbindung dieser beiden Institutionen aber, die seit Beginn ihres Bestehens existiert, wird auch fernerhin eine ebenso enge verbleiben, — sie entspringt nämlich aus dem Wesen beider Institute selbst.

Die Liga ist ein vor allem durch und durch nationales Institut; ein zweites ähnliches, das mit seinem Programm und mit seiner aktiven Politik alle polnischen Lande umfaßt, würden wir vergebens suchen. Auf deren ganzem Gebiet ist sogar geradezu dafür kein Platz vorhanden. Wir treffen dort nur Teilorganisationen oder -Parteien, partikuläre, klassenweise oder speziellen Zwecken gewidmete. Im russischen Landesteil, welcher bisher der Schlüssel zur polnischen Sache verbleibt, hat die Liga auf dem Felde der Aufklärung, der Nationalisierung des Volkes, der Weckung des politischen Denkens und der Vertretung der nationalen Interessen soviel getan, daß sie als klassischer Typus einer Organisation angesehen werden kann, welcher Beihilfe von Seiten des Nationalrates gebührt. Die von ihr aufgenommenen, unter den schwierigsten und gefährlichsten Bedingungen ausgeführten Arbeiten erfordern so bedeutende Mittel, daß die verfügbaren Zinsen des Schatzes in dieser Summe als ein nicht großes Teilchen derselben verschwinden, jedoch ihre weitreichende Bedeutung haben als ständige, sichere, von der momentanen Stimmung der Spendenden unabhängige Eingänge.

Das werden sie auch fernerhin bleiben, und solange die Nationalliga den in § 22 der Satzungen des Schatzes vorgesehenen Bedingungen entsprechen wird, solange wird kein Mitglied der Aufsichtskommission, das dieses Statut achtet, der Liga diese Beihilfe versagen, da ein Recht zum Versagen nicht vorhanden ist. Wenn wir dies nicht nur im Gefühle einer trockenen und formellen Pflicht, sondern zugleich in dem tiefen Empfinden tun, daß wir eine gute Tat begehen, so entspringt dies der festen Überzeugung, daß die Nationalliga ihre bürgerlichen und patriotischen Aufgaben voll und ganz erfüllt. Beschränkte oder parteiische Kurzsichtigkeit, die etwas anderes behauptet, werden wir uns durch keine Nebeneinflüsse und noch weniger durch Angriffe einimpfen lassen.

Darauf müssen wir unsere Aufklärungen beschränken, indem wir das Urteil über den ganzen, gegen den Schatz unternommenen Feldzug vor allem denen überlassen, denen das Wohl dieses nationalen Instituts in der Tat und aufrichtig am Herzen liegt.

Im Januar 1904.

J. Wilkowski, Vorsitzender und Schriftführer,
E. Korytko, stellvertr. Vorsitzender, E. Adam,
J. Galenzowski, W. Gajtowski, J. Laskowski,
L. Tarnawski.

(Fortsetzung folgt.)